Dienstag, 2. April 1985 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Ketwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 78 - 14. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rücktritt: Der Präsident des Bundesgesundheitsamts, Überla, hat seinen Rücktritt eingereicht. Er begründete den Entschluß mit gegen ihn öffentlich erhobenen Vorwürfen, er habe seine Amtstätigkeit mit Nebengeschäften verquickt. Diese Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage.

Berliner Flugverkehr: Der Sommerflugplan der Gesellschaft British Airways ist gestern nur unter Vorbehalten der alliierten Luftfahrtattachés in Kraft getreten. Zu dieser bislang beispiellosen Einschränkung kam es aufgrund des Streits mit Air France über die Düsseldorf-Route. (S. 6)

Ausbildung: Immer weniger Schüler streben ein Studium an, geht aus einem Vergleich des Statistischen Bundesamts hervor. Wollten 1972 noch 89,7 Prozent der Oberschüler ein Studium antreten, so sind es derzeit nur noch 59,2 Prozent.

Strauß: Papst Johannes Paul II. hat gestern den bayerischen Ministerpräsidenten in Privataudienz empfangen. Wie bei derartigen Begegnungen üblich, wurde über den Inhalt nichts mitgeteilt.

Flucht: Unbemerkt von Grenzpolizisten konnte in der Nacht zum Montag ein 22jähriger Arbeiter aus Ost-Berlin die Spree zum Westberliner Bezirk Kreuzberg durchschwimmen.

Dänemark: Mit Arbeitsniederlegungen und Aufmärschen protestieren gestern Zehntausende von Beschäftigten in Dänemark gegen den Regierungseingriff in den Tarifkonflikt. Hunderte von staatlichen und privaten Unternehmen wurden lahmgelegt.

Vessey in Belgrad: nach seinem Besuch in Rumänien hielt sich der Chef des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, General Vessey, gestern in Jugoslawien auf, wo er mit Vertretern der militärischen Führung konferieren und militärische Einrichtungen besichtigen wollte. (S. 2)

Energie teurer: In Polen trat gestern die zweite Stufe der heftig umstrittenen Preiserhöhungen in Kraft. Kohle, Koks, Strom und Gas wurden zwischen 20 und 32 Prozent teurer.

Luftraumverletzung: Ein tschechoslowakisches Militärflugzeug ist in niedriger Höhe in den bayerischen Luftraum eingeflogen. Nach etwa zwölf Kilometern Flug über bayerischem Gebiet drehte der Jet wieder ab.

Ehrenbürger: Zu den Veranstaltungen zum 90. Geburtstag des ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissars für Deutschland, McCloy, hält sich Bundespräsident von Weizsäcker in Washington auf. Heute erhält McCloy die Ehrenbürgerwürde Berlins.

ZITAT DES TAGES



„Ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit sind unsere zu hohen Tariflöhne. Viele Arbeitslose, die für 20 Mark Tariflohn die Stunde keinen Job finden, wären froh, wenn sie für 12 Mark arbeiten könnten"

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann in einem Gespräch mit der „Bild"-Zeitung FOTO: TEUTOPRESS

WIRTSCHAFT

Commerzbank: Nach mehrjähriger Konsolidierungsphase befindet sich die Bank wieder auf Wachstumskurs. Bei einer Ausweitung der Bilanzsumme um 8,8 Prozent auf 72,8 Milliarden DM im vergangenen Jahr und einem Jahresüberschuß von 161 Millionen DM (plus 6,6 Prozent) wird wieder eine Dividende von sechs DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet. (S. 15)

Handwerk: Die Krise im deutschen Baugewerbe wird dem Handwerk 1985 einen realen Umsatzrückgang von 0,5 bis ein Prozent bringen, nachdem der Umsatz 1984 real stagniert hatte, schätzt der Zentralverband. (S. 13)

Wachstumsschub: Die britische Wirtschaft wird nach einer Prognose des Unternehmerverbands CBI in diesem Jahr das stärkste Wachstum seit 1973 erleben. Das Bruttosozialprodukt dürfte um real vier Prozent steigen. (S. 14)

Börse: Der Aktienmarkt war zum Wochenbeginn freundlicher, der Verkaufsdruck ließ nach. WELT-Aktienindex 174,0 (173,7). Die Renten waren bei ruhigerem Geschäft behauptet. BHF-Rentenindex 101,088 (101,088). Performance-Index 100,088 (100,065). Dollar-Mittelkurs 3,0910 (3,0930) Mark. Goldpreis je Feinunze 321,10 (329,25) Dollar.

KULTUR

„Künstlerpaare": Nach dem Riesenerfolg der Picasso-Austellung ist es im Berner Kunstmuseum wieder stiller geworden. In Muße läßt sich die neue Schau mit Skulpturen von Auguste Rodin und Camille Claudel erleben – die erste einer Serie „Künstlerpaare – Künstlerfreunde". (S. 23)

Kinderbuchmesse: Es gibt zu viele Bücher, zu viele Computer und zu wenig Leser. Dieses Fazit läßt sich nach der 22. Kinder- und Jugendbuchmesse in Bologna ziehen. Mit 1036 Ausstellern aus 56 Ländern, darunter 14 Staaten der Dritten Welt, war es eine Messe der Superlative. (S. 23)

SPORT

Tischtennis: Bei der WM in Göteborg besiegte das deutsche Herren-Team Norwegen im letzten Gruppenspiel mit 5:0. Deutschland wurde damit hinter Taiwan Zweiter in der Gruppe C. (S. 11)

Fußball-Bundesliga: Der Hamburger SV muß am Mittwoch gegen Werder Bremen auf Uli Stein und Michael Schröder verzichten. Beide erlitten in Bielefeld eine Gehirnerschütterung. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Cholera: In Flüchtlingslagern im Norden Somalias ist eine Cholera-Epidemie ausgebrochen. 312 Fälle sind bislang tödlich verlaufen, etwa 500 weitere Personen sind erkrankt. Nur medizinisches Personal, Militärs und Regierungsvertreter haben Zugang zu dem Gebiet. (S. 24)

Großversuch: In Abstimmung mit dem Verkehrsministerium hat der TÜV gestern ein Tempolimit von 100 Stundenkilometern für weitere Autobahnabschnitte festgesetzt. (S. 24)

Wetter: Bewölkt, zeitweise heiter. 12 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: SDI – Der Gegensatz von Idealismus und Behutsamkeit – Von Fritz Wirth S. 2

Porträt: Das AA – Genschers autonomes politisches Reservat – Von Heinz Barth S. 3

Landesbericht Bayern: Wer baut was in Wackersdorf? – Von Peter Schmalz S. 4

USA–Sowjetunion: Auf Shultz können die Europäer bauen – Unauffällige Regie für Genf S. 5

Grüne: So denken sie sich die Gesellschaft – Die Programme der Landesverbände S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Umwelt – Forschung – Technik: All-Sonnenkraftwerke für Energieversorgung der USA? S. 9

Fernsehen: Der Clown, seit jeher nur ein Ziel: Die Menschen lachen machen S. 10

Film: Eduardo Molinaros „Ein Klassemädchen" – Schwerfällig durch den tiefen Schnee S. 23

Hans Rosenthal 60: Ein Schwerarbeiter der leichten Unterhaltung – Von Karlheinz Mose S. 24

Duartes Position nach Wahl in El Salvador gefestigt

Sieg der Christdemokraten ein Erfolg der „Politik des Ausgleichs"

DW. San Salvador

Die von Präsident José Napoleon Duarte betriebene Politik des Ausgleichs und für eine Beendigung des Bürgerkrieges in El Salvador wird sich in Zukunft auf eine parlamentarische Mehrheit stützen können. Eine von einer amerikanischen Fernsehgesellschaft angestellte Hochrechnung ergab bei den Parlamentswahlen für die Christdemokratische Partei (PDC) Duartes eine Mehrheit von 33 der 60 Sitze im Parlament. Bisher war die PDC mit 24 Sitzen in der Minderheit gewesen.

Die Rechtskoalition aus Republikanisch-Nationaler Allianz und Nationaler Versöhnungspartei (Arena/PNC) kam nach den Hochrechnungen lediglich auf 25 Mandate, während die Demokratische Aktion und die Authentisch-Institutionalisierte Partei je ein Mandat erringen konnten. Das amtliche Ergebnis wird nicht vor Mittwoch erwartet.

Sollten sich die Hochrechnungen bestätigen, haben die Christdemokraten mit ihrem überraschend deutlichen Erfolg ihre Stellung als erste politische Kraft in El Salvador gefestigt. Politische Beobachter werten die Abstimmung auch als persönlichen Erfolg von Präsident Duarte, der seit zehn Monaten im Amt ist.

Die deutlich unterlegene Opposition beschränkte sich in ersten Kommentaren darauf, den Christdemokraten vorzuwerfen, sie hätten mit den veröffentlichten Zwischenergebnissen gegen das Wahlgesetz verstoßen.

SEITE 2: Geschichte zweier Wahlen

Sie führten auch angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung an.

Für den Führer der Republikanisch-Nationalistischen Allianz, Roberto d'Aubuisson, ist das Wahlergebnis eine deutliche Niederlage. Der politische Stern des früheren Geheimdienstmajors dürfte weiter sinken. Die Berichte und Gerüchte, die d'Aubuisson in Verbindung bringen mit den rechten „Todesschwadronen", schaden ihm offensichtlich noch immer. Selbst konservative Salvadorianer meinen, die „Arena" solle sich einen anderen Parteichef suchen. Beobachter äußerten jetzt die Befürchtung, daß die radikalen Kräfte der d'Aubuisson-Partei wieder in den Untergrund abtauchen könnten, wenn sie ihren Einfluß innerhalb des politischen Systems verlieren sollten. Deshalb erwartet man auch, daß Präsident Duarte wenigstens einen Teil der unterlegenen Parteien für sein Programm zu gewinnen sucht. Gelingt ihm das nicht, könnte dem Land erneut eine politische Polarisierung drohen, in der die „Todesschwadronen" wieder die außerparlamentarische Opposition spielen. Der Präsident muß die Enttäuschung der Rechten über den Wahlausgang möglichst klein halten. Sonst wäre die Gefahr gegeben, daß innerhalb der Streitkräfte der Ruf zum Putsch wieder lauter wird. Zu den Streitkräften haben die Freunde d'Aubuissons noch immer einen guten Draht.

Der 59jährige Duarte hat 20 Jahre auf das Präsidentenamt gewartet. Mit der parlamentarischen Mehrheit im Rücken und der Möglichkeit, auch auf die Besetzung des Obersten Gerichtshofs Einfluß zu nehmen, hielte der christdemokratische Präsident alle Karten in der Hand.

Orthodoxe Kirche greift den Papst an

Moskauer Patriarchat nimmt Partei für „Befreiungstheologie" / Interview in KP-Zeitung

DW. Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. ist jetzt erstmals von der Führung der russisch-orthodoxen Kirche öffentlich angegriffen worden. Diese Kirche, die sich auf die Billigung durch die Sowjetführung berufen kann, wählte ein Interview mit der italienischen KP-Zeitung „L'Unità", um unter dem Deckmantel der Sorge um den ökumenischen Dialog vor allem die Ablehnung bestimmter Strömungen der „Befreiungstheologie" durch den Vatikan zu attackieren.

Metropolit Filaret vom Moskauer Patriarchat nannte diese umstrittene Theologie eine „christliche Antwort auf die Herausforderung einer tragischen Realität". Als „beleidigend" charakterisierte Filaret die in dem Dokument der vatikanischen Glaubenskongregation unter Kardinal Joseph Ratzinger enthaltene Wertung, die Lebensbedingungen unter dem realen Sozialismus seien „die Schande unserer Zeit". Dieses Urteil, so der Metropolit, sei „zutiefst ungerecht", da es nicht berücksichtige, daß am Aufbau des Sozialismus auch Millionen von Orthodoxen, Katholiken und Protestanten beteiligt seien.

Äußerst kritisch wird schließlich von der Moskauer Kirche gesehen, daß Rom bei der Suche nach der Einheit mit den Orthodoxen die unierten Ostkirchen als „Mittel" einsetze. „Unter den Pontifikaten der Päpste Johannes XXIII., Paul VI. und Johannes Paul I. entwickelten sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Kirchen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit", erklärte Filaret. Das Interview läßt den Schluß zu, daß die vom Papst gewünschte Reise in die Sowjetunion in absehbarer Zeit nicht zustande kommen wird. Für die von der Moskauer Staatsführung genehmigten Kirchenfeiern im Jahre 1988 zur 1000jährigen Christianisierung Rußlands hoffe man, „daß viele Kirchen ihre Vertreter entsenden werden", meinte der Metropolit. Den Namen des Papstes erwähnte er nicht.

Bereits im vergangenen Jahr war der Plan einer Papstreise nach Litauen am Nein Moskaus gescheitert. Johannes Paul II. gab damals selber bekannt, daß ihm die Teilnahme an der religiösen Abschlußzeremonie der 500-Jahr-Gedenkfeier zu Ehren des heiligen Kasimir in Wilna verwehrt worden war. Offensichtlich befürchtete die sowjetische Führung unter Tschernenko, daß der „polnische Bazillus" durch einen Papstbesuch auch nach Litauen eingeschleppt werden könnte. Eine Änderung der offiziellen Religionspolitik des Kreml wird auch unter Tschernenkos Nachfolger Gorbatschow nicht erwartet.

Die Anwesenheit des polnischen Papstes in Wilna hätte im gesamten Baltikum Bedeutung gehabt, ja darüber hinaus in der gesamten Sowjetunion. Sie hätte auch der 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Rußlands, veranstaltet von der orthodoxen Kirche, eine alles überragende Bedeutung gegeben. Daß das Oberhaupt der katholischen Kirche jetzt von einem führenden Repräsentanten der Orthodoxie angegriffen wird, deutet auf eine Regie im Kreml hin.

In Bagdad keine Siegesstimmung

Raketenbeschuß und Attentate im „Städtekrieg" / Die Gefechte sind näher gerückt

DW. Bagdad

Die jüngste iranische Großoffensive ist zurückgeschlagen worden, aber trotzdem gibt es in Irak angesichts des fortdauernden Golfkrieges keine Siegesstimmung. Raketen fallen auf Bagdad, die Stadt wird durch Attentate und Bombenanschläge zusätzlich verunsichert: Der Krieg ist näher gerückt. Zugleich ist UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar gestern in Riad mit dem saudiarabischen König Fahd zusammengetroffen, um über Möglichkeiten für Friedensgespräche zu sprechen.

JÜRGEN LIMINSKI, Bagdad

Die Autobombe explodierte zwei Stunden bevor der Präsident eintraf. Es gab keine Beiruter Szene, der Schaden in dem kleinen Ort Tikrit nördlich von Bagdad hielt sich in Grenzen. Präsident Sadam Hussein wollte an einer Siegesfeier teilnehmen. Die Gegend um Tikrit wurde sofort abgeriegelt. Es soll einige Verletzte gegeben haben. Bagdads Presse und Rundfunk verschwiegen den Vorfall. Sie berichten dafür seit einer Woche ausführlich und täglich von den nationalen Siegesfeiern nach der großen Schlacht in den Huweisa-Sümpfen im Südabschnitt der insgesamt 1200 Kilometer langen irakisch-iranischen Front. Immer noch wird gekämpft. Es handelt sich aber um Rückzugs- und Artilleriegefechte. Die iranische Großoffensive ist zurückgeschlagen, die Kriegsgrenze scheinbar wieder halbwegs stabilisiert.

Die Siegesfeiern, von den Medien landesweit verbreitet und am Leben gehalten, haben einen eigenen Namen: Kadisiya. Bei diesem kleinen Ort fast am Rande der Wüste, etwa 300 Kilometer südwestlich von Bagdad, schlugen die arabischen Reiterscharen des Propheten im Jahre 636 vernichtend das persische Heer. Überlebensgroße Plakate des Präsidenten vor dem Hintergrund vorwärtsstürmender Reiter in wallenden Gewändern aktualisieren an vielen Plätzen Bagdads und selbst in entlegenen Orten im Landesinnern das ferne Ereignis. Kadisiya symbolisiert den arabisch-persischen Gegensatz. Es ist zum Leitmotiv geworden für diesen Krieg, der eigentlich nur einige Wochen dauern sollte und den manche geduldige Beobachter nach viereinhalb Jahren nun den „langsamsten Blitzkrieg der Geschichte" nennen.

Von Siegesstimmung ist in Bagdad nichts zu spüren. Eine leichte Unruhe hat viele Bewohner der Drei-Millionen-Metropole erfaßt. „Bis zur Schlacht in den Sümpfen war der Krieg weit weg", sagt die Frau eines Unternehmers, der wie nicht wenige Iraker eine besondere Vorliebe für Deutschland und deutsche Firmen hat. „Jetzt fallen Bomben auf Basra und Raketen auf Bagdad. Der Krieg ist plötzlich näher gekommen. Das macht unsicher." Zehn Explosionen hat die Stadt aus 1001 Nacht innerhalb von drei Wochen erlebt. Einige sind nachweislich nicht auf den Einschlag von Kurzstreckenraketen zurückzuführen, wie die Regierung erklärt. Das stolze Building der Rafidain-Bank, ein Wahrzeichen des modernen Bagdad, ist in den vier obersten Stockwerken zum Betonskelett ausgebrannt. Experten stellten fest,

● Fortsetzung Seite 12

Gorbatschow setzt auf neues ZK

R.-M. BORNGÄSSER Moskau

Mit einer umfangreichen Säuberungskampagne versucht der neue sowjetische Parteichef, Michail Gorbatschow, für mehr Disziplin in der Partei zu sorgen und damit zugleich seine Position zu stärken. Der jetzt in den sowjetischen Provinzen begonnene politische Feldzug hat offensichtlich weiterreichende Ziele als die noch von dem früheren Parteichef Jurij Andropow 1983 eingeleiteten Maßnahmen. Sie dürften vor allem die Absicht verfolgen, dem neuen Parteichef im Hinblick auf den bevorstehenden 27. Parteitag der KPdSU landesweit eine sichere Basis zu schaffen.

Allein in der Provinz Usbekistan sind 9000 führende Funktionäre aus Arbeitskollektiven ausgetauscht worden. Ähnliche Meldungen kommen aus der Ukraine und aus Aserbeidschan. Gorbatschow will offensichtlich tiefreichende Umgestaltungen in der Wirtschaft und im gesamten Gesellschaftssystem der Sowjetunion durchsetzen, doch dies ist offensichtlich nur das erste Ziel. Langfristig baut er wohl auf ein neues Zentralkomitee. Ein Großteil dieser ZK-Mitglieder sind nämlich führende Parteikader aus der Provinz. In dem Gremium gibt es gegenwärtig schon rund vier Dutzend freie Plätze. Teils sind die ZK-Mitglieder während der vergangenen Jahre gestorben, teils durch Andropows begonnene Säuberungskampagne politisch ausgeschaltet worden. Die alten Männer, deren Durchschnittsalter um 67 Jahre liegt, von ihren Posten zu entfernen wird für Gorbatschow schwierig werden.

Man spekuliert bereits, daß auch eine Ablösung von Regierungschef Nikolai Tichonow, der im Mai 80 Jahre alt wird, vorgesehen ist. Auf seinen Posten könnte Gorbatschow einen Aufsteiger unter Andropow hieven: den früheren KGB-Mann Geidar Alijew oder den ehemaligen Botschafter in Kuba, Witalij Worotnikow. Aussichtsreiche Kandidaten im sich drehenden Machtkarussell sind auch der neue KGB-Chef Witalij Tschebrokow, der georgische Parteichef Edward Schewardnadse und der junge Wirtschaftsfachmann Wladimir Dolgich.

Die Säuberungen werden vom KGB mitorganisiert. Denn die Dossiers des KGB sind die einzige machtvolle Handhabe, gegen Korruption und Ineffizienz vorzugehen. Die Wahl Gorbatschows hat die Rolle dieses Kontroll- und Überwachungsorgans gestärkt, bildet derzeit seine Hauptstütze; das Militär verlor an Bedeutung. Dennoch, mögen diese so plötzlich aufgeführten Korruptionsfälle wie ein gewaltiges Säuberungspanorama aufscheinen, so soll man doch nicht vergessen, daß die Machterhaltungsinteressen und Pfründe der Nomenklatura bestehen bleiben.

DER KOMMENTAR

Papst-Schelte

FRIEDRICH MEICHSNER

Die „herzliche" Atmosphäre, in der – wie Augenzeugen berichteten – am 28. Februar das Treffen zwischen Johannes Paul II. und dem sowjetischen Außenminister Gromyko stattfand, hat offensichtlich nichts an der Grundtatsache zu ändern vermocht, daß man in Moskau diesen polnischen Papst nicht mag. Die jüngste Bestätigung dafür liefert ein im italienischen KP-Organ „Unità" abgedrucktes ungewöhnliches Interview.

Der Moskauer Metropolit Filaret, „religiöses" Sprachrohr des Kreml-Regimes, beklagt sich darin bitterlich, daß Karol Wojtyla den Realsozialismus, den er aus Erfahrung nur allzugut kennt, von der vatikanischen Glaubenskongregation als eine „Schande unserer Zeit" bezeichnen ließ; daß er dem Eindringen von marxistischem Ideengut in die sogenannte Theologie der Befreiung einen Riegel vorgeschoben hat und daß er sich nicht mit der noch von Stalin verfügten Zwangseingliederung der unierten katholischen Orthodoxie Westrußlands in die sowjetische Staatskirche abfinden will.

Daß unter Johannes Paul II. die Akzente vatikanischer „Politik" etwas anders gesetzt werden als unter seinen Vorgängern Johannes XXIII. und Paul VI., dürfte in Moskau bei der Herkunft dieses Papstes aus dem Osten eigentlich nicht weiter wundernehmen. Der ehemalige Krakauer Erzbischof hat den Realsozialismus mit seiner Tendenz zur Unterdrückung von Religionsfreiheit und zur Mißachtung grundlegender Menschenrechte viel zu konkret erlebt, als daß er sich Illusionen hingeben könnte. Von Anfang an hat er den Menschen und dessen unverzichtbare Würde in den Mittelpunkt seiner weltweiten Seelsorge gestellt. Er macht keine Kompromisse mit einer Ideologie, die Befreiung nur vorgibt, um real eine um so drückendere Tyrannis errichten zu können.

Das Motto der alten vatikanischen „Ostpolitik" war der Modus vivendi zwischen katholischer Kirche und kommunistischer Staatsmacht. Damit hoffte der Vatikan „zu retten, was zu retten ist". Er war darauf bedacht, der Kirche wenigstens ein Minimum an Lebens- und Verkündungsraum zu sichern. An dieser Zielsetzung hat sich unter Johannes Paul II. grundsätzlich nichts geändert. Nur ist dieser Papst ganz offensichtlich der Überzeugung, daß man diesen Zielen nicht näherkommt, indem man darauf verzichtet, grundlegende Menschenrechte immer wieder geltend zu machen. Für solche Unbeugsamkeit hat Karol Wojtyla jetzt einmal mehr die Quittung erhalten.

Prag behindert Jubiläumsfeiern der Katholiken

DW. Prag

Der Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek hat bei Staats- und Parteichef Gustav Husak gegen die Weisung der kommunistischen Partei gegen die katholischen Jubiläumsfeiern zum 1100. Todestag des „Slawenapostels" Method geführt werde. Auch beim Leiter des staatlichen Kirchenamtes in Prag, Vladimir Janku, protestierte der Kardinal.

In einer Zuschrift an die Zeitung „Tribuna" verwahrte sich Tomasek, wie KNA berichtet, gegen Verfälschungen der historischen Wahrheit über die Heiligen Cyrill und Method. In seinem Schreiben an Präsident Husak nimmt der Primas Bezug auf ein mehrseitiges (nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes) Dokument der kommunistischen Partei. Darin werden Anweisungen gegeben, wie Behörden, Parteiorgane, wissenschaftliche Institutionen und Medien den kirchlichen Feierlichkeiten zum Method-Jubiläum begegnen sollen. Es wird der Vorwurf erhoben, daß die „auf Initiative des Vatikan" anberaumten kirchlichen Jubiläumsfeiern „eindeutig gegen die CSSR und andere sozialistische Länder gerichtet" seien.

Der Kardinal sieht in den vorgesehenen Maßnahmen gegen die kirchlichen Method-Feiern einen Verstoß gegen Geist und Inhalt der Verfassung sowie gegen die Deklaration der Menschenrechte und schreibt: „Als Repräsentant der katholischen Kirche in der CSSR protestiere ich im Namen anerkannter Rechte und Freiheiten gegen alle Maßnahmen des derzeit verbreiteten Dokuments."

Pastoren raten Konfirmanden zu Verweigerung

DW. Hamburg

17 evangelische Pastoren aus dem im Nordosten Hamburgs gelegenen nordelbischen Kirchenkreis Stormarn haben ehemalige Konfirmanden zur Wehrdienstverweigerung aufgefordert. In einem Flugblatt an die Wehrpflichtigen heißt es nach Informationen der Nachrichtenagentur idea: „Friede sei mit dir, sei mit denen auf der anderen Seite. Geh nicht zum Bund." In dem seit einigen Wochen verbreiteten Flugblatt folgt auf die Anschriften der 17 Pastoren ein Beratungshinweis: „Wende dich an uns, wenn du verweigern willst. Wir helfen dir . . ."

Die nordelbische Kirchenleitung hat den Aufruf als „törichte Simplifizierung" verurteilt. Die Aktion sei eine „politische Verführung und für Pastoren völlig unangemessen", sagte der Pressesprecher der nordelbischen Kirche, Gert Heinrich. Dieser neue Aufruf sei um so bedauerlicher, als er nach dem Gespräch der Kirchenleitung mit den 17 Pastoren über deren „Brief zur Verweigerung aller Kriegsdienste" veröffentlicht worden sei. Die Verständigungsbereitschaft der Bischöfe sei offensichtlich bisher auf wenig Gegenliebe gestoßen.

Bereits Ende 1984 hatten 27 Pastoren und kirchliche Mitarbeiter den „Verweigerungsbrief" an mehr als 600 Gemeinden der nordelbischen Kirche versandt. Die Kirchenleitung hat den Aufruf scharf verurteilt und den darin enthaltenen Vorwurf, in der Bundesrepublik Deutschland werde ein Angriffskrieg vorbereitet, als „Diffamierung der politischen und militärischen Verantwortungsträger" zurückgewiesen.

Rote Armee vermint Obstplantagen bei Kandahar

Sowjets schicken weitere 2000 Soldaten in das Gebiet

DW. Islamabad

Die sowjetischen Invasionstruppen in Afghanistan haben nach Angaben von Widerstandskämpfern ausgedehnte Obstanbaugebiete im Raum von Kandahar vermint, um die Sicherheit ihrer dort stationierten Verbände zu erhöhen und den Freischärlern den Nachschub aus Pakistan abzuschneiden.

Für die örtliche Wirtschaft bedeutet die Verminung am Rande von Wegen der Obstplantagen den Ruin. Aus Kreisen afghanischer Widerstandskämpfer in der pakistanischen Stadt Quetta verlautete, die Partisanen kontrollierten etwa drei Viertel der Provinz Kandahar. Die sowjetische Truppenstärke sei hier von 8000 auf 10 000 erhöht worden.

Die sowjetischen Soldaten waren bereits Anfang März mit Panzern in das Gebiet zwischen Kandahar, deren Altstadt als Hochburg des afghanischen Widerstandes gilt, und der pakistanischen Grenze eingerückt. Die Opfer der sowjetischen Militäroperationen im Gebiet der zweitgrößten Stadt Afghanistans seien zumeist Obstbauern aus den Dörfern des umkämpften Gebietes. Bei den sowjetischen Militäraktionen seien seit Mitte März ungefähr 50 Menschen getötet worden.

Dieser Offensive soll Ende Februar ein Angriff der Mudschahedin auf einen sowjetischen Militärposten bei Kandahar vorangegangen sein, bei dem 15 Soldaten ums Leben kamen. Die Widerstandskämpfer hatten außerdem den Flughafen von Kandahar, den gegenwärtig größten sowjetischen Luftwaffenstützpunkt im Südosten Afghanistans, mit Raketen beschossen und dabei mindestens zwei Helikopter vernichtet.

Ein Vertreter des afghanischen Außenministeriums hatte in Radio Kabul China vorgeworfen, die Raketen geliefert zu haben. Er hatte die chinesische Regierung außerdem beschuldigt, den Mudschahedin ein Ausbildungslager in der an Afghanistan grenzenden Provinz Xinjiang zur Verfügung gestellt zu haben. Von chinesischer Seite sind solche Darstellungen zurückgewiesen worden.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein General in Bukarest

Von Carl Gustaf Ströhm

General John Vessey, Chef des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte und damit ranghöchster amerikanischer Offizier, hat auf Einladung des rumänischen Verteidigungsministers, Generaloberst Constantin Alteanu, Bukarest besucht. Er ist dort mit Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu zusammengetroffen. Zum ersten Mal ist damit ein amerikanischer Militär so hohen Ranges Gast der Armee und der politischen Führung in einem Lande des Warschauer Pakts.

Die Reise Vesseys, der vorher bereits in der Volksrepublik China war, verdient nicht nur deshalb Aufmerksamkeit, weil ein amerikanischer Militär sich auf diese Weise in den Ost-West-Dialog eingeschaltet hat und die östlichen Militärs also einen direkten Eindruck von ihren Gegenübern bekommen. Im vorliegenden Falle kommt hinzu, daß Vessey sich von Bukarest aus direkt nach Belgrad begab, wo der Chef des jugoslawischen Generalstabs, Generaloberst Petar Gracanin, ihn empfangen hat. Vessey hat also direkten Kontakt zu zwei kommunistischen Staaten aufgenommen, die – jeder auf seine Weise – auf ihre Unabhängigkeit von Moskau bedacht sind.

Die Amerikaner haben durch die Entsendung ihres Generals zu erkennen gegeben, daß sie sowohl das blockfreie Jugoslawien als auch das Paktmitglied Rumänien als souveräne Staaten zu betrachten und zu behandeln wünschen. Wie diese Länder ihre Beziehungen zur Sowjetunion regeln wollen, ist deren eigene Sache. Keineswegs aber ist es so, daß nur ein sowjetischer Marschall das Recht hätte, in Bukarest oder gar in Belgrad vorzusprechen.

Es kann nicht Aufgabe des Westens sein, dem sowjetischen Blockdenken Vorschub zu leisten oder gar die Vorherrschaft Moskaus über Ost- und Südosteuropa zu zementieren. Die Position Ceausescus innerhalb des Warschauer Pakts kann nur gestärkt werden, wenn er vom Generalstabschef der USA ein genaues Bild über die Politik und militärischen Absichten Amerikas und des Westens erhält. Je unabhängiger und selbstußter die kleineren kommunistisch regierten Staaten auftreten können, desto besser für den Weltfrieden und die Sicherheit.

Fürst aller Fettnäpfchen

Von Enno v. Loewenstern

Möllemanns Äußerungen wurden von Beobachtern in Dallas als Klarstellung zu Äußerungen der Unionspolitiker Wörner und Warnke empfunden, die sich stärker den amerikanischen Auffassungen angenähert hatten." Diese Erklärung löste in Dallas mancherlei Gemütsregung aus, weil sie von dem Äußerer höchstselbst stammte.

Da waren die beiden angesprochenen Bundesminister. Sie zeigten sich tief bewegt (Wörner: „Jeder blamiert sich, so gut er kann") erst einmal darüber, daß ein Staatsminister, also jemand eine Treppe tiefer, etwas über ihre Köpfe hinweg „klarstellte". Da waren außer ihnen alle übrigen Teilnehmer quer durch das Bündnis; sie fragten, wer denn in der Bundesrepublik Deutschland die Richtlinien der Politik bestimmt: der Bundeskanzler oder der Assistent seines Außenministers, der hier mal kurz hereinschneit und gleich die ganze Weltpolitik klarstellt, von SDI (wird beim Bonner Wirtschaftsgipfel nicht angesprochen, verstanden?) bis Israel (hat in seiner Überlebensfrage gefälligst konzilianter zu sein, verstanden?).

Da muß drittens der Pressesprecher des Auswärtigen Amtes gewürdigt werden, der nun „klarzustellen" hat, was „klar" und vor allem verbindlich ist für die Außenpolitik: „Härtere Politik des Westens" (Stichwort Südafrika) oder „Nichteinmischung" (Stichwort Nicaragua)? Da waren speziell die Unionspolitiker, die sich angesichts der bekannten Sprachrohrfunktion des Auswärtigen Äußerers gegenüber der Stimme seines unmittelbaren Herrn fragten, wie denn die Zukunft der Koalition aussehen soll, wenn man aus dieser Ecke derartige Möllemanieren erwarten muß.

Mit am tiefsten betroffen fühlen sich freilich die Journalisten. Denn sie stehen auf dem Standpunkt: Wir sind die Beobachter, und was wir empfinden, bestimmen gefälligst wir.

Flucht ins Beständige

Von Joachim Neander

Die Produzenten von „Dallas" und „Denver" – man liest es fast täglich – haben es immer schwerer, die Stars bei der Stange zu halten und die immerwährenden Stories mit möglichst unveränderter Besetzung weiterzuspinnen.

Die Pointe daran ist, daß es diese Probleme mit den Zuschauern offenbar überhaupt nicht gibt. Ganz im Gegenteil, ödeste Monotonie der Handlung oder widersinnigste Sprünge in der Zeichnung der Charaktere schaden der Einschaltquote nicht. Man wird sich wohl schon nach einem Schauspieler für die Rolle des erwachsenen Ölboß-Juniors John Ross Ewing umsehen müssen, auch wenn dieser Dreikäsehoch heute noch so dümmlich dreinschauen mag.

Dieses offenkundige Bedürfnis der Menschen nach dem endlos Beständigen, dem unverändert Wiedererkennbaren, straft ganze Wissenschaftszweige Lügen. Haben sie uns nicht unablässig gepredigt, der moderne Mensch verlange nach immer neuen Reizen in immer kürzeren Abständen, nach Abwechslung, Erneuerung, Sensation oder wenigstens Reform? Selbst die plötzliche Wiederentdeckung des Vergangenen, die Mode der Nostalgie, hat man doch als so einen Kurzzeit-Reiz zu entlarven versucht.

Und nun dieses Festhalten. Jeder Versuch, „Denver" mit einem Happy end (welchem?) zu beenden, hätte Stürme der Empörung zur Folge. Schon rüsten sich die europäischen Fernsehanstalten für ähnliche Langzeitunternehmungen. Die Frage, wohin das am Ende führen soll, nimmt apokalyptische Züge an. Schauspielerverträge auf Lebenszeit?

Natürlich wird auch das, wie andere apokalyptische Visionen, eines Tages nur noch Kopfschütteln ernten. Aber den Hinweis, der darin steckt, sollte man ernst nehmen. Das Bedürfnis gerade junger Menschen wenigstens nach ein paar Markierungspunkten der Beständigkeit wird nicht gestillt. Sie suchen Ersatz auf manchmal kuriose Art.

In einer links-alternativen Zeitschrift bekannte jüngst ein Autor, er weine immer noch regelmäßig, wenn er den Humphrey-Bogart-Film „Casablanca" sehe. In einem bestimmten Frankfurter Szene-Kino, das diesen legendären Schinken in größeren Abständen in der Nachtvorstellung zeigt, sprechen die Zuschauer einzelne Dialoge sogar im Chor mit. Sie kennen jedes Atemholen, jedes Räuspern. Da mischen sich natürlich Jux und moderner Kult. Aber es klingt da auch ein Zeitzeichen mit, das man bisher überhört hat.



Wasser marsch! KLAUS BÖHLE

Geschichte zweier Wahlen

Von Werner Thomas

In der mittelamerikanischen Krisenregion haben in den letzten fünf Monaten zwei Wahlen stattgefunden, eine Anfang November in Nicaragua, die andere am vergangenen Sonntag in El Salvador. Die Kontraste sind bemerkenswert.

Die sandinistischen Comandantes von Nicaragua veranstalteten ihren Urnengang nach marxistischem Muster. Über den Sieger gab es keinen Zweifel, nachdem wichtige Rivalen ausgesperrt und der Wahlkämpfe der verbliebenen Kandidaten teilweise gewalttätig behindert worden waren. Das Ereignis sollte einem totalitären System den Anstrich der Legitimität verleihen.

Die salvadorianischen Kongreßwahlen waren dagegen ein offenes Rennen. Niemand wußte, wer gewinnen würde. Die rechten Oppositionsparteien dominierten die Wahlbehörde und versuchten, die Organisation des Wahlkampfes zu manipulieren.

Nach diesem Votum, dem vierten innerhalb von drei Jahren existieren keine Zweifel mehr, welches dieser beiden Länder sich auf demokratischen Bahnen bewegt – und die Unterstützung der westlichen Demokratien verdient.

Der Demokratisierungsprozeß El Salvadors war nicht einfach. Er wurde während eines blutigen Guerrilla-Krieges vollzogen, der mehr als fünfzigtausend Todesopfer forderte. Die marxistischen Partisanen versuchten alle bisherigen Wahlen mit Attentaten und Drohungen zu sabotieren. Sie ermordeten in den letzten Wochen sieben Politiker rechter Parteien. Sie nannten die Wahlen eine „Farce" und eine „Komödie", sie suchten bis zuletzt durch Anschläge die Wähler einzuschüchtern und von den Urnen fernzuhalten. Roberto d'Aubuisson, der Füherer der rechten Arena-Partei, schmähte den christdemokratischen Präsidenten José Napoleon Duarte wiederum als heimlichen Marxisten und stellte ihn an die Spitze einer „grünen Diktatur" (was nichts mit einer Umweltpartei zu tun hat; grün ist die Farbe der Christdemokraten). Duarte ließ sich nicht beirren. Das Volk auch nicht.

Mit dem Votum wurde klar, daß die meisten Salvadorianer extremistische Lösungen ablehnen und weiterhin den Weg der politischen Mitte beschreiten wollen, den Duarte empfiehlt. Wenn die Christdemokraten in Zukunft tatsächlich den neuen Kongreß kontrollieren, wie sie heute bereits behaupten, dann kann der Präsident endlich die Ziele seiner Reformpolitik realisieren. Und allen Sympathisanten der Sandinisten den Beweis liefern – wenn es denn dieses Beweises wirklich noch bedürfte –, daß soziale Verbesserungen innerhalb eines demokratischen Systems möglich sind. Daß sie eigentlich nur innerhalb eines demokratischen Systems möglich sind; die anderen pflegen sie für eine ferne Zukunft zu versprechen und für die Gegenwart erst einmal alles Geld in die Rüstung zu stecken „zum Schutz der Revolution" oder was immer.

Seit die Christdemokraten die politische Entwicklung beeinflussen, seit fünf Jahren, herrschen gerechtere soziale Verhältnisse in El Salvador. Durch die Agrarreform und die Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels wurde die Macht jener berühmt-berüchtigten zweihundert Familien gebrochen, die einst die gesamte Wirtschaft kontrollierten. Die Armee ist heute nicht mehr ein Instrument zur Machterhaltung der Oligarchie. Die Sicherheitskräfte wurden „gesäubert", wenn auch vorsichtig. Selbst linke Menschenrechtsorganisationen konzedieren, daß die Aktivitäten der rechten Todesschwadrone während der zehnmonatigen Präsidentschaft Duartes stark zurückgegangen sind. Duarte ließ dubiose Offiziere entlassen oder ins Ausland verbannen. Juan Ricardo Ramirez Rauda, der neue salvadorianische Botschafter in Bonn, der zu den Gründern der Christdemokratischen Partei zählt, hält weitere Reformen für notwendig. Die vom Kongreß gestoppte Agrarreform müsse fortgesetzt werden. Auf der anderen Seite empfiehlt Ramirez Rauda auch eine Öffnung nach rechts. Er denkt an die konservative „Partei der Nationalen Versöhnung" (PCN).



Der Terror schreckte sie nicht: Wähler in El Salvador FOTO: AP

Julio Adolfo Rey Prendes, als Präsidentschaftsminister einer der engsten Berater Duartes, stimmt damit überein. „Der Privatsektor hat kein Vertrauen in die Regierung", gesteht Rey Prendes. Ein gutes Vertrauensverhältnis sei jedoch notwendig, um die schwierigen wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Vierzig Prozent der Salvadorianer sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Ohne die massive amerikanische Wirtschaftshilfe, die bereits täglich eineinhalb Millionen Dollar erreicht, wäre das Land in einer katastrophalen Situation.

Das offizielle Ergebnis dieses Urnengangs wird erst im Laufe dieser Woche vorliegen. Wenn die Wahlbehörde einen Sieg der Christdemokraten bestätigt, hat Duarte die Macht und die Möglichkeit, seinen Traum von einem „neuen El Salvador" zu verwirklichen. Er verdient jede Hilfe des freien Westens. Auch und vor allem gegen die Terroristen, die von bestimmten westlichen Medien und Politikern sehr freundlich behandelt werden – zum Unterschied von den Widerstandskämpfern in Nicaragua. Diese letzteren verlangen freie Wahlen; die Guerrilla in El Salvador hingegen verlangt das Gegenteil. Sie fordert Regierungs-„Beteiligung" ohne Wahl. Wo das zu enden pflegt, hat man 1948 in der Tschechoslowakei und zuletzt in Nicaragua gesehen. El Salvador hat demgegenüber erneut gezeigt, daß auch in Lateinamerika der Weg eines freien Volkes nicht über Erpressung, sondern allein über den freien Ausdruck seines freien Willens führt.

IM GESPRÄCH Gerardo Iglesias

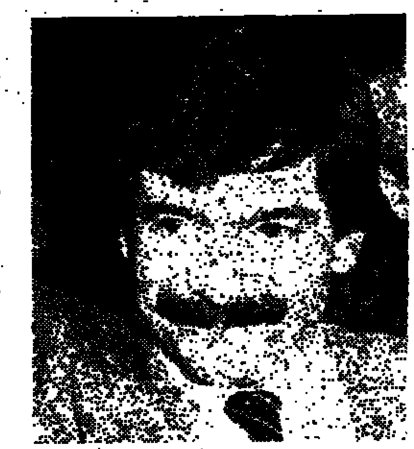
Sieger über Carrillo

Von Rolf Görtz

Als vorläufiger Sieger in dem nun seit fünf Jahren offen geführten Kampf um die Macht in der Kommunistischen Partei Spaniens setzte sich an diesem Wochenende der neununddreißigjährige Generalsekretär der Partei, Gerardo Iglesias, durch. Ohne Gegenstimmen beschloß das ZK der Partei auf seinen Vorschlag den Ausschluß des Ex-Generalseketärs Santiago Carrillo – im Januar siebzig Jahre alt geworden – aus der Parteiführung, „wenn er nicht seine Eigeninitiative widerruft". Gemeint ist praktisch der Führungsanspruch Carrillos in der KP. An einen Widerruf aber ist kaum zu denken, und so bleiben Carrillo und seine achtzehn Anhänger draußen vor der Tür der Parteiführung. Der alte Fuchs wird auch sein Amt als Sprecher der nur noch vier Mann starken Fraktion der KP im Parlament abgeben müssen.

Die Richtungskämpfe innerhalb der spanischen KP drehten sich von Anfang an um den Führungsstil des Stalinisten im eurokommunistischen Gewande: Santiago Carrillo. Von ihm wandte sich selbst die greise „Pasionaria" des Bürgerkrieges ab, die Ehrenpräsidentin Dolores Ibarruri, die sich noch im Moskauer Exil seiner listenreichen Machtergreifung gebeugt hatte. Carrillo hat Moskau nach dem Einmarsch in die CSSR hart kritisiert, aber innerparteilich hat er keine Lockerung zugelassen.

Hinter dem Kampf um die Führungsspitze verlor die ideologische Auseinandersetzung um Eurokommunismus und Sowjettreue an Gewicht. Gerardo Iglesias hat Carrillo aus den gestörten Beziehungen zur Mutterpartei, der KPdSU, keinen öffentlichen Vorwurf gemacht, aber er wird demnächst nach Moskau fliegen, um sie wieder aufzubügeln. In der spanischen KP setzt man derzeit auf Gorbatschow und versucht wohl auch mit Iglesias so etwas wie einen Kontakt „junger Anführer zu junger Anführer" herzustellen. Mit seinem monotonen, deshalb auch für die Altkommunisten akzeptablen Redestil



Jung, forsch, monoton: Spaniens neuer KP-Chef Iglesias FOTO: AP

gelang es dem jungen asturischen Bergarbeiterführer, Carrillo Schritt für Schritt ins Abseits zu drängen. Auch Spaniens Kommunisten hatten nach mehr Demokratie gerufen.

Iglesias ist in allem das Gegenteil zu Carrillo: jung, forsch; wie Carrillo trägt auch er Anzug und Krawatte, aber mit jugendlchem Selbstverständnis. Ob er deswegen mehr innerparteiliche Demokratie tragen wird, bleibt abzuwarten. Eine Zeitlang war der frischgewählte Generalsekretär der KP der Schwarm der Madrider Jeunesse dorée in den Nobeldiskotheken der Hauptstadt. Aber trotz spektakulärer Scheidung und neuer Ehe – ein Greuel für die Altkommunisten, aber ein Signal für die linke Jugend –, gelang es auch Iglesias nicht, den rapiden Mitgliederschwund der Partei zu bremsen. So warten hinter ihm andere ZK-Mitglieder, die heute noch Iglesias stützen, auf ihre Stunde. Darunter Nicolas Sartorius, der Mann, der den Zusammenschluß aller Gruppen links der regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei in das Arbeitsprogramm der KP schob. Sartorius, der seiner Herkunft und seinem Wesen nach dem Italiener Berlinguer sehr ähnelt, ist ein sehr ernst zu nehmender Rivale.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LIBERATION

Die französische Zeitung schreibt zum Angebot einer europäischen Beteiligung an SDI:

Die große Stärke des SDI-Programms ist, daß es danach strebt, die Gesamtheit der mit hochstehender Technologie arbeitenden Industrie anzusprechen ... Es handelt sich um eine Unzahl kleiner Forschungsprojekte mit einer ebenso auf große wie auf kleine Unternehmen verteilten finanziellen Unterstützung ... Diese Logik wird auch auf die verbündeten Länder angewandt: Die Amerikaner schlagen den ausländischen Industriellen direkte Forschungs- oder Produktionsverträge vor. Es ist, als ob das Weiße Haus im Einklang mit seinen liberalen Grundsätzen danach streben würde, die Regierungen seiner Partner mit den vollendeten Tatsachen einer Zusammenarbeit mit Unternehmen zu umgehen. Das ist vor allem in Ländern wie der Bundesrepublik oder Großbritannien, wo der Staat zu starke Eingriffe in die private Industrie ablehnt, eine wirkungsvolle Waffe.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung befindet, die Reden von Hans Mayr und Franz Steinkühler verdienten Aufmerksamkeit:

Nicht so sehr wegen des visionären Ausblicks auf die 30-Stunden-Woche, den Steinkühler wagte. Vielmehr hat der IG-Metall-Vorsitzende Mayr einen Weg gewiesen, wie das Thema Arbeitszeitverkürzung von den Tarifpartnern in der Bundesrepublik künftig behandelt werden kann. Mayr signalisierte die Bereitschaft seiner Gewerkschaft, ohne ultimativen Druck auf dem Weg der Flexibilisierung weiterzumachen.



OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu Moskaus Reaktion auf den EG-Gipfel bemerkt das Blatt:

Moskau hat gestern ungewollt daran erinnert, daß es bei dem gelungenen Akt der EG-Süderweiterung nicht nur Sieger gab. Die bissigen Kommentare aus der sowjetischen Metropole verraten, wo der größte politische Verlierer dieser Einigung zu orten ist: im Kreml.

La Libre Belgique

Die belgische Tageszeitung schreibt zu Überlegungen über eine mögliche Neutralität Belgiens:

Man versteht, daß einige sie wünschen, so wie man es vor dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg wollte, ohne daß die Neutralität verhindert hätte, daß Belgien in die europäischen Konflikte mit hineingezogen wurde. Unsere Neutralität würde uns nicht nur zwingen, aus der NATO auszutreten, sondern uns auch den Weg zu einer Europäischen Union versperren. Kann man sich vorstellen, daß diese politische Union jemals Wirklichkeit werden kann, wenn einige Länder, darunter Belgien, sich zu einer Außen- und Verteidigungspolitik hin orientieren, die niemals die unserer französischen, deutschen, britischen und italienischen Partner sein wird, die ihrerseits sich erinnern, während wir die Erinnerung verloren haben? Man kann neutralistisch sein, doch in diesem Fall muß man aufhören, sich für pro-europäisch zu halten.

SDI: Der Gegensatz von Idealismus und Behutsamkeit

Was die Amerikaner an den Deutschen irritiert / Von Fritz Wirth

Wenn man zwei Tage lang über ein Thema streitet und philosophiert, müssen am Ende nicht unbedingt Erkenntnisse von ungetrübter Klarheit stehen.

Die Frage, ob man Reagans SDI-Vision teilt, ist im technologischen Frühstadium dieses Programms eine Frage des Glaubens. Beim Bemühen, diesen Glauben zu teilen, hilft es, Amerikaner zu sein und deren Optimismus, Selbstbewußtsein und Fortschrittsenthusiasmus zu besitzen. Glaubt man an dieses Konzept, dann ist es ohne Zweifel ein „Wendepunkt der Weltgeschichte". Für Präsident Reagan, Verteidigungsminister Weinberger und viele Mitglieder der Administration in Washington ist es genau das. Es ist jedoch durchaus legitim, die Sache skeptischer zu sehen. Für den amerikanischen Abrüstungsexperten Paul Nitze etwa ist SDI zunächst nicht viel mehr als ein gigantisches Experiment. Sollte es nur bedingt einsatzfähig sein oder jeglichen Finanzrahmen sprengen, so sollte es nach Ansicht Nitzes fallengelassen werden.

Diese Position Nitzes, von der Reagan-Administration offiziell niemals in Frage gestellt, ist bedeutsam. Sie ließ in den USA viele SDI-Kritiker verstummen. Nitze nahm ihnen den Wind aus den Segeln mit der Zusicherung: Solange SDI ein Experiment ist, bleibt die gegenwärtige Strategie der Abschreckung unangetastet. Und er legte die skeptischen Wissenschaftler mit dem Argument lahm: Wer gegen das Experiment polemisiert, polemisiert gegen den Fortschritt. Wer aber dies in den USA tut, wird schnell unglaubwürdig.

Es lag nahe, daß die europäischen Bündnispartner – vorsichtig wie immer – der Position Nitzes zuneigten. Auf dieser Basis beispielsweise formulierte Frau Thatcher vor drei Monaten in Camp David ihr zeitlich begrenztes, aber positives Vier-Punkte-Konzept zur SDI. Es war für sie keine leichte Entscheidung. Dadurch wird ihr Votum für die neue britische Tridentflotte – Kernstück einer auf Abschreckung orientierten Strategie – noch schwieriger zu rechtfertigen.

Bonn hat nicht die Probleme Frau Thatchers, tut sich aber mit SDI schwerer als die britische Regierung. Einiges an diesem Bonner Zögern ist heute wenig überzeugend, etwa die Klage über fehlende Absprache mit den Allierten bei der Konzipierung des SDI-Programms und über das allgemeine Informationsdefizit in dieser Sache während der letzten zwei Jahre.

Es trifft zu, daß die Konsultationen miserabel waren. Den Unmut darüber hätte man jedoch vor zwei Jahren formulieren müssen. Man tat es nicht, und das aus gutem Grund: Man war gerade dabei, vor dem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte die Öffentlichkeit vom moralischen Wert der „Strategie gegenseitig zugesicherter Vernichtung" zu überzeugen. Da war es schwer, sich mit den Amerikanern auf eine Debatte über die Überwindung dieser Strategie einzulassen.

Jetzt jedoch diese mangelnden Konsultationen zu einem Thema zu machen, ist ein Streit über verschüttete Milch. Um so erstaunlicher ist es, daß man in Bonn offenbar immer noch glaubt – jedenfalls tut, als glaubte man –, Reagan durch direkte und indirekte Interventionen von seinem SDI-Pfad abbringen zu können. Die letzten Erklärungen des Kanzlers und seines Beraters Teltschik, die die Hoffnung äußern, daß in Genf das SDI-Programm obsolet gemacht werden könne, ignorieren die dutzendfache Versicherung Reagans, daß die SDI für ihn in Genf kein Handelsobjekt ist.

SDI ist noch eine sicherheitspolitische Vision, und mit Visionen läßt sich schwer reale Politik machen. Der feste Glaube des Präsidenten an diese Vision jedoch ist eine politische Realität, und Bonn wird sich darauf einrichten müssen, mit ihr zu leben. Späte Nörgeleien über schlechtes „Timing" und Informationsdefizite gehen am Kern der SDI-Debatte vorbei.

Tatsächlich liegen die SDI-Differenzen zwischen Deutschen und Amerikanern tiefer. Der neue Bonner Botschafter der USA, Richard Burt, formulierte sie am Wochenende auf der Tagung der „Atlantikbrücke" in Dallas, als er seinen deutschen Freunden vorhielt: „Ronald Reagan hat in der SDI-Frage getan, was viele Politiker vor ihm taten: Er appellierte an den Idealismus im Volke. Dieser Appell an den Idealismus war in der Regel in Deutschland stets sehr wirksam. Nun, da er sich bei uns regt, ruft ihr uns zu: ‚Hey, seid realistischer!'"

Es stoßen offenbar in der SDI-Debatte zwei Welten aufeinander. Für die amerikanische Gesellschaft hat die Zukunft immer schon begonnen. Sie projiziert ihre Ideen in die Zukunft und macht erst später daraus ein Konzept. Wir Deutschen dagegen sehen in der Zukunft intuitiv zuerst die Gefahren, und deshalb entwickeln wir auf unserem Weg in die Zukunft vor allem sichere Marschrouten, suchen die Risiken zu orten und vorher auszuschalten. Unser Weg in die Zukunft ist methodisch und diszipliniert, der amerikanische Weg spontan und dynamisch.

Dieser Gegensatz scheint die Wurzel des deutschen SDI-Unbehagens zu sein. Dies zu ändern, heißt, über den eigenen Schatten zu springen. Tun wir es nicht, laufen wir Gefahr, im Schatten eines neuen Technologie-Zeitalters stehen zu bleiben und von einer Zukunft überholt zu werden, die uns nur einen Zuschauerplatz läßt. Einen Platz mit guter Sicht, aber eben ohne Visionen.

Polizisten helfen gegen die Angst vor der Straße

Vor zwanzig Jahren gründeten Polizeibeamte in Hamburg eine Einrichtung, die bis heute in der Bundesrepublik einmalig geblieben ist: das Jugendwerk unfallgeschädigter Kinder in der Sportvereinigung der Polizei.

Von GISELA KRANEFUSS

Es war ein Tag wie jeder andere. Bärbel Ertmer-von Zedlitz holte ihre Söhne Stefan (6) und Thomas (5) vom Kindergarten ab. An der Kreuzung Burgstraße/Borgfelderstraße warteten sie auf „Grün". Die Ampel sprang um, und Stefan hüpfte los. Die Mutter sah den Lastwagen um die Ecke biegen, schrie „Stefan!", aber da hatte der Wagen den Jungen schon erfaßt. Diagnose: Schädelquetschung. Der kleine Thomas erlitt einen Schock. Monate sind seither vergangen. Der heute Siebenjährige leidet unter Konzentrationsschwäche und ermüdet schnell, während der jüngere Bruder von Ängsten geplagt wird.

Im Spiel soll der Unfall vergessen werden

Es ist Mittwoch, 14.30 Uhr – wie seit zwanzig Jahren werden zu dieser Zeit unfallgeschädigte Kinder in sechs Sporthallen Hamburgs mit Hilfe von Übungsleitern der Polizei betreut, damit sie spielend ihren Unfall vergessen lernen. Nach oft monatelangen Aufenthalten im Krankenhaus werden Balance, Beweglichkeit und Reaktionsvermögen der Kinder trainiert.

„Es hat keinen Sinn, die Kinder nach einem Unfall abzuschotten", erklärt der Leiter der Landespolizeischule, Erwin Boldt, dem das Jugendwerk untersteht. „Wir müssen die Kräfte des Kindes aktivieren, die Ängste behutsam abbauen und es auf die Realitäten im Leben, die schön, aber auch gefährlich sind, vorbereiten."

Das geschieht vorbeugend mit dem breiten Angebot der Verkehrserziehung in Schulen und Kindergärten bis zur Arbeit des Jugendwerkes, die durch gezielte sportliche Betätigung die Unfallfolgen überwinden helfen und den Kindern Selbstvertrauen und Sicherheit im Straßenverkehr geben soll.

Zielgruppe sind die sechs- bis 14jährigen, die nicht mehr ärztlich behandelt werden und nicht vom Versehrtensport (beispielsweise Querschnittsgelähmte) erfaßt sind. Alle Kinder sind versichert, erhalten Sportkleidung und werden auf Wunsch von den ehrenamtlich tätigen Beamten in deren Privatwagen abgeholt und wieder heimgebracht. Es wird das Fahren mit Bus und Bahn ebenso trainiert, wie der Fußweg nach Hause. Kosten entstehen für die Eltern nicht. Manche Kinder nehmen bis zu zwei Jahre an den wöchentlichen Spielstunden teil.

Bis heute wurden 2900 Kinder betreut. Zur Zeit sind es 118, davon 13 Ausländer. Simon ist zehn Jahre alt. Er schiebt sein Turnhemd hoch und zeigt zwei lange Narben. „Doppelter Leberriß" sagt er betont lässig, „passierte vor unserer Haustür im Regen, Bremsspur war lang, hatte aber nicht gereicht." Er springt auf das Trampolin und zeigt, die Beine grätschend, seine Künste.

Der kleine Thomas steht zitternd auf dem Schwebebalken. Seine Hände streckt er nach denen seiner Helfer aus. Das Kind wagt noch immer nicht, allein eine Straße zu überqueren, sagt Bärbel Ertmer-von Zedlitz. Die Verhandlung gegen den Fahrer war in diesen Tagen. „Er muß ein Bußgeld zahlen", berichtet die Mutter, „das hoffentlich dem Jugendhilfswerk zugeführt wird."

Immer wieder wird der Rat gegeben, Kindern, die allein unterwegs sind, Namen, Anschrift und Telefonnummer mitzugeben, weil nach Unfällen oft viel Zeit verlorengeht, bevor die Eltern benachrichtigt werden. „Die Kinder verunglücken weniger auf dem Schulweg als exakt 500 Meter im Umkreis ihres Zuhauses, beim Spielen in reinen Wohngebieten, in denen sogar 30 Stundenkilometer vorgeschrieben sind", stellt Erwin Boldt fest.

Die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Kinder sank in der Hansestadt dennoch konstant. 1948 betrug sie noch 67, im vergangenen Jahr starben zehn Kinder. Zum Teil schwer verletzt wurden in Hamburg 1983 genau 1269 Kinder, während es 1984 1124 waren, also immer noch durchschnittlich drei Kinder pro Tag.

„Aufnahmekapazität ist praktisch unbegrenzt"

Die Beamten organisieren auch Freizeiten und Ferienlager für die Unfallkinder und lassen Handzettel in neun Sprachen verteilen, damit auch ausländische Mitbürger ihre Scheu vor der Polizei überwinden und das Hilfsangebot für ihre Kinder, die an Unfallfolgen leiden, in Anspruch nehmen. „Unsere Aufnahmekapazität ist praktisch unbegrenzt, denn viele Beamte stehen bereit, um in unserem Hilfswerk mitzuarbeiten", erklärt Erwin Boldt.

Die Einrichtung existiert durch das beständige Engagement der Beamten, durch Bußgeldzuweisungen und Spenden. Aber auch durch den Erlös eines zweitägigen Ostermarktes, den Polizei-Seelsorger Pastor Reinhold Hintze zugunsten der Kinder veranstaltet hat.

Kinder haben keine Lobby, und ihr Spielfeld wird kleiner. Sie stehen den in zwanzig Jahren von 14 Millionen auf über 30 Millionen angewachsenen Autos auf deutschen Straßen hilflos gegenüber.

Daß die Zahl der verletzten Kinder bundesweit im Straßenverkehr von 72 499 im Jahre 1970 auf 52 194 im vergangenen Jahr zurückging, ist weitgehend das Verdienst der Verkehrserziehungslehrer in den Bundesländern und verantwortungsbewußter Eltern. Daß die Zahl der Unfälle sinkt, wird auch in Zukunft vom Verhalten der Autofahrer abhängen.









Gesichter eines Chefs: „Der Kanzler hat meine Entscheidung zur Kenntnis genommen" FOTOS: SVEN SIMON/FERDI HARTUNG/LOTHAR KUCHARZ

Das AA – Genschers politisches Reservat

Hans-Dietrich Genscher, nach dem Russen Gromyko dienstältester Außenminister der Welt, hat in nun beinahe elf Jahren sich einen autonomen politischen Bezirk geschaffen. Immer mehr zum Mißfallen des großen Koalitionspartners. In zwei Beiträgen, heute und morgen, steht Genschers Politik im Blickfeld einer kritischen Betrachtung.

Von HEINZ BARTH

„Ich gehöre zu den Außenministern, die nachweisbar am wenigsten reisen." So ließ sich Hans-Dietrich Genscher noch im Januar in einem der nicht mehr zu zählenden Interviews vernehmen, mit denen der weltumkreisende Außenminister der Bundesrepublik Deutschland sein emsiges Tagewerk beginnt und auch beendet. Die Kühnheit dieser Aussage verschlägt jedem die Respiration, der den verschlungenen Pfaden seines diplomatischen Wirkens seit jenem Tag im Mai 1974 folgte, als er das Klinikum der deutschen Außenpolitik an der Bonner Adenauer-Allee bezog.

Die Feststellung, daß es in der Geschichte des Auswärtigen Dienstes weder unter dem Kaiserreich noch in der Weimarer Republik, nicht während der Hitlerzeit und erst recht nicht in der Bundesrepublik einen Amtschef gab, der die Behörde so entschlossen auf seine politischen Bedürfnisse zuschnitt, hat keinen Widerspruch zu fürchten. Auch ist die Gewißheit unwiderlegbar, daß bis zu seinem kürzlichen Rücktritt als Vorsitzender der FDP sein Selbstverständnis als Parteichef so eng mit dem des Außenministers verwoben war wie ein Mischgewebe aus Kunstfaser und Baumwolle.

Daran hat sich nichts auf den ersten Blick Wahrnehmbares geändert seit er die Direktion der Partei, keineswegs aber die der Koalitionspolitik, in andere Hände gelegt hat. Fürs erste bürgt seine Freundschaft mit Helmut Kohl dafür, daß die Umbesetzung bei den Liberalen sein Gewicht im Kabinett nicht verringert. Gleichwohl ist im Atmosphärischen eine gewisse Klima-Veränderung festzustellen.

Genscher hat es immer bestritten, daß aus der FDP unter seiner Ägide ein „Ein-Mann-Betrieb" geworden sei. Heute ist sie das tatsächlich nicht mehr. Die Auflösung der Wechselwirkung, die zwischen seinen beiden Funktionen bestand, ist eine der Folgen der Wende, von der er aus dem Rückspiegel der Ereignisse sagt, sie sei ausschließlich sein Werk gewesen.

Ganz so war es allerdings nicht. Noch im Mai 1982 mußte er von Walter Scheel, dem Ehrenvorsitzenden der FDP, der die Gemeinsamkeiten mit der Sozialdemokratie für längst aufgebraucht hielt, ständig gedrängt werden, endlich einen Entschluß zu fassen. Er wippte ausdauernd auf dem Trampolin des Absprunges von der sozialliberalen Koalition, von der Scheel und Graf Lambsdorff befürchteten, ein noch längeres Ausharren an der Seite der SPD könnte die Liberalen in den Abgrund reißen, an dessen Rand sie sich festgekrallt hatten. Den ganzen darauffolgenden Sommer über zögerte Genscher, den entscheidenden Schritt zu tun, der aus dem begrenzten Konflikt mit der SPD den längst als notwendig erkannten Bruch machte. Noch Anfang September 1982, kurz vor der Scheidung, war sich der allzeit hellhörige „Spiegel" nicht sicher, ob der FDP-Chef die Entschlußkraft zum Absprung aufbringen würde.

Mehr Taktiker als Stratege

War nicht das Ausweichen vor Entscheidungen, deren Konsequenzen nicht bis an den Rand des politischen Horizontes zu überblicken sind, schon immer die Haltung gewesen, die dem risikoscheuen Temperament des Innenpolitikers Genscher entsprach? Er war auch als Außenminister mehr Taktiker als Stratege. Der Stil, den er dem Auswärtigen Dienst aufprägte, war mehr auf Effekt berechnet als durch ein Konzept bestimmt. Geschäftigkeit, Absicherung nach allen Seiten und die ständige Sorge, irgendwo anzuecken, hemmten die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik weit über die Zeit hinaus, in der sie in eine weltpolitische Rolle hineingewachsen war. Genschers eigentlicher Bezugspunkt zum diplomatischen Handwerk war eine Öffentlichkeits-Arbeit, die er in den Dienst des Partei-Interesses stellte.

Das mußte ihn einem Teil des Auswärtigen Dienstes entfremden. Es gibt kein Ministerium, in welchem die Pflege der Personalpolitik wichtiger ist und längerfristige Auswirkungen hat als im Außenministerium. Fehler, die heute bei der Besetzung bedeutender – und weniger bedeutender – Auslandsposten gemacht werden, wirken sich noch nach Jahren aus. Genscher isolierte sich von seiner sich frustriert fühlenden Beamtenschaft, als er eine handverlesene und vorwiegend aus dem Ministerbüro rekrutierte Diplomaten-Riege auf die Schaltstellen des Dienstes verteilte. Resignierend gewöhnte sich der Dienst an den Zustand, daß der FDP angehörende oder ihr nahestehende Beamte Vorzugsbehandlung genossen.

An dieser Situation, an der auch SPD-Beamte partizipieren, hat die Politik der Wende wenig geändert. Wie sehr die Parteipolitik auf den Dienst abfärbt, zeigt der Fall eines hohen Beamten, der für seinen Austritt aus der CSU mit einem der wichtigen Auslandsposten belohnt wurde.

Darunter leiden Beamten-Moral und Niveau der deutschen Diplomatie seit Jahren. Im Auswärtigen Amt zirkuliert das melancholische Epigramm, der Titel des Vortragenden Legationsrates werde demnächst abgeschafft, weil es keine Räte mehr gebe, die dem Chef etwas vortragen dürften. Von einem Minister, der das diplomatische Perpetuum Mobile erfunden hat, erhofft niemand mehr, daß er Zeit für das Aktenstudium und die regelmäßige Konsultation mit seinen Ressortleitern findet. Die Funktionen des Ministeriums schrumpfen auf die des Minister-Büros. Es gilt als seltenes Ereignis, wenn Genscher vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages erscheint – sehr im Gegensatz zu seinen Auftritten im Plenum, wo das Surren der Fernseh-Kameras nie die Attraktion auf ihn verfehlt.

„Der Minister", so war schon vor Jahren in der WELT zu lesen, „benutzte die Gelegenheit seiner Anwesenheit in der Bundesrepublik ..." In der Tat. Längst hat sich der Eindruck verfestigt, daß sein Reisefieber zu einer Flucht vor der eigentlichen Aufgabe, nämlich einer konzeptuellen Gestaltung der Außenpolitik, geworden ist. Niemand in Bonn bestreitet, daß Wendigkeit und Geschick zu den ausgeprägtesten Eigenschaften des Außenministers gehören. Aber alle sind sich auch einig, daß von der ausufernden Betriebsamkeit des Mannes die Entwicklung eines außenpolitischen Systems nicht mehr zu erwarten ist.

Das erklärt die zunehmende Ablehnung, auf die er bei den Unionsparteien stößt. Jahr für Jahr ist ihr Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik dahingeschwunden. Wer die Illusion hatte, daran werde sich unter der christlich-liberalen Koalition etwas ändern, sah sich bitter enttäuscht. Eine rebellische Unterströmung ist bei vielen Unionspolitikern festzustellen. Ein Aufbegehren, weil Genscher so weitgehend gegen jede Kritik durch den Kanzler abgeschirmt wird, daß seine Parteifreunde nicht mehr dagegen aufkommen.

Richtlinien-Kompetenz des Kanzlers ist berührt

In der Union beginnt man intensiv darüber nachzudenken, ob es vertretbar war, das außenpolitische Monopol Genschers so fest in der Koalitonsvereinbarung zu verankern, daß die Richtlinien-Kompetenz des Kanzlers davon sichtlich berührt wird. So kann es geschehen, daß einer der außenpolitischen Experten der Union, der sich bei Genscher nach der Abstimmung eines Vorganges mit Helmut Kohl erkundigt, vom Minister mit dem rüden Bescheid abgefertigt wird: „Der Kanzler hat meine Entscheidung zur Kenntnis genommen."

Helmut Kohl, der sich in jeder Hinsicht als Erbe Konrad Adenauers versteht, muß in Konflikt mit dem Verständnis seiner politischen Mission geraten, wenn er sich aus der Rolle des ersten Außenpolitikers der Bundesrepublik verdrängen ließe. Offensichtlich erfährt die Geschäftsordnung der Bundesregierung, die der FDP als Ausgleich für die innen- und sozialpolitische Kooperation einen Zuwachs an Autonomie der Außenpolitik zuwies, durch Genscher eine weitgehende Auslegung. Das befremdet die Unionsparteien um so mehr, als sich das Kanzleramt und die CDU/CSU in der Frage der Parteispenden-Amnestie durch die Liberalen im Stich gelassen fühlten.

Wie weit sich solche Erfahrungen auf die außenpolitische Übereinstimmung auswirken, die Kanzler und Vizekanzler verbindet, ist nicht leicht abzuschätzen. Es hat zum mindesten leise gekratzt, als Genscher den Aufsatz, in welchem er zum amerikanischen Forschungsprojekt der Weltraum-Verteidigung eine distanziertere Haltung als die Union einnahm, am Kanzleramt vorbei den deutschen Auslandsvertretungen zuleitete. Hier schien die Grenze zur Richtlinienkompetenz überschritten.

Jedenfalls werden bei der Union die Beschwerden immer vernehmlicher, die FDP bestimme die Richtlinien der Außenpolitik. Der Kanzler dürfe sich darüber nicht beklagen, wenn er es zulasse, daß die Wende nichts an einem Kurs geändert hat, der in keiner der fundamentalen Fragen von der sozial-liberalen Koalition zu unterscheiden ist.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist darüber in Zwielicht geraten. Es sind nicht die bilateralen Probleme, die einen Schatten auf die Beziehungen werfen. Doch hat es seine Auswirkungen, daß die sowjetische Herausforderung seit Jahren in Bonn anders analysiert wird als in Washington – daran kann auf die Dauer auch die Tatsache nichts ändern, daß „die Chemie" zwischen Ronald Reagan und Helmut Kohl stimmt.

Gleiches läßt sich gewiß nicht von dem Vertrauen sagen, das die Amerikaner in den Bundesaußenminister setzen. Es bleibt merkwürdig, wie lau die Atmosphäre ist, die ihn nach zehnjähriger Zusammenarbeit in Washington umgibt. Von seinen Kollegen an der Spitze des State Department war Cyrus Vance, der Außenminister Carters, der einzige, mit dem ihn ein engeres Verhältnis verband. Doch gerade damals begann mit dem Zerwürfnis zwischen Helmut Schmidt und dem Präsidenten die Kette der Mißverständnisse mit den USA, die nicht überwunden werden kann, solange sich die Bundesrepublik in die Rolle des Wortführers der eurpäischen Eigenständigkeit hineinsteigert.

Wer baut was in Wackersdorf?

Von PETER SCHMALZ

Die Ministerpräsidenten von Bayern und Niedersachsen waren sich der bundespolitischen Verantwortung bewußt, mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe die Lücke im Entsorgungskonzept der Bundesregierung zu schließen, als sie resolut und trickreich um das Milliardenprojekt rangelten. Daß aber Ernst Albrecht sichtbar sauer und Franz Josef Strauß hörbar zufrieden war, nachdem das bayerische Wackersdorf den Zuschlag erhalten hatte, lag zuvörderst an einer Sache, die das Volk gemeinhin mit dem wenig noblen Wort „schnöder Mammon" umschreibt. Vom warmen Geldregen in zehnstelliger Höhe hatte sich jeder der beiden Länderchefs in einem seiner strukturschwachen Gebiete ein gedeihliches Sprießen der vor allem an Unterbeschäftigung leidenden Bauwirtschaft erhofft.

Doch in der richtigen Erkenntnis, daß die Baumillionen der Region wenig nützen, wenn die Aufträge von Großunternehmen nach Frankfurt oder Düsseldorf gehen, pochte die bayerische Staatsregierung inzwischen beim Bauherrn der Anlage, der deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), auf die Vergabe eines möglichst hohen Bauvolumens an die regionale Baubranche. Aber wie war die in Hannover beheimatete DWK zu zwingen, den Milliardensegen nicht allzu föderalistisch an Bauriesen aus verschiedenen Bundesländern zu vertröpfeln, sondern den Geldstrom auf den Freistaat zu konzentrieren? Über die richtige Antwort auf diese Frage entbrannte in diesen Tagen unter Bayerns Kabinettsmitgliedern ein heftiger Streit.

Das fröhliche Treiben eröffnete ausgerechnet DWK-Vorstand Günther Scheuten, indem er jedem psychologischem Gespür abhold verkündete, in der Oberpfälzer Region um Wackersdorf werde es „mehr enttäuschte als zufriedene einheimische Unternehmer" geben. Verschreckt konstatierte darauf der CSU-Landtagsabgeordnete, die Glaubwürdigkeit habe durch diesen unbedachten Satz gelitten. Sogar vom Sahnekirschkuchen war die Rede, der in Wackersdorf gebacken, aber woanders gegessen werden solle. „Wir kriegen dann nur die Kirschkerne", befürchtete ein CSU-Funktionär.

Zu diesem Zeitpunkt aber glaubte Bayerns Umweltminister Alfred Dick, der tapfer für die Wiederaufarbeitungsanlage gekämpft hatte, den Stein des Weisen bereits gefunden zu haben: Dem Baukonsortium, das von der DWK mit der schlüsselfertigen Übergabe der 5,2-Milliarden-Anlage beauftragt wird, sollten die sieben größten der regionalen Mittelstandsunternehmen angehören. Auch der Wirtschafts-Staatssekretär Georg von Waldenfels, von Strauß mit der Leitung der von der Staatskanzlei eingesetzten und mit Kabinettsmitgliedern besetzten „Koordinierungsgruppe WAA" beauftragt,



neigte dieser Lösung zu und forderte DWK-Chef Scheuten schriftlich auf, die wackeren Sieben gleichberechtigt am Baukonsortium zu beteiligen, da dies „zu einer spürbaren und äußerst begrüßenswerten Aufwertung der Wirtschaft des ostbayerischen Raumes beitragen" würde.

Spürbar war für den noch jungen Staatssekretär zunächst aber nur, daß er sich damit in die Nesseln gesetzt hatte. Denn der Oberpfälzer Regierungspräsident Karl Krampol hatte inzwischen seinerseits Industrie und Handwerk um sich geschart, eine von Minister Dick beargwöhnte Arbeitsgruppe gebildet und die Parole ausgegeben: Gleiche Chance für alle und keine Bevorzugung der Sieben; deshalb eine allgmeine Ausschreibung nach den VOB-Richtlinien. Dieser Meinung schloß sich auch Finanzminister Max Streibl an, und in der DWK-Spitze wurde verwirrt die Frage gestellt, welcher Teufel einen geritten hatte, sich mit diesen unberechenbaren Bayern überhaupt einzulassen.

Nun probte der adelige Staatssekretär in München den Spagat, neigte im Ministerrat beiden Lösungen zu und sah sich unversehens zwischen allen Stühlen: „Am Ende war ich ganz allein." Doch nicht lange: Schon tags darauf ließ er in einer Sitzung die Siebener-Alternative völlig unerwähnt und forderte Scheuten mannhaft auf: „Ausschreibung der gesamten konventionellen Bauteile unter grundsätzlicher Anwendung der VOB."

Daraufhin schmollte der Umweltminister, aber Scheuten ging eilends darauf ein: Wiederum nur 24 Stunden später wurde von der DWK der Grundsatzbeschluß gefaßt, den Bauauftrag einem Errichtungskonsortium zu erteilen, das unter der Federführung der Siemens-Tochter Kraftwerksunion steht und dem die Firmen Kraftanlagen Heidelberg, Nukem, Hochtief, Dyckerhoff & Widmann sowie Heitkamp angehören. Das Konsortium mußte sich verpflichten, örtliche und regionale Firmen und Betriebe, sofern deren Angebote konkurrenzfähig sind, in enger Abstimmung mit der DWK in allen Projektphasen „soweit wie möglich" einzubinden.

„Damit können wir zufrieden sein", kommentiert der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Ostbayern, Anton Hinterdobler, diesen Beschluß. „Jetzt ist ein fairer Wettbewerb möglich, der die Tüchtigkeit der einheimischen Betriebe herausfordert." Die gesamte Bausumme im konventionellen und im nuklearspezifischen Bereich schätzt die DWK derzeit auf etwa 850 Millionen Mark. 300 Millionen Mark aus dem konventionellen Volumen und gut 80 Millionen aus dem Nuklear-Bereich sollen im Ostbayerischen vergeben werden. Zusätzlich hat sich die DWK noch die Vergabe von 100 Millionen vorbehalten.

Staatssekretär von Waldenfels visiert aber schon ein nächstes Teilprojekt an: „Wir müssen die Öffentlichkeitsarbeit für die WAA erheblich verbessern und die Angst der Leute abbauen. Leider hat die DWK dafür noch keine Strategie." Auch Finanzminister Streibl hält die DWK in dieser Beziehung für ziemlich „spröde". Waldenfels will darüber mit der Scheuten-Mannschaft noch vor Ostern sprechen: „Wir müssen endlich weg von der Reaktion auf Angriffe und hin zu Aktion."

„Stabilität durch Weltraumwaffen erhöhen"

DW. Bonn

Die Installierung von Weltraumwaffen im Anschluß an einen erfolgreichen Abschluß der SDI-Forschung würde nach Ansicht des abrüstungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, das militärstrategische Verhältnis zwischen Ost und West stabilisieren. „Als Ergänzung der westlichen atomaren Strategie der ‚flexiblen Reaktion' könnte ein solches System, selbst wenn es möglicherweise nur 80 bis 90 Prozent der anfliegenden ballistischen Raketen abfangen kann, einen Entwaffnungsschlag unmöglich machen", führt der Unionspolitiker in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Truppenpraxis" aus. Wegen der Entwertung der Interkontinental-Raketen in einem System der „defensiven Abschreckung" könnten sich Abrüstungsverhandlungen in den kommenden Jahren auf die Begrenzung und Reduzierung der Zahl strategischer Bomber und Marschflugkörper konzentrieren.

In seiner Verteidigung des US-Forschungsprojekts verweist Todenhöfer auf die sowjetische Vorrüstung im Bereich der Raketenabwehrwaffen. Für Forschungen einer weltraumgestützten Raketenabwehr hätten die Sowjets „bisher ein Vielfaches der entsprechenden amerikanischen Mittel ausgegeben". Dies „erzwingt eine amerikanische Antwort", schreibt Todenhöfer weiter.

Die Europäer sollten seiner Meinung nach das Angebot des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger nutzen, sich an den SDI-Forschungsarbeiten zu beteiligen. Dies würde sowohl den europäischen Einfluß auf die Entwicklung des Systems erhöhen als auch eine Abkopplung Europas von den USA verhindern. Eine Nichtbeteiligung könne sich Europa nicht leisten, „weil es dann in einen hoffnungslosen technologischen Rückstand gegenüber den USA und der Sowjetunion gerät".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Belgrad spart bei der Wissenschaft

Import von Fachliteratur nahezu eingestellt / Furcht vor Provinzialisierung

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Jugoslawien drohe die Provinzialisierung und Austrocknung auf dem Gebiet der Wissenschaften. Das Land verliere den Anschluß an die weltweite wissenschaftliche Entwicklung. Diesen Alarmruf hat die Belgrader „Politika" ausgestoßen. In den letzten fünf Jahren, so schreibt das einflußreiche Belgrader Blatt, habe Jugoslawien aus Gründen der rigorosen Deviseneinsparungen auf fast allen Gebieten den Anschluß an die internationale Wissenschaft und Forschung eingebüßt.

An der Jahreswende 1981/82 sei aus Ersparnisgründen der Import wissenschaftlicher und fachlicher Publikationen aus dem Ausland faktisch eingestellt worden. Der Austausch von Veröffentlichungen zwischen inländischen und ausländischen Bibliotheken und Instituten betrage heute nur noch ein Fünftel des Standes von 1979. Die Zahl der Übersetzungen jugoslawischer Autoren in Fremdsprachen sei in dieser Zeit um die Hälfte gesunken. Die Übersetzungen ausländischer Autoren in die Sprachen Jugoslawiens seien noch drastischer zurückgegangen.

„Alles das führt dazu, daß wir in der Welt immer weniger vertreten sind, und die Welt auch bei uns immer weniger präsent ist", heißt es in dem Artikel. Eine jüngste Devisen-Injektion von 200 000 Dollar wirkt nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Demgegenüber importiere Jugoslawien jährlich ausländische – meist westliche – Zeitungen und Zeitschriften im Wert von fünf Millionen Dollar – für die Touristen. Es sei sehr zu bedauern, meint die „Politika" ironisch, daß die ausländischen Sommergäste in Jugoslawien kein Interesse für wissenschaftliche Zeitschriften hätten – sonst wäre der Import leichter zu realisieren.

Die Bibliothek des studentischen Kulturzentrums in der jugoslawischen Hauptstadt habe in den siebziger Jahren 960 Titel ausländischer periodischer Publikationen bezogen. Diese Zahl sei 1980 auf 200 Titel reduziert worden. Zur Zeit beziehe die Bibliothek keine einzige ausländische Publikation mehr – mit Ausnahme einiger Periodika, die sie als Geschenk erhalten. In fast wissenschaftlichen Institutionen – mit Ausnahme einiger weniger, die als „außerordentlich wichtig eingestuft wurden – ist der Bezug ausländischer Literatur, von Periodika und Sammelwerken schlagartig unterbrochen worden. Auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften sei die Lage besonders schlimm.

Dabei spielen offenbar nicht nur Devisenprobleme, sondern auch die allgemeine finanzielle Situation des Landes eine negative Rolle. Durch die radikale Entwertung des Dinars kostet in Jugoslawien ein aus Westeuropa oder den USA kommendes wissenschaftliches Buch etwa das halbe Monatsgehalt eines Universitätsassistenten. Obwohl die gegenwärtige Notsituation eine Zentralisierung der Kompetenzen für den Import wissenschaftlicher Literatur erfordern würde, geschehe in Wirklichkeit das Gegenteil: Es komme zu einer weiter fortschreitenden Desintegration – offenbar weil örtliche Instanzen und Funktionäre in den einzelnen Teilrepubliken willkürlich und ohne gesamtstaatliche Koordination vorgehen. Die jugoslawischen Verlage wiederum könnten gleichfalls aus Gründen des Devisenmangels nicht die Rechte an ausländischen Fachpublikationen erwerben und sie, wie es eigentlich notwendig wäre, in die Sprachen Jugoslawiens übersetzen. Da wissenschaftliche Bücher kein gutes Geschäft seien, würden auch inländische wissenschaftliche Manuskripte oftmals nicht veröffentlicht.

„Wenn jemand im Jahre 1872, im damaligen Fürstentum Serbien, in seiner Muttersprache die vier grundlegenden Programmschriften des Sozialismus lesen wollte – Marx, Engels, Bakunin und Lassalle –, so konnte er das ohne jede Mühe tun. Heute wäre ihm das auch unter größten Anstrengungen nicht möglich." (Weil einige der marxistischen Werke in Jugoslawien nicht gedruckt wurden.) Der Autor des „Politika"-Artikels, Laslo Sekelj, der zu Titos Lebzeiten als „Anarchist" und „Praxis"-Anhänger seine Stelle an der Universität von Neusatz/Novi Sad verloren hat, nennt eine ganze Anzahl von prominenten marxistischen und nichtmarxistischen Autoren auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften, Soziologie und Philosophie, die in Jugoslawien nicht gedruckt werden können – aus Geldnot.

Schwager Radjavis hingerichtet

dpa, Paris

Mojahed Asghar Nazemi, der Schwager des in französischem Exil lebenden Führers der oppositionellen iranischen Volks-Mudschahedin, Massoud Radjavi, ist nach Angaben der Organisation in einem Gefängnis in Teheran hingerichtet worden. Nazemi wurde zusammen mit acht Mitgefangenen exekutiert. Seine Frau, Monir Radjavi, mit der er im Herbst 1981 verhaftet worden war, sei noch immer im Gefängnis. Das Büro der Volks-Mudschahedin in Paris gab an, daß während des Monats März in anderen iranischen Städten insgesamt 60 Gefangene hingerichtet worden seien.

In Polen neue Preiserhöhungen

AFP, Warschau

In Polen ist die zweite Phase der Preiserhöhungen in Kraft getreten. Kohle, Strom und Gas verteuerten sich gestern um jeweils 20, 22 und 30 Prozent. Die Erhöhung der Fleischpreise um 10 bis 15 Prozent ist auf Anraten der offiziellen Gewerkschaften auf Juli verschoben worden. In der ersten Etappe der Verteuerung Anfang März waren die Preise für Brot und Zucker um 30 bis 45 Prozent heraufgesetzt worden. Einige Betriebe hatten darauf nach Angaben verbotener Gewerkschaftskreise die Lohnforderungen der Arbeiter als Ausgleich zu den Preiserhöhungen mit Kurzstreiks unterstützt.

Sudan braucht dringend Getreide

rtr, Rom

Sudan steht nach einem Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) nach drei Trockenperioden und einem rapiden Anstieg der Flüchtlingszahlen am Rande einer Katastrophe. Die Hirseernte sei 1984 um 39 Prozent zurückgegangen, so daß ein Defizit von mindestens einer Million Tonnen entstand. Bei über 20 Millionen Einwohnern sind schätzungsweise fünf bis sieben Millionen Menschen vom Verhungern bedroht. Der Sudan leidet neben der Dürre unter einer Wirtschaftskrise und einer Rebellion im Süden des Landes.



Paris: Fünf Gruppen melden sich als Schuldige

A. GRAF KAGENECK, Paris

In Frankreich häufen sich Zwischenfälle, die mit Rassismus in Verbindung gebracht werden. Seit dem Aufkommen eines gewissen Rechtsradikalismus (politisch verkörpert in der „Nationalen Front" von Jean-Marie Le Pen) leidet das Land darunter. Das jüngste Beispiel ist der Mord an einem 18jährigen algerischen Einwanderer in Miramas bei Marseille. Der junge Mann war nach einer Rauferei in einer Bar von einem der Beteiligten, einem jungen Franzosen spanischen Ursprungs, auf offener Straße aus einem vorbeifahrenden Auto heraus erschossen worden. Acht Tage vorher war bei Menton an der italienisch-französischen Grenze, ein junger Marokkaner auf ähnliche Weise ums Leben gekommen.

Als schwerster Zwischenfall aber wird der Bombenanschlag auf das Kino „Rivoli-Beaubourg" gewertet, in dem das vierte „Festival des jüdischen Films" stattfand. Von den 18 Leichtverletzten, die es bei der Explosion gab, lag gestern nur noch einer im Krankenhaus.

Unter den fünf „Terrororganisationen", die sich telefonisch bei Nachrichtenagenturen und jüdischen Interessengruppen als Schuldige des Anschlages gemeldet hatten, sind – neben der nahöstlichen Schiiten-Organisation „Islamischer Krieg" – zwei ausgesprochen neofaschistische Gruppen: die „Weltunion der Nationalsozialisten" (WUNS) mit Sitz in den USA und eine „Gruppe Frankreich-Peiper", benannt nach dem 1976 beim Brand seines französischen Landhauses umgekommenen ehemaligen Waffen-SS-Offizier Joachim Peiper. Der Nachrichtenagentur AFP erklärte ein anonymer Anrufer, man habe sich für eine Antirassismus-Kundgebung des jüdischen Studentenbundes in der rechtsextrem orientierten Pariser Jura-Fakultät „Assas" rächen und gegen den bevorstehenden Prozeß des ehemaligen Gestapo-Mannes Barbie protestieren wollen.

Für die Polizei ergibt sich keinerlei Anhaltspunkt für eine wirkliche Täterschaft. Die Bombe habe, soweit festgestellt werden konnte, nur leichtes Kaliber gehabt und daher „nur warnen", nicht töten sollen. Beobachter schließen nicht aus, daß der Anschlag als eine Reaktion auf die spontane „Antirassismus"-Welle zurückzuführen sein könnte, die seit einiger Zeit über Frankreich rollt.

Auf Shultz können die Europäer bauen

Von R. G. LIVINGSTON

Die Europäer, die ständig besorgt sind, wie sich die weltweite Rivalität zwischen der Sowjetunion und den USA auswirken wird, sollten die Anzeichen einer sich abzeichnenden Entkrampfung als ermutigendes Signal deuten. Mehr noch – der Mann, der auf amerikanischer Seite diese Entwicklung in persönlichem Einsatz vorantreibt, sollte ihnen Vertrauen einflößen: George Shultz, Chef des State Department.

Shultz' unauffällige Regie begleitete die Vorbereitung der Abrüstungsgespräche in diesem Monat in Genf. Kommentar des Präsidenten: „Amerikanische Diplomatie in Hochform".

Auf George Shultz geht auch der Vorschlag zurück, die Handelsgespräche mit den Russen wieder in Gang zu bringen, was Ronald Reagan ebenso guthieß wie die andere Initiative seines Außenministers, mit Moskau wieder einen Dialog über den Nahen Osten zu führen. Dieses Terrain hatten selbst Nixon und Kissinger aus dem Entspannungs-Dialog mit den Sowjets in den siebziger Jahren ausgelassen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Shultz nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU Ronald Reagan auch in dessen Neigung unterstützt, mit einem Gipfeltreffen Ernst zu machen. Der „Secretary of State", solchermaßen als Initiator dieser neuen Berührung mit Moskau bestätigt und an allen operativen Aspekten persönlich beteiligt, darf daher, nein, muß als ein starker Außenminister eingeschätzt werden.

Der Öffentlichkeit ist das Ausmaß der neuen Autorität von Shultz weitgehend verborgen geblieben, weil dieser Außenminister nicht auf Pressekonferenzen und auf dem Fernsehschirm zu glänzen pflegt. Als Redner wirkt er eher unprätentiös, meistens langweilig. Im Fernsehen ist er manchmal geradezu unverständlich. Seine Verlautbarungen klingen, so hat ein konservativer Kommentator einmal gallig bemerkt, wie eine alte 78-Umdrehungen-Platte, die mit 33 Umdrehungen abgespielt wird.

Daß er neuerdings hervorsticht, beruht auf anderen Qualifikationen, vor allem auf seiner Loyalität gegenüber Reagan und der Vorliebe des Präsidenten fürs Teamwork; ferner auf seinen langen Erfahrungen im Weißen Haus und im Kabinett, unter der Präsidentschaft Nixons, wo er die Bürokratie meisterhaft zu handhaben lernte; schließlich auf der pfleglichen Behandlung wichtiger Wählerschichten, besonders der jüdisch-amerikanischen Bevölkerung und ideologisch prononcierter Gruppen, die operativ einem harten Anti-Kommunismus das Wort reden.

Die neue Verhandlungsrunde in Genf hat noch andere Fähigkeiten von Shultz zum Zuge kommen lassen: seine umfassende Art, an Dinge heranzugehen, seine Bereitschaft, sich in die Details hineinzuknien, seine Zurückhaltung, Elastizität und Beharrlichkeit als Unterhändler, die er in den siebziger Jahren als Vermittler zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erworben hat.

Eher vorsichtig ist Shultz in seine gegenwärtige Rolle als Außenminister hineingewachsen. Niederlagen, von anfänglichen Rivalen wie Verteidigungsminister Casper Weinberger beigebracht, blieben ihm nicht erspart. Bezeichnenderweise stellte sich der wichtigste Erfolg seines ersten Amtsjahres als großes Plus für die Verbündeten heraus, als es nämlich Shultz gelang, das amerikanische Embargo gegen das europäische Erdgasröhren-Geschäft mit Moskau aufzuheben. Doch Shultz' Einfluß erreichte den tiefsten Stand, als Reagan auf Wunsch des Pentagons und gegen die Empfehlung des Außenministeriums die Marineinfanteristen aus Libanon abzog, damals im Februar 1984.

Das Comeback begann mit der Wahlkampagne des Präsidenten im letzten Herbst. Shultz spielte hier eine größere Rolle, als die meisten Außenminister vor ihm. Allein wie er das Treffen zwischen dem Präsidenten und dem sowjetischen Außenminister Gromyko mit einfädeln half, machte ihn für Reagan zu einem unersetzlichen Mitarbeiter. Waren doch damit die Vorwürfe der Demokraten auf einen Schlag entkräftet, der Präsident sei zu Verhandlungen mit den Russen entweder nicht imstande oder nicht bereit.

Während des Präsidentschaftswahlkampfes hielt Shultz außerdem zwei wichtige Reden zu Kernproblemen der amerikanischen Politik. Geschickt wählte er sein Podium für diese Auftritte: Die beiden stimmenträchtigsten Staaten Kalifornien und New York.

In Kalifornien erläuterte er die Grundlagen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, wobei er die Theorie des „linkage" ablehnte, das heißt die Vorstellung, daß Verhandlungen über Rüstungskontrolle abzubrechen seien, sobald die Sowjets sich in der Dritten Welt irgendwelche Übergriffe zuschulde kommen ließen; und in der Rede in einer Synagoge von New York rief Shultz nach Vergeltungsmaßnahmen gegen Terroristen, wobei er die Erfolge Israels bei deren Terroristenbekämpfung hervorhob.

Wenn Sicherheitsberater „Bud" McFarlane seine regelmäßigen Treffen mit dem Präsidenten hält, darf man davon ausgehen, daß er vorher mit Shultz die nötige Klärung erzielt hat. Beide, McFarlane und Shultz, übertreffen sich geradezu an Unauffälligkeit ihres Wirkens – was in umgekehrt proportionaler Wirkung zu ihrer Effizienz steht. Wenn eine Vertreterin der „harten Linie", Jeanne Kirkpatrick, Botschafterin bei den Vereinten Nationen, jüngst aus der Administration ausschied und General Rowney, der frühere Verhandlungsführer bei START, in ein hinteres Glied zurücktreten mußte, dann half auch hierbei das leise Doppelspiel zwischen McFarlane und Shultz dem Präsidenten, seine Entscheidungen zu treffen.

Shultz war es schließlich, dessen Empfehlung dazu führte, daß der frühere Berater für die Nationale Sicherheit, Judge Clark, schon im vorigen Jahr seinen Posten für Bud McFarlane freimachte und ins Innenministerium überwechselte. Clark hatte zu jenen gehört, die neuen Verhandlungen mit Moskau eher skeptisch gegenüberstanden. Inzwischen hat er Washington ganz verlassen.

Ins Weiße Haus, als Stabschef, ist jetzt auch Donald Regan übergewechselt, eine alter Freund von Shultz und wie er auf geräuschlose Zusammenarbeit eingestellt. All das stützt die Macht und den Einfluß des Außenministers.

Auch in seinem eigenen Ministerium ist seine Position gestärkt worden. Shultz verabschiedete sich von manchen politischen Neuerungen aus der ersten Reagan-Administration, indem er für entscheidende Verhandlungen Karriere-Diplomaten heranzog, so Richard Murphy für die Gespräche mit den Sowjets über den Nahen Osten, oder Maynard Glitman als Unterhändler in Genf für den heiklen INF-Bereich.

Gegen Mißtrauensausbrüche im Lager der ideologisch am entschiedendsten auftretenden Reagan-Anhänger, die Pragmatismus im State Department gerne als „Mangel an Anti-Kommunismus" interpretieren, hat der Außenminister sich ausreichend abgesichert. Dabei ist es nicht nur Taktik, wenn er seine Loyalität gegenüber dem Präsidenten mit öffentlichen Angriffen auf die sowjetische Haltung in der Menschenrechtsfrage und mit scharfen Angriffen gegen die Sandinisten in Nicaragua unter Beweis stellt. Obwohl er selber die Strategische Verteidigungsinitiative Reagans (SDI) eher skeptisch einschätzt, hat Shultz das Konzept akzeptiert und es in der Öffentlichkeit und gegenüber Moskau entschieden vertreten.

Betrachtet man das amerikanische Verhandlungsteam für Genf, so muß man einfach das große Geschick von George Shultz bei Personalentscheidungen bewundern. Neben dem Karriere-Diplomaten Glitman berief er den früheren Senator Tower und den KSZE-Unterhändler Kampelman – also einen Südstaaten-Republikaner und einen jüdischen liberalen Demokraten, beides konservative Verteidigungspolitiker. Da ihm obendrein in Washington mit Paul Nitze ein enorm beschlagener Rüstungskontrollspezialist zur Seite steht, wird es Shultz auch gelingen, gegenüber dem Pentagon und der Abrüstungsbehörde ACDA die Vorhand zu behalten.

Die Europäer dürfen mit der zunehmenden Autorität dieses Mannes mehr als zufrieden sein. Sein Interesse an Abrüstung und der Verbesserung der Beziehungen mit Moskau – zwei Fragen, denen die NATO-Partner große Priorität einräumen – ist ungekünstelt.

Wichtig ist auch, daß der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Minister für Arbeit und für Finanzen mehr als seine Vorgänger begreift, wie wirtschaftliche, politische und militärische Fragen zusammenhängen. Er ist ein überzeugter „Multilateralist", der im Kabinett um größere Unterstützung sogar für so unpopuläre Einrichtungen wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds kämpft.

Lassen sich die Beziehungen zu Moskau, wie Shultz es wünscht, auf einer dauerhaften Grundlage restaurieren? Befreit vom Druck der Präsidentschaftswahlen geht der Außenminister mit der ihm eigenen Geduld daran, die vielfältigen Aspekte der Frage miteinander in Einklang zu bringen.

Unter Shultz' Stabführung, noch dazu an der Seite eines Ronald Reagan, der mit dem neuen Kreml-Chef in ein baldiges Gespräch kommen möchte, nehmen sich die Aussichten für verbesserte sowjetisch-amerikanische Beziehungen durchaus günstiger aus. Das muß nicht schon im nächsten Monat reifen, auch nicht vor Ablauf dieses Jahres, aber voraussichtlich doch noch vor dem Ende von Ronald Reagans Präsidentschaft.

Robert G. Livingston, 57, Direktor des Instituts für Deutsche Gegenwartsstudien an der Johns Hopkins Universität, Baltimore/Washington D. C. Der Diplomat, Gelehrte und Publizist war ursprünglich im Auswärtigen Dienst der USA in verschiedenen Botschaften in Osteuropa eingesetzt, übernahm 1964 in der US-Mission in Berlin das „DDR"-Referat und kam 1968 an die Botschaft nach Bonn, wo er an den Vorbereitungen des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin beteiligt war. 1972/73, unter Präsident Nixon, diente er im Nationalen Sicherheitsrat. Danach berief ihn der German Marshall Fund in Washington, D. C., zu seinem Direktor. Er gilt als einer der besten Kenner der deutsch-amerikanischen Beziehungen. FOTO: AP

Studenten: UNO soll Ungarn-Problem erörtern

CARL G. STRÖHM, Budapest

390 Studenten der Universität Szeged in Südungarn haben die Delegierten des in der vergangenen Woche zu Ende gegangenen Parteitages der ungarischen KP aufgefordert, gegen die Diskriminierung der ungarischen Volksgruppen in Rumänien und der Tschechoslowakei Stellung zu beziehen. In einem offenen Brief an den Parteitag, der erst jetzt bekannt wurde, erklären die Studenten, die in den Nachbarländern lebenden ungarischen nationalen Minderheiten würden durch gewaltsame Assimilierung unterdrückt. Die Studenten fordern die ungarische Partei- und Staatsführung auf, das Problem der ungarischen Volksgruppen in den beiden Nachbarländern vor „internationale und europäische Gremien" zu bringen – das heißt vor die UNO und die Helsinki-Nachfolgekonferenz. Die Regierungen Rumäniens und der Tschechoslowakei sollten angehalten werden, die Beschränkungen des ungarischen Sprach- und Schulunterrichts sowie die Reisebeschränkungen zwischen dem ungarischen Mutterland und dem Siedlungsgebiet der Minderheiten aufzuheben.

Über die Lage der ungarischen Minderheiten in Rumänien und der Tschechoslowakei herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung Ungarns – besonders unter den Intellektuellen und Studenten – tiefe Sorge. Man spricht in Budapest offen von schweren nationalen Beeinträchtigungen. Auf dem Parteikongreß hat der Vorsitzende der kommunistisch gesteuerten „Patriotischen Volksfront", ZK-Mitglied Imre Pozsgay, die Minderheitenpolitik Rumäniens und anderer kommunistischer Nachbarländer indirekt verurteilt. Ohne Rumänien und die Tschechoslowakei beim Namen zu nennen, aber so deutlich, daß jeder die Adressaten identifizieren konnte, sagte der hohe ungarische Parteifunktionär, Anspruch auf den Rang eines zivilisierten Staates könne im 20. Jahrhundert nur ein Land erheben, welches das „Leninsche Prinzip" akzeptiere und verwirkliche, wonach die Mehrheit gegenüber der Minderheit niemals genügend zuvorkommend sein könne. Nur ein solches Land sei zivilisiert, welches gelernt habe, daß nationale Minderheiten kein Hindernis, sondern eine Förderung für die staatsbildenden Kräfte der Mehrheit darstellten.

So denken Grüne sich die Gesellschaft

Von DETLEV AHLERS

Wer radikale Veränderungen anstrebt, findet das Bestehende von Grund auf schlecht. Die Programme der Grünen sind zum stark überwiegenden Teil eine Beschreibung der Bundesrepublik, wobei kaum ein Dutzend Mal, nimmt man sie alle zusammen, das Gegenwärtige begrüßt wird. Das Bild der wirtschaftlichen Gegebenheiten malen die Grünen so:

In Wahl- und Mitgliederversammlungen der Grünen geht es ausführlich um Bündnisfragen, vor allem mit der SPD. Dabei tritt in den Hintergrund, welche Veränderungen sie anstreben. Liest man ihre Programme, so wird klar, daß die Auseinandersetzungen zwischen sogenannten Fundamental-Oppositionellen und Realpolitikern vordergründig sind – die ganze Partei will ein Gemeinwesen, das den Vorstellungen des russischen Anarchisten Peter Kropotkin über die „Gegenseitige Hilfe" ähnlicher ist als der Bundesrepublik. Dem Artikel liegen die Programme der Landesverbände (einschließlich wesentlicher Teile des noch nicht veröffentlichten nordrhein-westfälischen Wahlprogramms) und das Bundesprogramm zugrunde. Er beschränkt sich auf Wirtschafts-, Gesellschafts- und Verteidigungspolitik und besteht im steil gedruckten Text aus einer Montage von Zitaten.

Die Selbstbestimmung der Bevölkerung wird gewaltsam unterdrückt, das Wirtschaftssystem sieht den Menschen nur unter dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit seiner Arbeitskraft. Die Verhältnisse produzieren massenhaftes soziales und psychisches Elend. Die von den Grünen angestrebte humane Gesellschaft steht im direkten Gegensatz zu den Gesellschaftssystemen, die die westliche Profit- und Plünderungswirtschaft und die östliche Plan- und Plünderungswirtschaft hervorbringen. Die real existierende Marktwirtschaft ist der Kampf aller gegen alle, und einzelne haben die Macht, nicht nur über das Arbeitsergebnis, sondern über die Existenz vieler zu entscheiden – eine Ausbeutung von Mensch und Natur.

Trotz der Gesellschaftskrise ist nach wie vor gesellschaftlicher Reichtum vorhanden, doch er ist extrem ungerecht verteilt. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in staats- und privatkapitalistischen Monopolen hat ausbeuterische Wachstumszwänge, in deren Folge die völlige Verseuchung der menschlichen Lebensbasis droht – hier genau verbindet sich die Ökologiebewegung mit der (marxistischen bis gewerkschaftlichen, d. Red.) Arbeiterbewegung.

Die Grünen wollen eine basisgesteuerte Wirtschaft, wobei fast alle jetzigen Führungskräfte ersetzt werden: Die Betriebsversammlung und ihre Gremien, Räte genannt, sind in der grünen Gesellschaft hauptverantwortlich. Der Staat soll großzügig die Entstehung sogenannter selbstbestimmter, autonomer Betriebe fördern. Seine Aufgabe ist fast reduziert auf Verteilung von Subventionen ohne Einflußmöglichkeit.

Die Grünen wollen ein Grundeinkommen für alle Menschen haben; Ziel ist es, daß dieses Einkommen unabhängig von der Arbeit ist. Entscheidungen in der Wirtschaft dürfen nur im Einklang mit dem Naturschutz getroffen werden. Gefordert wird ein uneingeschränktes Streikrecht, Verbot der Aussperrung, Erweiterung der Mitbestimmung über die paritätische, im Montanbereich herrschende, hinaus. Es geht im Kern darum, daß die Betroffenen (also die Beschäftigten und die Verbraucher, in manchen Programmen werden auch die Nachbarn der Betriebe erwähnt) selbst Entscheidungen treffen, was, wie und wo produziert wird; das wird ohne hierarchische Strukturen entschieden. Überall sind Sozial- und Wirtschaftsräte zu gründen, die allen Betroffenen verantwortlich und ihren Beschlüssen verpflichtet sind.

Die Grünen halten einen gesamtgesellschaftlichen Rahmenplan, eine gesamtgesellschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse, für unabdingbar. Dieser Plan ist die Aufgabe der Koordination der regionalen Wirtschafts- und Sozialräte; der Bevölkerung und dem Bundestag wird er zur Diskussion vorgelegt. Der Plan ist die Voraussetzung für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir, die Grünen, machen uns keine Illusionen, unsere Politik durch Parlamente zu verwirklichen (so formuliert der Landesverband Hessen).

Die Belegschaft und ihre Vertreter sollen das Recht erhalten, das Unternehmen selbst zu leiten, wenn die Mehrheit der Belegschaft dies beschließt (auch die Verbraucher sollen an Produktions- und Investitionsentscheidungen beteiligt werden, will der Landesverband Nordrhein-Westfalen). Die Aufgabe der Betriebsräte ist im wesentlichen die Bestellung der Leitung, die an Beschlüsse der Räte und der Betriebsversammlung gebunden ist. Die öffentliche Hand ermöglicht die Überführung des Kapitals von Großbetrieben in Arbeitnehmerhand, eine Entschädigung der Eigentümer bedarf der Zustimmung der Belegschaft (in dieser Schärfe fordert das der Landesverband Rheinland-Pfalz).

Die angestrebte Selbstbestimmung ist nicht zu vereinbaren mit den herrschenden Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln. Neben der Finanzbuchhaltung sollen die Betriebe eine ökologische und soziale Buchhaltung anlegen, die alle verursachten Umwelt-Belastungen und alle quantifizierbaren sozialen Schäden offenlegt. Zunächst sollen die sozial und ökologisch schädlichen Unternehmen in Gemeineigentum überführt werden. Die Arbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich stark verkürzt (einige Landesverbände halten einen gestaffelten Lohnausgleich für Besserverdienende für denkbar).

Die Übernahme von Konkurs-Betrieben durch die Belegschaft ist besonders förderungswürdig. Selbstverwalteten Betrieben soll ein Landesfonds in vorläufiger Höhe von 100 Millionen Mark (Nordrhein-Westfalen) helfen. Für Initiativen von Belegschaften zur Übernahme von Konkurs-Betrieben fordern die Grünen die unbeschränkte Bereitschaft der Regierung, die notwendige Kapitalausstattung vorzunehmen, ohne daß dies an Kontrollen gebunden ist. Bei Übernahme der Betriebe durch die Belegschaft sollen die Lohnnebenkosten für ein Jahr vom Staat übernommen werden. Nur selbstverwalteten Betrieben soll das Arbeitsamt Zuschüsse zahlen, wenn sie Arbeitslose einstellen. Auch Ausbildungsstätten werden selbstverwaltet.

Die Überlegungen der Grünen zur Finanzierung der zusätzlichen beträchtlichen Staatsausgaben, die sie vorschlagen, beschränken sich – abgesehen von der Abschaffung des Verteidigungshaushaltes – auf größere Belastungen für überdurchschnittlich Verdienende:

Die Grünen fordern eine wieder wirkungsvoll gemachte Progression in den höheren Einkommensklassen, eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, die nicht durch eine Beitragsbemessungsgrenze bei den Sozialabgaben privilegiert werden. Zinserträge aus allen Kapitalanlagen sind zu versteuern. Die Vermögenssteuer soll verdoppelt, der Luxuskonsum stärker besteuert, die Steuerfahndung (Kontrolle von Großverdienern) strenger werden.

Nicht nur die Wirtschaft – die ganze Gesellschaft wollen die Grünen geleitet sehen von der Basis, also der ganzen Bevölkerung, wobei überall Räte gebildet werden. Kein Programm gibt jedoch Aufschluß darüber, wie diese Räte in der Praxis funktionieren. Es wird jedoch deutlich: die Grünen lehnen die repräsentative Demokratie ab; bei der Neuverteilung der Aufgaben spielen Parlamente keine Rolle, sie sind ihnen Teil des gegnerischen Staatsapparats.



Grüne Basisarbeit
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Amts- und Mandatsträger sind jederzeit von der Basis ablösbar. Volksbegehren und Volksentscheide sind von großer Bedeutung. Kabinettssitzungen haben öffentlich zu sein, will der Landesverband Hessen. Jugendzentren, Frauenhäuser und Altersheime sollen selbstverwaltet und staatlich finanziert werden.

Deutlich wird die Vorstellung einer neuen, grünen Gesellschaft an den Beipielen Schule und Universität:

Alle haben ein lebenslanges Bildungsrecht, aber es gibt keine Schulpflicht. Statt einer Schule des gesellschaftlichen Verwertungssystems fordern die Grünen die Schaffung eines Lebensraumes, in dem Kinder und Jugendliche sich in ihrer Eigenart entwickeln können – sie müssen sich entfalten können, wie es jede Wildpflanze darf (formulieren blumig die Hessen). Weg von der reinen Faktenvermittlung in der Schule. Im Geschichtsunterricht muß die Sicht der Unterdrückten zu den Inhalten gehören.

Während der Staat verantwortlich ist für die Ausstattung aller Schulen mit Fachkräften und Sachmitteln, entscheiden Lehrer(innen), Schüler(innen) und Eltern, welche Unterrichtsmaterialien sie einführen, wie sie ihre Schule organisieren und welche Schwerpunkte sie setzen wollen. Die Lehrpläne sollen, bis auf allgemeine Rahmenlehrpläne, unter Mitwirkung von Schülern und Eltern aufgestellt werden (der Landesverband Bayern will überhaupt keinen Einfluß des Staates auf den pädagogischen Ansatz). Das Notensystem und die Zentralprüfungen werden abgeschafft, alle arbeitslosen Lehrer eingestellt, die Aufhebung ihres Beamtenstatus ist logische Konsequenz der Schul-Autonomie (sagt der Landesverband Baden-Württemberg). Die Befähigung zum aktiven Gestalten der Basisdemokratie ist eine zentrale Aufgabe des Bildungssystems.

Es gibt kein Sitzenbleiben, aber Hochschulzugang für Personen ohne Reifeprüfung (solange es sie noch gibt). Die Wissenschaft muß sich ökologischen Erfordernissen unterordnen und darf keinesfalls vordergründigen Wirtschaftsinteressen dienen. Es darf nicht einigen wenigen Experten überlassen bleiben, darüber zu entscheiden, was erforscht werden soll. Alle Gremien der Universität haben ein allgemeinpolitisches Mandat.

Schrankenlos sind die Grünen gegenüber allen Ausländern, die in der Bundesrepublik leben wollen:

Weg mit dem Ausländergesetz – politische, rechtliche und soziale Gleichberechtigung, ungehinderten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt (fordert in dieser Einfachheit der Landesverband Rheinland-Pfalz). Asylrecht auch in Fällen wirtschaftlicher und sozialer Not als Folge diktatorischer, rassistischer oder faschistischer Politik, Aufhebung des Visumzwangs, keine Ausweisung bei Straffälligkeit, uneingeschränktes Aufenthaltsrecht nach sechs bis acht Jahren (unterschiedliche Zeitangaben der Landesverbände), uneingeschränktes Recht auf Familienzusammenführung für Asylbewerber, kostenloser Deutschunterricht und Asyl-Anerkennungsverfahren nur noch vor Gechten – die Behörden sollen keine Entscheidungsbefugnis mehr haben. Die grünen Hessen fordern im Kapitel Ausländer den Abzug der ausländischen Truppen.

Denn eine Verteidigung herkömmlicher Art soll es nicht geben – die neue Verteidigung wird soziale Verteidigung genannt. Deswegen ist in den Programmen der Grünen die Vorstellung, was bei einem Einmarsch fremder Truppen getan werden soll, weitgehend identisch mit den Überlegungen zum Widerstand gegen das bestehende System – oft gehen beide Programmpunkte ineinander über. Die Rheinland-Pfälzer haben dies auf die Formel gebracht: „Die soziale Verteidigung gibt nicht nur Antwort auf die Frage ‚Was tun, wenn die Russen kommen', sondern auch auf die Frage ‚Was tun, wenn die Amerikaner bleiben'." Kern der Überlegungen ist es, den Angreifer einmarschieren zu lassen – dann beginnt die soziale Verteidigung.

Soziale Verteidigung richtet sich gegen alle Formen von Gewalt. Sie bedeutet die Verweigerung der Zusammenarbeit und des Gehorsams gegenüber den Unterdrückern und baut auf dem Gedanken auf, daß ein Volk nicht dauernd beherrscht werden kann, wenn es nicht zur Zusammenarbeit mit dem Aggressor bereit ist. Die soziale Verteidigung versucht, die zu verteidigende Gesellschaft lebensfähig zu halten. Es geht nicht um den Schutz von Territorien, sondern um die Bewahrung der Lebensform, um den Schutz gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse.

Was bedeutet der Satz des ehemaligen US-Außenministers Alexander Haig, es gebe Wichtigeres als den Frieden? fragt der Landesverband Hessen. Antwort: Daß die Nato willens ist, unser Leben für die Interessen der USA aufs Spiel zu setzen, also einen Krieg zu beginnen. Wir brauchen keine Bruderbünde mit Supermächten, die uns einbinden in die Strategie der Unterdrückung nach innen und der Aggression nach außen. Frieden fängt von unten an und richtet sich gegen die Herren in West und Ost. Rüstung ist Mord.

Im Falle einer Besetzung durch fremde Truppen (also zur Zeit) gilt es, das fundamentale Recht auf Notwehr gewaltfrei zu wahren und auszubauen. Dazu gehören Widerstandsaktionen, Blockaden, Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Herrschenden, auch der Generalstreik und die Steuerverweigerung. Gesetzesverletzungen können bis zur gezielten Sabotage gehen, wobei Menschen nicht verletzt werden dürfen. Die Bundeswehr, die Nato und der Warschauer Pakt sind abzuschaffen.

Die geplante grüne Gesellschaft ist eine völlig andere als die bestehende. Der Weg dorthin kann auf Opposition stoßen. Dann ist der Zusammenhalt der Bewegung wichtiger als jeder Versuch, einen Konsens der ganzen Bevölkerung herzustellen und dabei eigene Vorstellungen zurückzustekken. Denn die grüne Gesellschaft gibt es entweder ganz oder gar nicht. In der Präambel des Bundesprogramms heißt es:

Um solche Veränderungen gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durchzusetzen, bedarf es einer Bewegung, in der menschliche Solidarität und Demokratie untereinander und zur Natur und die Absage an ein von lebensfeindlicher Konkurrenz bestimmtes Leistungs- und Hierarchiedenken grundlegend sind.

Bonn: Moskau plant Überraschungsangriff

Aus dem Entwurf zum neuen Verteidigungs-Weißbuch

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung wird in ihrem neuen Weißbuch zur Bundeswehr, das als eine Ergänzung der Ausgabe 1983 in militärstrategischen Fragen gedacht ist, aber in erster Linie den Schwerpunkt auf eine umfassende Darstellung der deutschen Streitkräfte und deren Zukunft legt, der Öffentlichkeit auch weitere grundlegende Erkenntnisse über die von der Sowjetunion geprägte Militärstrategie des Warschauer Paktes vermitteln. Der Entwurf zu dem Weißbuch – nach neuesten Entscheidungen im Kanzleramt soll er vom Bundeskabinett am 16. April verabschiedet werden – beschreibt ausführlich sowjetisches politisches Denken in seiner Wirkung auf die eigenen Streitkräfte.

Im Vergleich zur NATO wird dabei festgestellt: „Während im Westen das Ziel der Kriegsverhinderung und Konflikteindämmung auch die Militärstrategie des Bündnisses beherrscht, ist die sowjetische Militärstrategie darauf angelegt, im Falle eines Krieges in die Offensive zu gehen und einen militärischen Sieg über die NATO herbeizuführen." Die Dimension dieser Zielsetzung geht aus dem folgenden Satz hervor: „Sollte die sowjetische Führung jemals die politische Entscheidung für einen Angriff gegen die NATO treffen, würde sie den Konflikt als den entscheidenden Krieg zwischen zwei antagonistischen Staats und Gesellschaftsordnungen betrachten und dementsprechend führen." Dann ist, so der Weißbuch-Entwurf weiter, der „Angriff die vorherrschende Form des Kampfes".

„Zügiges Vordringen"

Die sowjetische Militärenzyklopädie, aus der das Weißbuch auszugsweise in einer Übersetzung des Militärverlags der „DDR" zitiert, definiert den Angriff als die „Hauptkampfart", deren Ziel es sei, „den Gegner zu zerschlagen und wichtige Geländeräume einzunehmen". Weiter heißt es in der Militärenzyklopädie: „Die Offensive umfaßt die Vernichtung des Gegners mit allen zur Verfügung stehenden Kräften, den entschlossenen Sturmangriff, das zügige Vordringen der Truppen in die Tiefe des Gegners, die Vernichtung und Gefangennahme der lebenden Kräfte, die Erbeutung von Waffen und Kampftechnik sowie die Einnahme festgelegter Gelänederäume..."

Angesichts solcher auf Offensivfähigkeit vorbereiteten östlichen Streitkräfte muß die NATO nach dem Weißbuch ihre Verteidigungsplanungen auf drei mögliche Angriffsoptionen des Warschauer Paktes unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsgrades einrichten. Diese sind:

1. Angriff mit voller Stärke und nach umfangreichen Vorbereitungen der Streitkräfte und der Bevölkerung. Sie wären für die NATO erkennbar und würden ihr relativ lange Warnzeit geben. Mit einem Angriff in voller Stärke und nach langer Vorbereitung würde der Warschauer Pakt den endgültigen Sieg über den Westen suchen. Er ist darauf eingestellt, „in einem derartigen Entscheidungskampf" Nuklearwaffen und chemische Kampfmittel einzusetzen. Angesichts der Risiken dieser Form der Aggression hält die NATO sie „unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen" für unwahrscheinlich.

„Warnzeit verkürzen"

2. Angriff mit strategischer Überraschung. Bei dieser Form würde der Warschauer Pakt auf umfangreiche Vorbereitungen verzichten, einen Überraschungsangriff versuchen und so der NATO nur wenig nutzbare Warnzeit lassen. Als operatives Ziel dieser Offensivform sieht das Weißbuch, den Verteidiger zu schlagen, bevor dieser seine Abwehr organisiert hat. Deren Wahrscheinlichkeit beurteilt es so: „Den Überraschungsangriff würde der Warschauer Pakt voraussichtlich nur versuchen, wenn er angesichts einer politisch instabilen Situation im Atlantischen Bündnis bereits mit einem geographisch begrenzten militärischen Erfolg erwarten könnte, eine politische Entscheidung herbeizuführen."

3. Mit dem Angriff, der Überrahhung mit Stärke verbindet, könnte der Warschauer Pakt versuchen, die Vorteile eines Überraschungsangriffs mit den Vorteilen eines Angriffs nach vollem Aufmarsch zu verbinden und die Nachteile dieser Angriffsoptionen zu vermeiden. Im Weißbuch heißt es dann weiter, beim Angriff mit kurzer Vorbereitungszeit könnte der Warschauer Pakt sich die Chance ausrechnen, die Warnzeit der NATO so zu verkürzen, daß es ihr nicht gelingt, rechtzeitig politische wie militärische Gegenmaßnahmen einzuleiten. Der Osten könnte daher planen, bereits mit einem Teil seiner Kräfte rasch in die Tiefe des NATO-Territoriums vorzustoßen und mit schnellen Anfangserfolgen die nukleare Reaktion des Bündnisses zu unterlaufen, in der Erwartung, daß die NATO in dieser Lage nicht mehr die Kraft zur nuklearen Eskalation aufbringt. Weiter stellt das Weißbuch fest, die Anstrengungen des Warschauer Paktes seien in den letzten Jahren darauf gerichtet gewesen, die Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte sowie die Führungs- und Ausbildungsgrundsätze auf diese Form des Angriffs auszurichten.

Berlin warnt vor Unsicherheit im Flugverkehr

F. D. Berlin

Der Sommerflugplan der englischen Fluggesellschaft „British Airways" für den Berlin-Flugverkehr ist gestern nur unter Vorbehalten der alliierten Luftfahrtattachés in Kraft getreten. Zu dieser bislang beispiellosen Einschränkung kam es aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen der britischen Gesellschaft und der französischen Fluggesellschaft „Air France". Die französische Gesellschaft hatte am Wochenende massiv gegen zwei zusätzliche Flugverbindungen der „British Airways" von Berlin nach Düsseldorf protestiert, weil diese Route auch von der „Air France" bedient wird.

Da zwischen den Konkurrenten bislang keine Einigung erzielt werden konnte, versagte der französische Luftfahrtattaché in Bonn am Wochenende seine endgültige Zustimmung zum Sommerflugplan von „British Airways". Um aber keine Flugausfälle hinnehmen zu müssen, einigte man sich darauf, den Flugplan wenigstens „vorläufig" zu genehmigen. Zur endgültigen Verabschiedung der Flugpläne der am Berlin-Verkehr beteiligten Fluggesellschaften ist die einstimmige Genehmigung der Luftfahrtattachés von Frankreich, Großbritannien und den USA erforderlich.

Der Deutschland-Direktor von „British Airways", Richard Twomey, bezeichnete gestern die Vorgänge um seine Gesellschaft als „beispiellos und völlig unerwartet". Twomey wies wie schon zuvor der British Airways"-Sprecher Bernd Wietfeld darauf hin, seine Gesellschaft habe in der Vergangenheit niemals Streckenverbindungen, die im Interesse Berlins lägen, blockiert.

Die französische Regierung, die über ihren Luftfahrtattaché gegen den Flugplan von „British Airways" interveniert hatte, befürchtet offenbar Passagiereinbußen auf der Strekke von Berlin nach Düsseldorf. Diese Verbindung ist eine der wenigen Strecken, die von zwei alliierten Fluggesellschaften gleichzeitig angesteuert wird. „British Airways" hatte die neue Verbindung, die statt bisher täglich sechs nunmehr sieben Flüge nach Düsseldorf und zurück vorsieht, mit einem erwarteten höheren Passagieraufkommen begründet und dabei unter anderem auf touristische Veranstaltungen in Berlin, wie die Bundesgartenschau, verwiesen, die am 26. April eröffnet wird.

Der Berliner Senat hatte den Streit der beiden Konkurrenten als „völlig unverständlich" bezeichnet und an die Regierungen in Paris, London und Washington appelliert, bei derartigen unsinnigen Konkurrenzkämpfen schnell zu entscheiden, um angesichts steigender Passagierzahlen im Berliner Flugverkehr keine Unsicherheiten aufkommen zu lassen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Praktische Demokratie

„Ende der Wende?"; WELT vom 19. März

Die reine Lehre der „Wende" bedarf dringend der Besinnung auf die harten Tatsachen praktischer Demokratie. D. h.: Man muß Wahlen gewinnen und braucht die Mehrheit (Adenauer), und zwar alle vier Jahre. Man kann nicht warten, bis die Wende erst später voll zum Tragen kommt.

Die Arbeitslosen sehen z. Zt. nur Versprechungen. Eine Abnahme um die Hunderttausend reicht bereits an die Grenzen der Erwartungen bis 1987. Bleiben immer noch über zwei Millionen Arbeitslose, mit Anhang rund vier bis fünf Millionen Wähler, die nach zwei bis drei Jahren Arbeitslosigkeit am Ende sind. In den Wirtschaftsberichten lesen diese das hohe Lob über den bereits erreichten Aufschwung der Wende und verfallen der Parole der SPD von den Großverdienern und den Armen.

Man darf vor dieser psychologischen Belastung nicht die Augen verschließen, die zum letzten Strohhalm der SPD-Propaganda greifen läßt. Dort winkt man mit vielen hunderttausend Arbeitskräften durch Finanzierung eines neuen ökologisch-industriellen Aufschwungs. Kein Wort davon, daß auch diese Maßnahmen Jahre benötigen, ehe sie voll zum Tragen kommen, und praktisch einen Teil des Regierungsprogramms beinhalten. Aber wer bringt dies den Arbeitslosen bei?

Die Bauernrevolte im süddeutschen Raum und vier Millionen verzweifelte arbeitslose Wähler rütteln bei der Wahl 1987 an den Grundpfeilern der „Wende-Regierung". Diese Tatsachen werden durch tägliches Gesundbeten nur noch verschlimmert. Zu fordern ist ein sofort sichtbares und greifbares Programm, so sehr dies auch der Lehre von der „Wende" widersprechen mag. Ein solches Programm und kein Wahlgeschenk zur Verhinderung des strukturellen Wandels.

Inhalt eines solchen Notprogramms müßten das Vorziehen bereits vorgeplanter Objekte sein, die in die allgemeine Wirtschaftsentwicklung eigebettet sind. Hier bieten sich z. B. an: der Bau der noch fehlenden zwei Fregatten der Bundesmarine, die Beschleunigung der Ausbau-Vorhaben der Deutschen Bundesbahn und der Erneuerung ihres Lok- und Wagenparks, der Weiterbau der Kernkraftwerke und das Vorziehen des Straßenbau-Programms. Da könnten dann SPD und Grüne zeigen, was sie bei ihren Gegenargumenten vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit halten.

Lafontaine und seine Genossen würden in einem Jahr verpulvern, was Herr Stoltenberg in vier Jahren mühsam zusammengespart hat. Die Regierung Brüning wurde 1933 bei ihrem Sanierungsprogramm kurz vor dem Ziel von der Arbeitslosigkeit überrannt, womit Hitler die Tore geöffnet wurden. Auch Herr Strauß sieht die Dinge ähnlich und ist kompetenter als der Verfasser dieser Zeilen.

Dr. W. Hoch,
Böblingen

Rechtsstaat?

Nur mit Verwunderung, ja mit Zorn, kann man das Foto ansehen, das den ehemaligen Geschäftsführer der zusammengebrochenen SMH-Bank, Ferdinand Graf von Galen, in Handschellen zeigt. Werden derartige Sicherheitsmaßnahmen bei Gewaltverbrechern angeordnet, ist nichts dagegen einzuwenden. Hier aber sitzt ein Mann nur deshalb in Untersuchungshaft, weil die zuständigen Behörden eine Fluchtgefahr nicht ausschließen wollten. Ob diese Entscheidung richtig ist, steht hier nicht zur Debatte.

Man liest in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder von der „Verhältnismäßigkeit der Mittel", besonders wenn es sich um Demonstranten handelt. Wo bleibt dieses Rechtsprinzip im Falle von Graf Galen? Handfesseln sind in seinem Fall eine unnötige, demütigende Überreaktion der Justizbehörden, die eines Kulturstaates unwürdig ist.

Sir Walter Salomon,
Reform-Club, London

Minderheiten

„Als Deutsche und Dänen sich die Hand reichten"; WELT vom 27. März

Sehr geehrte Herren,

herzlichen Dank, daß Sie einmal der (fast) vergessenen deutschen Minderheit in Nordschleswig gedenken. Aber der Beitrag bedarf einer Ergänzung: Karl Otto Meyer sitzt nur deshalb als Vertreter der Dänen mit deutschem Paß im Landtag von Schleswig-Holstein, weil die Kieler Landesregierung im Paragraph 3 ihres Wahlgesetzes die dänische Minderheit von der Fünfprozentklausel ausgenommen hat, die sie niemals überspringen könnte.

In Nordschleswig dagegen muß sich die deutsche Minderheit unverändert mit der Zweiprozentsperrklausel des dänischen Wahlgesetzes auseinandersetzen, die sie (24 000 Kopf stark – nach anderen Angaben sogar 88 000) angesichts der 5,1 Millionen Dänen niemals überwinden kann.

So ist es denn auch der deutschen Minderheit nur einmal gelungen, einen Vertreter in das Folketing nach Kopenhagen zu entsenden, als sie ein Wahlbündnis mit einer dänischen Partei einging. Eine Änderung des dänischen Wahlgesetzes zugunsten der Minderheit – wie in Schleswig-Holstein – ist nicht in Sicht.

Mit freundlichen Grüßen
H. O. Lippens,
Hamburg 70

Wort des Tages

» Die Wissenschaft, richtig verstanden, heilt den Menschen von seinem Stolz; denn sie zeigt ihm seine Grenzen. «

Albert Schweitzer; Theologe, Arzt und Musiker (1875–1965)

Probe auf Zeit

„Auf der Suche nach der Normalfrau"; WELT vom 22. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Berichterstattung über den 33. CDU-Bundesparteitag erweckt den Eindruck, als habe sich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten für die Gleichstellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit der Ehe eingesetzt. Das ist keineswegs richtig.

Die Gastdelegierten des RCDS haben stets nur die CDU darum gebeten, das nichteheliche Zusammenleben zu tolerieren – gerade bei Studenten, deren berufliche und finanzielle Zukunft für eine Eheschließung viel zu unsicher und deren persönliche Entwicklung meist auch noch nicht abgeschlossen ist.

Ganz allgemein sollte man es angesichts der hohen Scheidungsraten doch begrüßen, wenn zwei Partner sich möglichst gut kennenlernen wollen (und das geht nur im täglichen Zusammenleben), bevor sie sich aneinander binden „bis daß der Tod uns scheidet".

Diese Stellungnahmen stießen entgegen Ihrer Berichterstattung durchaus auf breite Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen
Inken Lüdersen,
RCDS Kiel

Personalien

EHRUNG

Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank, erhielt das Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich. Diese österreichische Auszeichnung, die dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband in der Bundesrepublik Deutschland entspricht, überreichte in Bonn Österreichs Botschafter **Dr. Willibald Pahr**. Der Botschafter würdigte bei dieser Gelegenheit die „ausgezeichnet funktionierende Zusammenarbeit auf dem währungspolitischen Gebiet zwischen den beiden Ländern". An die Ordensverleihung in der Residenz des Botschafters schloß sich ein Essen an, an dem auch Professor Dr. **Stephan Koren**, Präsident der Österreichischen Nationalbank, teilnahm sowie die Staatssekretäre Dr. **Otto Schlecht** und Dr. **Hans Tietmeyer** und der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Dr. **Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth**.

GEBURTSTAG

Dr. **Eberhard Wehr**, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Land Bremen, wird am 4. April 65 Jahre alt. Wehr ist außerdem Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie im Unterwesergebiet sowie des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie im gleichen Bereich und des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes von Bremen. Seit 30 Jahren vertritt Wehr sachkundig und tatkräftig die Interessen der bremischen Arbeitgeber in wichtigen Institutionen, so im Rundfunkrat von Radio Bremen. Wehr ist außerdem ehrenamtlicher Beisitzer beim Bundesarbeitsgericht in Kassel.

ERNENNUNGEN

Die vertriebliche Gesamtverantwortung für den deutschen Markt im Bereich Büroelektronik hat **Jürgen H. Bartels** bei Sharp Electronics (Europe) GmbH, Hamburg, übernommen. Der neue Deutschland-Vertriebschef bringt langjährige Branchenerfahrung mit. Bartels war vorher Marketing-Direktor bei einem der führenden Kopiergeräte-Hersteller.

*

Alfred Link, Leiter der Sozialversicherung in der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Bochum, wurde in den Vorstand der Bundesknappschaft und hier gleichzeitig ins Präsidium gewählt. Er ist jetzt zweiter Stellvertreter des neuen Vorstandsvorsitzenden **Walter Beer**. Für die sozialen Belange seiner Bergbau-Kollegen hat sich Alfred Link in langen Jahren Betriebsratstätigkeit eingesetzt. 1971 schloß er ein Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt ab. In der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wurde er anschließend Organisations-, Bildungs- und Tarifsekretär.

Wer bringt ISDN als erster an den Arbeitsplatz? Nixdorf, wer sonst.



Nixdorf-Digifon:
Telefonieren und gleichzeitig anschreiben.
Telefonieren und gleichzeitig ablesen.
Telefonieren und gleichzeitig fernkopieren.
Telefonieren und gleichzeitig datenverarbeiten.

Während andere erst darüber reden, ist Nixdorf wieder einmal der erste: Das Nixdorf-Digifon ist da, das erste digitale Telefon, das von der Post zugelassen wurde.

Das erste einer neuen Generation von Fernsprech-Endgeräten, mit denen Sie die neuen Leistungs- und Komfort-Perspektiven von ISDN (Integrated Services Digital Network) intern schon praktisch nutzen können.

Während andere noch experimentieren, können Sie mit dem Nixdorf-Digifon 'ISDN' schon am Arbeitsplatz praktizieren, verbindet Nixdorf bereits Daten- und Informationsverarbeitung mit der Nachrichtentechnik, macht Nixdorf das Telefon zu einem mehrfunktionalen integrierten System mit allen Anschlüssen an die heute und morgen möglichen Formen der Kommunikationstechnik: Teletex, Anschluß von Bildschirmarbeitsplätzen und weitere Postdienste wie Btx und Telefax.

Das Nixdorf-Digifon ist als ISDN-strukturierte Einheit die konsequente *Erweiterung des ersten digitalen Telefon*vermittlungs-Systems Nixdorf DVS 8818. Damit telefonieren heute schon weit mehr als 50.000 Teilnehmer digital.

Das Digifon ist der zweite Schritt in diese ISDN-Zukunft mit der Möglichkeit, Sprache, Daten, Texte und Bilder in einem integrierten Netz zu übertragen. Gleichzeitig. Schneller. Und kostengünstiger.

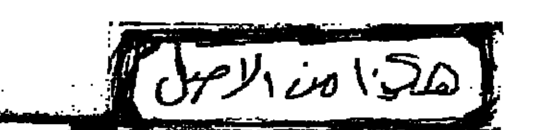
Die Komfort- und Leistungsmerkmale des Nixdorf-Digifons sind richtungsweisend: elektronisches Telefonbuch, Anruferidentifizierung, Namenwahl, Informationssystem.

Besuchen Sie uns auf der Hannover Messe 1985, 17. bis 24. April, Halle 1 CeBIT, Stand 6101/6401 und 4703/4803.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130, Btx * 55300 *

In Sachen Digitalisierung Nixdorf





Nicht nur auf militärischem Gebiet soll die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten von Nutzen sein, sondern auch auf dem zivilen Sektor. Bisher utopische Projekte könnten bei der für SDI notwendigen Forschung sozusagen als Abfallprodukt anfallen. Sonnenkraftwerke im All gehören genauso dazu wie riesige Spiegel, die eines Tages unsere Großstädte beleuchten könnten. SDI-Chef Abrahamson glaubt sogar, das Projekt durch die kommerzielle Auswertung finanzieren zu können.

Versorgen Sonnenkraftwerke im Kosmos Nordamerika in Zukunft mit Energie?

Von ADALBERT BÄRWOLF

Die strategische Verteidigungsinitiative SDI der USA, die nuklearen Offensivraketen der Sowjetunion durch unkonventionelle Abwehrsysteme zu neutralisieren, scheint jetzt auch bislang chancenlosen phantastischen Projekten auf dem Zivilsektor eine Realisierungsmöglichkeit zu geben. Nach Ansicht des Chefs der SDI-Organisation, Generalleutnant James Abrahamson, könnte mit der kommerziellen Auswertung der SDI eines Tages die Selbstfinanzierung des Programms erreicht werden. Die Computer-, Fernmelde-, Antriebs- und Lasertechnik böten bestechende und bedeutsame Möglichkeiten der mittelbaren Nutzanwendung.

Nach Ansicht von General Abrahamson, dem in den nächsten fünf Jahren ein Budget von bald 30 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen wird, könnten auch die Straßenbeleuchtung in Großstädten durch Spiegel im Weltraum und die Energieübertragung von Solarzellenkomplexen zur Erde durch eine Verbindung mit der SDI vielleicht verwirklicht werden.

Die von Abrahamson angeschnittene Idee der Städtebeleuchtung durch kosmische Spiegel stammt allerdings nicht, wie er meint, von dem ideenreichen und kürzlich verstorbenen deutschen Raketenforscher Krafft Ehricke, sondern von dem 90jährigen Hermann Oberth. Dieser hatte in einem Brief an die WELT Ende der 50er Jahre so formuliert: „Auch den bis 300 Kilometer großen Weltraumspiegel aus dünnem Metallblech könnten wir aus Mondmaterial bauen, und sogar mit verhältnismäßig geringen Kosten. Wenn wir das Licht einer Facette des Spiegels auf eine Großstadt werfen, so ersparen wir uns die elektrischen Kosten. Richten wir das Licht mehrerer Facetten auf einen Eisberg, so schmilzt er fort. Wir können auf diese Weise den Weg zu den arktischen Häfen sommers und winters eisfrei halten. Durch diese Maßnahme verbessern wir außerdem das Klima der nördlichen Länder so weit, daß der Wohnraum der Menschheit viele hundert Kilometer weiter nach Norden ausgedehnt werden kann."

Die amerikanische Industrie hat bislang zu diesem Thema wenig zu sagen gehabt, dagegen zu dem von General Abrahamson erwähnten Plan zur Übertragung von Sonnenenergie um so mehr. Ohne Zweifel könnten Sonnenkraftwerke im Weltraum ganz wesentlich dazu beitragen, die Vereinigten Staaten energiemäßig autark zu machen. Es wird dabei an gigantische Gebilde gedacht, mit Dimensionen der Satelliten von wenigstens 100 Quadratkilometer. Die Masse dieser Gebilde (siehe Bild) liegt bei 100 000 Tonnen. Und der Leistungsbereich der Satellitenkraftwerke bewegt sich um zehn Gigawatt (eine Milliarde Watt). Der Zusammenhang mit der Problematik von SDI ist klar: Das militärische Verteidigungssystem benötigt bislang noch nicht beherrschte Genauigkeiten bei der Ausrichtung der Laserwaffen zum Abschuß der Offensivraketen oder zur Ausrichtung der im System benötigten Spiegel, die die Laserenergie auf das Ziel reflektieren. Der gigantische Kraftwerkssatellit im Gigawattbereich benötigt eine Sendeantenne, die so genau stabilisiert ist, daß sie über die Entfernung aus geostationärer Höhe von 36 000 Kilometer die Empfangsantenne auf der Erde trifft.

Zum Transport der Einzelelemente der kosmischen Kraftwerke denken die Amerikaner an weiterentwickelte Weltraumfrachter vom modifizierten Shuttle-Typ, der pro Flug rund 400 Tonnen schleppen könnte. Die zweistufigen Flieger haben ein Abfluggewicht von etwa 11 000 Tonnen. Beispielsweise hatte von Brauns Mondrakete Saturn V ein Abfluggewicht von 3000 Tonnen. Die Masse von Baustoffen würde zunächst in eine niedrige Erdumlaufbahn getragen und von dort auf die geostationäre Bahn gebracht. Der „Power Satellite", der in rund 30 Jahren realisierbar wäre, würde von ungefähr 500 Menschen in der Höhe von 36 000 Kilometer zusammengebaut werden.

Die Sonnenkraftwerke im Kosmos mit ihren scheinbar unzähligen Zellen aus Silizium oder Gallium setzen die eingefangene Sonnenenergie in Mikrowellenenergie um. Klystronröhren verwandeln die elektrische Energie in Mikrowellen. Über die so präzise zu stabilisierende Antenne, in den Ausmaßen von etwa einem Kilometer Durchmesser, wird die gebündelte Energie zur Erde gestrahlt, von der etwa 100 Quadratkilometer messenden Antenne auf dem Erdboden aufgenommen, in Gleichstrom umgewandelt und dem Verbrauchernetz zugeführt. Radiologische Bedenken werden von den Ingenieuren bagatellisiert. Dennoch werden die Antennen mit Sicherheit von Warnzonen umgeben werden.

Baustelle in 36 000 Kilometer Höhe: 500 Menschen sollen einmal bei der Installierung dieses 20 Kilometer langen Reflektors mitarbeiten FOTO: DIE WELT

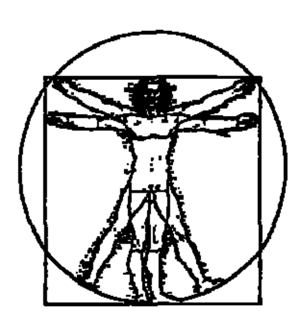
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Messe für Biotechnologie

Hannover (dl.) – Mit der Biotechnica '85 vom 8. bis 10. Oktober in Hannover fällt der Startschuß für eine neue, alljährlich wiederkehrende Messe, die eine der wichtigsten Schlüsseltechnologien der Zukunft zum Inhalt hat: das weite Feld der Biotechnologie, das nicht nur bei der Heilmittelherstellung, in der Ernährung und im Umweltschutz, sondern auch in der Bioelektronik, der Bioenergie und in der Raumfahrt zunehmend Bedeutung findet. Die Biotechnologie wird sich nach Angaben des Veranstalters in Hannover im internatinalen Rahmen mit den neuesten Forschungsergebnissen präsentieren.

Späth will Tiefbohrung

Stuttgart (dpa) – Für den Schwarzwald als Standort des von der Bundesregierung geplanten Kontinentalen Tiefbohrprogramms hat sich der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) in einem Brief an Bundesforschungsminister Riesenhuber (CDU) eingesetzt. Wie das Staatsministerium mitteilte, nannte Späth



das 450-Millionen-Mark-Projekt „ein Programm von hohem internationalen Rang", das „für Wissenschaft und Technik eine große Herausforderung" darstelle. Bei dem Programm soll eine bis zu 14 Kilometer tiefe Bohrung Aufschluß über die Möglichkeiten des Einsatzes von Erdwärme in der Energieversorgung, über den inneren Aufbau und die Entwicklungsgeschichte der Erdkruste sowie über die Ortung von Bodenschätzen erbringen. Die Entscheidung über den Standort – der Schwarzwald oder die Oberpfalz – werde für 1986 erwartet.

Fast 200 000 Ärzte

München (dpa) – Nach den neuesten vorläufigen Zahlen der Bundesärztekammer-Statistik waren im Bundesgebiet zum 31. Dezember 1984 insgesamt 191 771 Ärzte gemeldet. Das ist ein Zuwachs von 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der niedergelassenen Ärzte stieg um 2,7 Prozent, im Krankenhaus waren drei Prozent mehr Mediziner tätig. Der Hauptanteil der praktizierenden Mediziner war in freien Praxen (65 780) und im Krankenhaus (75 730) beschäftigt. Ohne ärztliche Tätigkeit waren 35 178 Mediziner.

Wie Schlaganfälle verhindert werden

Hohe Erfolgsquote durch Calcium-Antagonisten bei Durchblutungsstörung im Gehirn

Von GUSTAV SCHIMERT

Eine Gruppe von Wirkstoffen eröffnet heute völlig neue Möglichkeiten zur Behandlung und Verhütung von Durchblutungsstörungen fast aller Organe, vor allem auch des Gehirns, dessen Zirkulationsstörungen durch die bisherigen Methoden kaum beeinflußbar waren.

Calcium-Antagonisten – so nennt man diese chemisch verschiedenen, aber in ihrem Wirkungsprinzip ähnlichen, zum Teil organspezifisch agierenden Substanzen – wirken, indem sie die bei Sauerstoffmangel entstehende Calcium-Überladung der Zellen bekämpfen.

Durchblutungsstörungen, die sich im Gehirn ähnlich wie in anderen Organen, z. B. am Herzen, durch Ablagerungen in den Blutgefäßwänden entwickeln und auch durch starke Blutdruckschwankungen und Streß gefördert werden, führen durch Sauerstoffmangel zu tiefgreifenden Störungen des Zellstoffwechsels. In dem betroffenen Bezirk kommt es infolge der Calcium-Überladung der Zellen auch zur Kontraktion der Gefäßmuskulatur, die zur Verengung der Blutgefäße und damit zu einem Circulus vitiosus führt.

So entstehen oft nur in kleinen Bezirken und deshalb symptomlos immer wieder Zerstörungen von Hirnsubstanz, auch ohne das dramatische Ereignis eines Schlaganfalls, die schließlich summiert zu schweren Hirnfunktionsstörungen und am Ende zum geistigen Verfall führen.

Die nur gefäßerweiternden Substanzen können diesen Circulus vitiosus nicht mehr durchbrechen. Es kommt im Gegenteil oft zur weiteren Verschlechterung, da die sich nur im gesunden Bereich erweiternden Blutgefäße noch Blut aus den gestörten Bezirken abziehen.

Nur ein auf die Calciumüberladung wirkender Calcium-Antagonist kann, rechtzeitig gegeben, diese Entwicklung verhindern. Die Calcium-Antagonisten unterscheiden sich durch Organ- bzw. Gewebsspezifität und die Art, auf welche Weise sie den Calciumeinstrom in die Zellen beeinflussen. Zur Behandlung und Vorbeugung der Hirndurchblutungsstörungen eignet sich ein Calcium-Antagonist, der infolge seiner Lipidlöslichkeit in das Gehirn eindringen kann und dort nur diejenigen Gefäße erweitert, die durch die Calciumüberladung verengt worden sind.

Der spezifisch auf die Gehirnstruktur einwirkende Calcium-Antagonist beeinflußt nahezu den gesamten Komplex der Gehirndurchblutungsstörung, indem er die Folgen der Calciumintoxikation verhindert oder beseitigt. Die Hirnzelle wird geschützt, ihre Funktionsstörung in nicht zu weit fortgeschrittenen Fällen normalisiert und die verengten Gefäße werden erweitert.

Diese Wirkungen, die experimentell und klinisch in kontrollierten und Doppelblindstudien nachgewiesen wurden, können in vielen Fällen vor Schlaganfällen und Hirnschädigung bewahren. Die neuerdings durch dieses Mittel erreichten Erfolge auch bei der Migräne – etwa 80 Prozent der Kranken werden gebessert oder beschwerdefrei – sprechen für eine solche Wirkung.

Die neueste Arterioskleroseforschung läßt außerdem vermuten, daß der Calcuim-Antagonist, nicht nur die Folgen der Durchblutungsstörungen beeinflußt, sondern schon den primären Gefäßprozeß, nämlich die Arteriosklerose bis zu einem gewissen Grad hemmen kann.

Prof. Dr. Gustav Schimert war vor seiner Emeritierung Inhaber des Lehrstuhls „Prophylaxe der Kreislaufkrankheiten" an der Medizinischen Fakultät der Universität München.

Der Clown hat seit jeher nur ein einziges Ziel: Die Menschen lachen machen

Im alten Rom hießen sie Joculatoren

Wo und wann der allererste Narr, Spaßmacher, Clown, ausgestattet mit glitzernder Psyche, seine bittermandelartigen Possen trieb, wird unerforscht bleiben. Denkbar wäre, daß er, unmittelbar nach dem Sündenfall, den Paradies-Vertriebenen als Aufheller düsterer Stunden zugesellt wurde. Sicher ist, daß in Griechenland und im alten Rom die „Joculatoren" ihr Publikum zu Beifallsstürmen hinrissen.

„Gibt es etwas Lächerlicheres als den Sannio, der mit Mund, Gesicht, nachspottender Gebärde, mit der Stimme, ja mit dem ganzen Körper lacht?" fragte Cicero. Schon damals trug der Narr, der spätere Harlekin und Bajazzo den „Centuculus", einen aus allerlei bunten Lappen zusammengestückelten Rock. Die Narrenkappe, der „Apex" (oder Gugel, Kogel), die auf dem kahlgeschorenen Kopf prunkte, glich den Frisuren unserer heutigen Punks. Ein ausgezackter, roter Tuchstreifen, der von der Stirn bis in den Nacken lief, stellte den Hahnenkamm dar. Später kamen Eselsohren und Schellen hinzu. Ausgestattet war der Spaßmacher mit einem Prügelholz (Narrenzepter) oder mit der ledernen Narrenpeitsche.

Prügel, im geistigen Sinne, verteilten die Spaßigen durchaus. Das sahen sie als ihrer Aufgabe zugehörig an. Außerdem war es ihnen Lebenselexier. Sie bildeten die intellektuelle Vorhut der ab dem 15. Jahrhundert an den Fürstenhöfen irrlichternden Hofnarren. Diese wurden hochbezahlt, ihr Einfluß war erheblich. Geht man von den Fürsten aus, dann müssen sie sich einer ungebrochenen Seele und eines gewitterfesten Selbstbewußtseins erfreut haben. Wer duldet schon einen Spötter, Ironiker, einen Dauerkritiker in seiner unmittelbaren Nähe? Daß die Kritik in Witz verpackt geboten wurde, lindert nicht ihren Biß.

Alles oder nichts – Berühmte Clowns, ARD, 20.15 Uhr

Doch die Fürsten ergötzten sich an ihren „Lustigmachern". Zum einen, weil sie spürten, daß diese Pfiffikusse über ein ihnen wesensfremdes Naturell verfügten; zum anderen, weil Geist und gute Laune zur unentbehrlichen Droge werden können. Kaiser Maximilian I. schätzte seinen Kunz von der Rosen. Kurfürst Karl Philipp von der Pfalz errichtete seinem Zwerg Perkeo im Heidelberger Schloß ein Standbild. Und Peter der Große führte für Rußland etwas Neues ein. Er drehte die Funktion des Hofnarren um: Untertanen, die eine Eselei, eine Torheit begangen hatten, erhielten den Hofnarren-Titel verliehen. Fürst Galizyn wurde auf diese Weise „geehrt", weil er heimlich die Religion gewechselt hatte.

Den ohnehin mit unwiderstehlichem Sarkasmus ausgerüsteten Engländern blieb es vorbehalten, den Clown, die „lustige Person" in Theater, Zirkus und Varieté zu institutionalisieren. Man wartete auf die Tölpel und Rüpel Shakespearischen Glanzes, die auch improvisieren durften. Je drastischer die Späße waren, die „Jean Potage" (Hans Suppe) oder „Pickelhering" rissen, je tosender brandete der Applaus. Der deutsche „Hanswurst" ist den beiden verwandt. Größter Beliebtheit erfreute sich ebenfalls der Clown in den „Christmas pantomimes" der Theater Drurylane und Coventgarden. Kein Engländer fürchtete dabei um die Wertminderung der christlichen Lehre.

In Berlin, im Zirkus Renz, schlüpfte Tom Belling aus Jux in einen viel zu großen, verschlissenen Frack, stülpte sich eine feuerrote Perücke auf und rannte – welch Glück – dem alten Herrn Renz in die Arme. Der, sofort erfassend, daß soviel Tolpatschigkeit einen Zauberauftritt ergäbe, beförderte seinen Clown kurzerhand in die Manaege. Tiefe Stille. Dann ein vielstimmiger Schrei. „August", toste die Galerie.

Die Menschen lachen machen – das wollte der erste Clown auf dem Erdenrund, und das wird auch der letzte wollen. Die hierfür eingesetzten Mittel waren verschieden. Fast immer aber lag Situationskomik, aufgebaut auf Kettenreaktion von Mensch und Gegenstand, den Lacherfolgen zugrunde. Etwa so: Wir klopfen ein Frühstücksei auf, daraufhin bricht der Tisch zusammen, der Tisch reißt den Stuhl um, auf dem wir sitzen, das wiederum versteht der Hund falsch, der unterm Stuhle ruhte...

Der Russe Wladimir Durow ließ einen preußischen Helm von seinem dressierten Borstenvieh aus dem Manegensand heben und mit der Kopfbedeckung fortrennen. Das gefiel allen. Nur einem nicht: Kaiser Wilhelm II. Unvergeßlich aber blieben Charlie Rivel und Adrian Wettach alias Grock. Rivels sich in Begeisterung steigerndes „Akrobat schö-ö-ön" und Grocks tieftraurig anmutendes „Nit möglich" ließen alte und junge Herzen schneller schlagen. Selbst ausgemachte Sauertöpfische rangen sich ein Lächeln ab. „Nit möglich", glaubt man ein fernes Flüstern zu hören.

ESTHER KNORR-ANDERS



Sein „Nit möglich" machte Clown Grock berühmt FOTO: HIPP

KRITIK

Temperament auf dem Streckbrett

Zum 10. Mai ist Horst Schimanski ausgezogen, Deutschlands Fernsehkrimi zu retten, fernab amtlicher Zugeknöpftheit und autoritärer Unfehlbarkeit. Und gewiß haben unsere TV-Strategen für diesen Typ eben keinen besseren Mimen finden können als diesen Goetz George, der den Ganoven mit spontanem Temperament zu Leibe rückt, natürlich (in des Wortes doppelter Bedeutung) stets taktlos, oft am Rand des Erlaubten, immer ein wenig zotig, schmuddelig und fluchend, im tiefsten Inneren aber ergriffen vom Ernst seiner Aufgabe und heilsam gedämpft vom moderateren Kollegen Thanner.

Und doch verscheucht auch dieser Goetz George das große Gähnen nicht, das spätestens zur Halbzeit des **„Tatort" („Doppelspiel", ARD)** unweigerlich um sich greift und bereits zum Markenzeichen des deutschen Fernsehkrimis geworden ist. Da mag der schnurrbärtige Fahnder auch diesmal wieder durch allerlei abenteuerlichen Sumpf gewatet sein – er stieg in die Schein-Heiligtümer einer Sekte ein, wo Rauschgifthandel und Waffenschmuggel blühten –, ein fesselnder Krimi wurde es dennoch nicht. Bedauerlicherweise.

Und schon nach einer Dreiviertelstunde gab es kaum noch Wesentliches aufzuklären – nur erwischt mußten die Übeltäter noch werden, selbstverständlich in flagranti. Aber genau bis dahin hatten die Zuschauer Unmengen von Geduld aufzubringen, denn es galt ja, die verbliebene Sendezeit zu füllen.

Vielleicht lägen unsere Krimimacher besser, wenn sie, statt einem neuen Image nachzujagen, sich mehr von amerikanischen Krimis abgucken – und zwar nicht nur, wie man bei Verfolgungsjagden die Autos so musikalisch zum Schleudern bringt, sondern auch, wie man den Knoten eines Dramas schürzt: straff und voller Überraschungen, so daß man in Atem gehalten wird, selbst wenn man weiß, wer der oder die Täter sind.

Oder vielleicht sollte man etwas ganz anderes vorschlagen: Wie wär's, wenn sich die Fernsehanstalten endlich entschlössen, den Tatort zu kürzen – zu seinem eigenen Wohl? Gemäß der Weisheit, daß weniger nicht selten mehr ist.

MARIUS PERRMANN







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Skandal in Ischl
11.55 Bilder aus der Wissenschaft
12.25 Prager Notizen
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Schon als Kind war sie sicher, daß Musik ihre Sprache ist, und später erkannte Fasia Jansen, daß „meine Lieder für mich ein Mittel sind, meine Würde als Frau, als schwarze Frau, zu behaupten".
16.55 Spaß am Dienstag
17.20 Da schau her!
Ein international bekannter Hochseilartist, der mit sechs Hunden eine interessante Zirkusnummer aufbaute, und ein heute 82jähriger, der im Laufe seines Lebens so manchen merkwürdigen Flugapparat baute, stehen im Mittelpunkt dieser Sendung.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Um berühmte Clowns geht es diesmal in Max Schautzers spannendem Ratespiel, zu dem sich neben Angelika Milster folgende Gäste angesagt haben: Tino Zacchini, Richard Schmidt und Les Comedians.
21.00 Panorama
Neonazis in Europa / Abrüstung durch Abrüstungsgespräche? / Proträt Bruno Brandes / Antiquitätenfälscher
Moderation: Peter Gatter
21.45 Magnum
Klein aber oho
Ein Jugendfreund von Rick sorgt diesmal für einige Aufregung. Dieser zeichnet sich nämlich nicht nur durch ein beachtliches Sündenregister, sondern auch durch eine enorme Erfindungsgabe aus.
22.30 Tagesthemen
23.00 Zeugen der Zeit – John McCloy
23.45 ARD-Sport extra – aus Göteborg
Tischtennis-WM
Mannschafts-Finale Herren
Reporter: Jörg Wontorra
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der Seewolf
Nachdem Wolf Larsen versucht hat, Maud Brewster zu vergewaltigen, beschließt sie gemeinsam mit van Weyden in einem kleinen Boot zu fliehen. Tagelang kämpfen die beiden gegen die rauhe See, doch als endlich Land in Sicht ist, wird van Weyden ohnmächtig.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
Angeklagt: ein Fußgänger
Nach einem kleinen Frühschoppen macht sich der arbeitslose Bert Jonas auf den Heimweg und geht prompt bei „Rot" über die Straße. Dadurch löst der sorglose Zecher einen Auffahrunfall aus, bei dem ein Schulkind schwer verletzt wird. Hat Jonas die Alleinschuld?
21.15 WISO
Bundespost: 10 Millionen Überstunden – keine neuen Arbeitsplätze? / Abschied von der 40-Stundenwoche / Benzinpanscherei – Markenfirmen contra Freie
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Spielraum
Live aus München
Auf den Hund gekommen. Diskussion
Mit dem viele Lebenslagen beherrschenden Verhältnis zwischen Mensch und Hund beschäftigt sich die heutige Ausgabe der ZDF-Reihe. Warum verharmlosen so viele Hundebesitzer die Gefahren, die durch den (natürlichen) Instinkt von Hunden zweifelsohne gegeben sind?
Anschl. heute und Gute-Nacht-Musik

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das Unglück, Teil 2
15.00 Indian River
Verbindung unterbrochen
15.30 Musicbox – die Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Der Wunschtraum
17.05 Die Leute von der Shiloh Ranch
Der Komplize
18.00 Hoppla Lucy
Ausverkauf
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Aufstand in Arizona
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Audie Murphy u. a.
Regie: William H. Witney
Captain Jeff Stanton wird von den Goldgräbern gegen die Indianer zu Hilfe gerufen, muß aber schon bald erkennen, daß diese nicht ohne Not aus ihrem Reservat ausgebrochen sind.
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Englische Kriminalserie (1967)
Vorsicht, Raubkatzen
Mit Patrick Macnee, Diana Rigg u. a.
Regie: Sidney Hayers
Zuerst wird der Butler, dann der Leiter einer Milch-Versuchsfarm, auf mysteriöse Weise wie von einer Raubkatze umgebracht. Während ihrer Nachforschungen erleben Steed und Emma, wie in nächster Nähe ihrer Standorte drei andere Menschen sowie der Zuchtbulle der Forschungsfarm auf ähnliche Weise zu Tode kommen...
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Tschaikowsky – Genie und Wahnsinn
Englischer Spielfilm (1970)
Mit Richard Chamberlain, Glenda Jackson, Max Adrian, Christopher Gable u. a.
Regie: Ken Russell
0.20 APF blick:
Letzte Nachrichten

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Zurück zur schmutzigen Wäsche?
23.30 Vor vierzig Jahren

NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Johann Sebastian Bach
Letzte Folge der Fernsehserie
22.45 Frauengeschichten
23.30 Offerte
23.45 Nachrichten

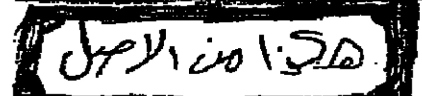
HESSEN
20.00 Johann Sebastian Bach (2)
21.45 Allerlei Theater
22.30 Cesare Pavese

SÜDWEST
20.15 Kulturspiegel
21.00 Aquaristik (4)
21.15 Bildnis einer Unbekannten
Deutscher Spielfilm (1954)
23.00 Science Report
23.15 Nachrichten

BAYERN
19.20 Peter Ibbetson
Amerikanischer Spielfilm (1935)
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.30 Der Sportstammtisch
23.15 Rundschau

3SAT

18.00 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Schatten über Afrika
Freiheit macht nicht satt
Film von Peter Zurek
Dschibuti, die Republik am Roten Meer, und Zimbabwe, das langumkämpfte ehemalige Rhodesien, sind die beiden jüngsten Staaten Afrikas. Bei aller Verschiedenheit haben sie eine Gemeinsamkeit: Beide leiden seit Jahren unter einer katastrophalen Trockenheit.
20.30 Die Pawlaks (9)
Eine Geschichte aus dem Ruhrgebiet
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten





NACHRICHTEN

Bayern erst um 20.10 Uhr

Düsseldorf (sid) – Das Halbfinalspiel um den DFB-Pokal wird am Samstag (6. April) zwischen Pokal-Verteidiger Bayern München und dem Vorjahres-Finalisten Borussia Mönchengladbach erst um 20.10 Uhr angepfiffen. Das zweite Halbfinalspiel zwischen dem 1. FC Saarbrükken und Bayer Uerdingen beginnt schon um 15.30 Uhr.

Einbruch beim Sportbund

Frankfurt (sid) – Einen Schaden von schätzungsweise 100 000 Mark haben Einbrecher im Haus des Deutschen Sports in Frankfurt angerichtet. Sie schweißten die Tresore des NOK für Deutschland und der Sporthilfe auf. Dabei fielen ihnen eine geringe Menge Bargeld sowie Briefmarkenbögen, Olympiamünzen und wertvolle Erinnerungsmedaillen in die Hände.

Vier Wochen Sperre

Düsseldorf (sid) – Mit einer Sperre von vier Wochen bis einschließlich 13. April hat das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) Hermann Ohlicher (VfB Stuttgart) wegen seines Platzverweises am 16. März bei Bayern München belegt. Ohlicher hatte Schiedsrichter Tritschler beleidigt.

Happe und Hecker bleiben

Essen (sid) – Die stark umworbenen Handball-Nationalspieler Stefan Hecker und Thomas Happe bleiben noch ein weiteres Jahr beim Handball-Bundesligaklub TuSEM Essen. Klaus Schorn, Abteilungsleiter in Essen, einigte sich darauf mit dem Torwart und dem Abwehrchef. Auch Trainer Petre Ivanescu wird noch eine Spielzeit in Essen bleiben.

27 000 Dollar für Langer

Ponte Vedra (sid) – Beim Golf-Turnier in Ponte Vedra (US-Bundesstaat Florida) belegte Bernhard Langer (Anhausen) mit 284 Schlägen gemeinsam mit drei anderen Spielern den siebten Platz und erhielt dafür 27 112 Dollar. Mit 274 Schlägen siegte Calvin Peete (USA), der einzige farbige Golfprofi der Weltspitze.

Winkelhofer zu Bayern

München (sid) – Helmut Winkelhofer (Bayer Leverkusen) kehrt in der kommenden Saison zum Fußball-Bundesligaklub FC Bayern München zurück. Er wechselte vor drei Jahren für eine Ablösesumme von 600 000 Mark nach Leverkusen.

Zovko neuer Trainer

Wallau-Massenheim (sid) – Zeljko Zovko wird vorerst bis zum Saisonende neuer Trainer beim abstiegsbedrohten Handball-Bundesligaklub SG Wallau-Massenheim. Der 31jährige frühere jugoslawische Nationalspieler wird als Spielertrainer fungieren. Horst Spengler hatte das Amt abgegeben.

Sechs Punkte Vorsprung

Mailand (sid) – Sechs Spieltage vor Saisonende führt Hellas Verona in der italienischen Fußball-Meisterschaft die Tabelle mit sechs Punkten Vorsprung an. Die Mannschaft des deutschen Nationalspielers Hans-Peter Briegel erreichte am 24. Spieltag ein 1:1 bei Sampdoria Genua. Inter Mailand verlor mit Karl-Heinz Rummenigge mit 1:2 beim FC Udinese und ist Tabellenfünfter.

Nur eine Versteigerung

Baden-Baden (kgö) – Während der Großen Rennwoche auf der Iffezheimer Galopprennbahn wird es 1985 erstmals nur eine Versteigerung von Jährlingen geben. Sie findet am Samstag den 31. August statt. Ferdinand Leisten und Uwe Heckmann sind als Auktionatoren verpflichtet. Leisten allein übernimmt eine Elite-Auktion von ca. 30 Pferden, die vor der neuen Großauktion stattfindet.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Südamerika-Zone, Gruppe 2: Ecuador – Uruguay 0:2.

MOTOR

„500-Kilometer von Monza", erster von 12 Läufen zur Tourenwagen-EM: 1. Walkinshaw/Percy (England) Rover Vitesse 3:02:59,64 Std., 2. Schlesser/Goosen (Frankreich/Belgien) Rover Vitesse 3:03:18,52, 3. Hahne/Allan (Deutschland/England) Rover Vitesse 3:04:39,67, 4. Micangeli/Bosshard (Italien/Schweiz) BMW 635 CSI eine Rd. zur.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Mailand, Endspiele, Einzel: McEnroe (USA) – Jarryd (Schweden) 6:4, 6:1. – Grand-Prix-Turnier in Fort Myers/Florida, Endspiele, Einzel: Lendl (CSSR) – Connors (USA) 6:3, 6:2. – Grand-Prix-Turnier in Tunis, Endspiel, Einzel: Schwaier – Popp (beide Deutschland) 6:4, 6:2. – Grand-Prix-Turnier in Monte Carlo, Qualifikation, zweite Runde: Simonsson (Schweden) – Maurer (Deutschland) 6:3, 7:6, erste Runde: Westphal (Deutschland) – Luna (Spanien) 0:6, 7:5, 6:3.

TISCHTENNIS

38. Weltmeisterschaften in Göteborg, Mannschaftswettbewerb, Herren, zweite Kategorie, Gruppe C: Deutschland – Norwegen 5:0 (Roßkopf – Gustavson 17:21, 21:19, 21:12, Wosik – Heimi 21:16, 21:14, Hüging – Hoff 21:10, 21:16, Wosik – Gustavson 21:15, 21:16, Roßkopf – Hoff 21:19, 21:11).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 2, 11, 15, 30, 33, 38. – Rennquintett: Rennen A: 7, 3, 10. – Rennen B: 25, 23, 34. (Ohne Gewähr).

TISCHTENNIS / Deutsches Herren-Team nach 5:0 über Norwegen Zweiter in der Abschlußtabelle

Keine Erklärungen für das Debakel der Damen, eher Resignation: „Man muß das schlucken"

sid/dpa, Göteborg

Der erst 15jährige Jörg Roßkopf (Frankfurt) steuerte im letzten Vorrundenspiel der deutschen Herren-Mannschaft bei den 38. Tischtennis-Weltmeisterschaften in Göteborg zwei Punkte zum 5:0 gegen Norwegen bei. Der WM-Neuling, der erstmals gegen Pakistan (zwei Niederlagen) eingesetzt worden war, hatte beim 17:21, 21:19, 21:12 gegen Marten Gustavson nur zu Beginn Probleme, gewann aber seine Partie gegen Haakon Hoff 21:19, 21:11 schließlich deutlich. Die weiteren Punkte erkämpften Wosik (2) und Hüging (1).

Deutschland belegte nach dem Sieg im letzten Gruppenspiel mit 7:1 Punkten und einem Spielverhältnis von 37:10 hinter Taiwan (7:1/39:10) den zweiten Platz in der Kategorie II. Den maßgeblichen direkten Vergleich gegen Taiwan hatte Deutschland mit 2:5 verloren.

Nach dem 0:3 im letzten Gruppenspiel gegen Rumänien belegten die deutschen Damen mit 0:7 Punkten und 1:21 Spielen nur den achten und letzten Platz in der Vorrunden-Gruppe A. „Wieder nix", schimpfte die 23 Jahre alte Frankfurterin Anke Olschewski nach dem 0:3 gegen Rumänien. In sieben Begegnungen nur ein Einzel (Olschewski) gewonnen – die Zweitklassigkeit ließ sich im Scandinavium von Göteborg nicht mehr verbergen. Ein Totalausfall war die Deutsche Meisterin Susanne Wenzel. Die Saarbrückerin verlor alle ihre vier Einzel und zusammen mit Anke Olschewski, mit der sie in den letzten drei Jahren den nationalen Titel gewonnen hatte, auch sechs Doppel.

„Das Maß aller Leistungen ist hier, nicht zu Hause in Deutschland", kommentierte der 63 Jahre alte französische Chef-Bundestrainer Charles Roesch das bescheidene Abschneiden der deutschen Damen. Dieser Hinweis galt fast ausschließlich für Susanne Wenzel. Die 21jährige blieb meilenweit von ihrer Bestform entfernt und schien mehr mit ihren Nerven als mit ihren Gegnerinnen zu kämpfen. Auch Damenwartin Ella Lauer wußte dafür keine Erklärung mehr. „Was soll ich schon dazu sagen, ich muß das einfach schlucken", meinte die 45jährige, die sich mit der eigenen Verbandsliga-Stärke sicher nicht wesentlich schlechter aus der Affäre gezogen hätte als ihr Team.

Für die 15jährige Katja Nolten war die Verantwortung zu groß, für Susanne Wenzel in die Bresche springen zu müssen. Die Weltmeisterschafts-Debütantin vermochte zwar teilweise stark zu überzeugen, konnte aber ebenfalls kein Spiel gewinnen. Nach dem knappen 18:21, 19:21 gegen die Rumänin Otilia Badescu weinte das Mädchen aus Wassenberg bittere Tränen der Enttäuschung.

Vor dieser Niederlage hatte Anke Olschewski, die als einzige in allen sieben Spielen eingesetzt wurde, gegen Maria Alboiu mit 21:17, 8:21 und 8:21 verloren. Im Doppel waren Olschewski/Wenzel gegen Alboiu/Badescu chancenlos und unterlagen mit 13:21, 16:21.

Erstmals nach ihrer Flucht im Oktober 1983 in die Bundesrepublik Deutschland saß Olga Nemes nicht mehr auf der rumänischen, sondern auf der deutschen Bank. „Ich habe ein paar Tips gegeben, aber einen Sieger kann ich wirklich nicht vorhersagen", hielt sich die 16jährige schon vor dem ersten Ballwechsel beim Treffen Rumänien gegen Deutschland zurück. Trotzdem tat ihr weh, wie ihre neuen Mannschaftskameradinnen von den ehemaligen Freundinnen aus Rumänien deklassiert wurden.

Zum Abschluß der Mannschaftswettbewerbe greifen die Titelverteidiger aus China wieder nach Medaillen. Bei den Herren qualifizierten sie sich nach dem 5:0 über Ungarn zum elften Mal für die Runde der letzten vier, den Damen gelang dieses Kunststück mit dem 3:0 gegen Belgien nunmehr zum zehnten Mal.

Neben diesen beiden Mannschaften blieben nach den abgeschlossenen Vorrundenspielen nur noch Nordkoreas Damen und Vize-Weltmeister Schweden mit den deutschen Bundesligaspielern Waldner, Lindh und Appelgren siegreich. In einer dramatischen Partie holten die Gastgeber einen 0:2-Rückstand gegen Ex-Weltmeister Japan auf und gewannen noch 5:2.

Mit einer Herzattacke mußte dabei der Japaner Hiroshi Yaoita ins Krankenhaus eingeliefert werden. Als Ex-Weltmeister Seiji Ono beim Stande von 2:0 für Japan von dem Wahl-Saarbrücker Jan-Ove Waldner (Schweden) mit 21:10, 21:11 bezwungen wurde, brach der 70jährige auf der Ehrentribüne zusammen. Yaoita ist Mitglied der Führungsmannschaft des Internationalen Tischtennis-Verbandes. Gestern konnte er das Krankenhaus allerdings wieder verlassen.

Ungarns Herren, 1979 in Pjöngjang 5:1-Triumphator im damaligen WM-Finale gegen China und vor zwei Jahren in Tokio immerhin noch auf Rang drei, kämpfen erstmals in der WM-Geschichte seit 1927 gegen den Abstieg. In der Vorrunden-Gruppe A verloren die Ungarn von sieben Spielen gleich fünf.

12jährige läuft Marathon barfuß: „Kann schweben"

Anja macht Ferien. Am Samstag ist sie in Wien Riesenrad gefahren. „Jetzt will sie noch das Sissy-Schloß sehen und einmal mit dem Fiaker durch die Stadt fahren," erzählt Oma Lieselotte Albrecht (69). Sie gönnt der Enkelin die Erholung: „Das hat sie nun wirklich verdient und darauf freut sie sich so sehr."

Doch die 12 Jahre alte Anja Albrecht aus Schwalmstadt bei Kassel ist nicht der Ferien wegen nach Wien gefahren. Sie wollte dort Marathon laufen. Gemeinsam mit ihrem Vater Bernd (44) und 5644 weiteren Dauerläufern. Vater Bernd gab nach 25 Kilometern wegen Fersenbeschwerden auf. Die mehrmalige deutsche Meisterin Christa Vahlensieck schied nach 20 Kilometern mit Darmbeschwerden ebenfalls aus. Die jüngste Teilnehmerin aber bewältigte die 42,195 KM-Strecke fast spielend: In der fast unglaublichen Zeit von 3:19:20 Stunden kam sie ins Ziel und hatte bei ihrem fünften Marathonlauf erneut eine Bestzeit aufgestellt. „Die vielen Zuschauer und die wunderschöne Strecke haben mich beflügelt", kommentierte Anja selbstbewußt wie ein Profi. Im Umgang mit Reportern hat sie bereits Erfahrung.

Bundestrainer Erich Vellage, im Deutschen Leichtahletik-Verband (DLV) für Frauen-Marathon zuständig, kennt das talentierte Mädchen jedoch nicht. Bewußt verzichtet er auf gezielte Talentsichtung und Nachwuchsförderung junger Marathonläuferinnen. Ihm ist dieser Extrembereich der Leichtathletik zu brisant: „Die Mediziner haben zwar keine Einwände. Es ist wohl erwiesen, daß man Kinder körperlich nicht überfordern kann. Die hören auf, wenn sie nicht mehr können. Ich habe auch nichts dagegen, wenn Kinder wirklich selbst Marathon laufen wollen, also ohne Druck durch die Eltern. Aber psychologisch gesehen ist ein Marathonlauf nun mal kein Kinderspiel. Und Kinder brauchen noch Spielraum, das heißt, genügend Freiraum zum Spielen." Diesen Freiraum sehen auch die Funktionäre in Gefahr. Deshalb gilt für den Bereich des DLV die Vorschrift, daß Kinder und Jugendliche unter 17 Jahren nicht an Marathonläufen teilnehmen dürfen, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Durch diese Vorschrift allein aber lassen sich Eltern und Kinder nicht schrecken. Anja Albrecht und Vater Bernd fahren zu Marathonläufen ins Ausland, denn international gibt es noch keine einheitliche Altersregelung. Seit vier Jahren läuft Anja jährlich einen Marathon – in diesem Jahr sollen es erstmals zwei werden. Gleich bei ihrem ersten Versuch, als Achtjährige, ließ sie im luxemburgischen Echternach die Erwachsenen reihenweise stehen und kam nach 3:47 Stunden ins Ziel.

Begonnen hat sie ihre Laufbahn im Alter von vier Jahren: „Das war eine schwierige Zeit für sie. Die Mutter ist von der Familie weg, als Anja dreieinhalb Jahre alt war und der Vater war für Anja damals wie heute der wichtigste Mensch. Als sie vier war, hat sie ihn gefragt, ob sie mitlaufen darf", erinnert sich Oma Lieselotte. „Damals wohnten die beiden noch in Hamburg. In den ersten Jahren ist Anja jeden Tag einmal um die Außenalster gelaufen. Das ist eine Runde von 7,5 Kilometern. Jetzt läuft sie täglich zwischen zehn und fünfzehn Kilometer. Aber sie will immer nur barfuß laufen. Wenn sie früher Schuhe anziehen mußte, hat sie so lange geweint und gebettelt, bis sie sie ausziehen durfte. Sie sagte dann immer: ‚Seht, ich kann schweben'."

Anja Albrecht wird systematisch aufgebaut. Ihr Vater ist Trainer einiger Leichtathletik-Vereine in der Umgebung, ist medizinischer Bademeister und Masseur, achtet auf gesunde, vorwiegend vegetarische Ernährung, auf ständige ärztliche Kontrolle, behandelt seine Tochter mit regelmäßigen Massagen und Akupunktur. „Natürlich ist sein Traum, daß Anja einmal Olympiateilnehmerin wird", hat Lieselotte Albrecht beobachtet. Bis jetzt nährt die Tochter diese Hoffnung noch. Doch die Oma hat schon bemerkt, daß sie häufiger die Lust am Training verliert.

Das Mädchen Anja Albrecht ist zweifellos ein Talent mit einem gewaltigen Leistungsvorsprung gegenüber der Konkurrenz. Die sportliche Entwicklung des jungen Mädchens ist allerdings noch nicht absehbar. Sie wird abhängen von ihrer persönlichen Entwicklung und ihrer Umgebung, von Freunden und anderen Einflüssen.

ULLA HOLTHOFF

STAND●PUNKT

FUSSBALL / Buch über Italiens WM-Skandal

Publikum die Enthüllungen am liebsten vorenthalten

KLAUS RÜHLE, Rom

Die beiden italienischen Journalisten Oliviero Beha und Roberto Chiodi, die mit ihren Recherchen über das ominöse Fußball-Weltmeisterschaftsspiel Italien – Kamerun in ein Wespennest gestochen hatten, sind weiterhin Opfer von Boykott-Maßnahmen und Verunglimpfungen. Auf Grund von Gesprächen, Indiskretionen, Dokumenten kamen die beiden Italiener zu dem Schluß, daß bei dem bewußten Ausscheidungsspiel 1982 in Spanien nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein muß. Sie faßten die Ergebnisse ihrer Untersuchung in einem Buch und einem Film zusammen.

Das Buch ist jetzt endlich in Italien erschienen. Es trägt den Titel „Mundial Gate". Die Buchveröffentlichung hat aber eine sehr abenteuerliche Vorgeschichte. Der mit dem bekannten Verlagshaus Feltrinelli abgeschlossene Vertrag wurde vom Verleger gebrochen, obwohl bereits 15 000 Exemplare gedruckt waren und ebenso viele Vorbestellungen vorlagen. Starker Druck von unbekannter Seite veranlaßte die Verantwortlichen des Verlagshauses, die mit dem Vertragsbruch verbundenen hohe Kosten in Kauf zu nehmen. Nach langer Suche fanden Beha und Chiodi schließlich ein kleines Verlagshaus, das den Band herausbrachte. Der Boykott geht aber trotzdem weiter, denn nur sehr wenige Buchhandlungen führen „Mundial Gate". Offensichtlich wird von der Verteilerorganisation dafür gesorgt, daß die peinlichen Enthüllungen der beiden Sportjournalisten dem großen Publikum vorenthalten bleiben. Die wenigen im Buchhandel auffindbaren Exemplare sind bereits vergriffen.

Die italienische Presse ignoriert, von wenigen Ausnahmen abgesehen, weiterhin das Buch mit seinem belastenden Material. Zu den Ausnahmen gehört die römische Tageszeitung „Reporter". Sie erinnert daran, daß bei der letzten Fußball-Weltmeisterschaft zwei Fakten den Nährboden von Episoden bildeten, die mit Sport wenig zu tun haben. Zum erstenmal standen sich, so schreibt das Blatt, Spieler völlig unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Position gegenüber, nämlich Fußball-Millionäre und arme Schlucker. Ferner stimme es nachdenklich, daß die Weltmeisterschaft in Spanien von zwei mächtigen Sportindustrie-Konzernen gesponsert worden sei, nämlich „Coq Sportif" und „adidas", die sich auch im Finale gegenübergestanden hätten.

Einer der beiden Autoren des boykottierten Buches, Oliviero Beha, ist von Reportern befragt worden, ob er und sein Kollege es nicht bereuten, mit ihrer Recherche in ein Wespennest gestochen und sich so den Schmähungen wegen „Vaterlandsverrats" ausgesetzt zu haben. Beha versichert, daß er und Chiodi aus moralischen wie professionellen Gründen voll und ganz zu ihrer Arbeit stünden und daß die Angriffe von verschiedenen Seiten bis zum heutigen Tage keine der bestehenden Zweifel hinsichtlich des Spiels Italien – Kamerun entkräftet hätten. Trotz des Boykotts von offizieller Seite durch die auflagenstarke Presse, den staatlichen Rundfunk und das staatliche Fernsehen fehle es ihnen nicht an moralischer Unterstützung, so vor allem seitens der privaten Radio- und Fernsehstationen. Beha und Chiodi haben Strafantrag gegen 68 Personen wegen Verleumdung und Ehrabschneidung gestellt. Schon jetzt wartet die breite Öffentlichkeit gespannt darauf, wie diese zahlreichen Gerichtsverfahren letztendlich ausgehen werden. Den Ausgang dieser Verfahren wird man nicht verheimlichen können.

EISHOCKEY / Bayreuth ist zweiter Aufsteiger

Ein Schwimmverein begibt sich aufs rutschige Eis

sid, Düsseldorf

Der Zuschauer-Krösus steht in der sportlichen Endabrechnung im Abseits: Berlin bleibt Eishockey-Provinz. Der BSC Preußen als Nachfolger des Berliner Schlittschuhklubs wird auch in der nächsten Saison nur zweitklassig sein. Zum Abschluß der Aufstiegsrunde fehlte den Preußen die Nervenkraft: Hinter Rießersee (28:8 Punkte) und der erst seit zehn Jahren bestehenden Eishockey-Mannschaft des Schwimmvereins SV Bayreuth (27:9) blieb den Berlinern (24:12) nur der dritte Platz. Dabei stellten die Berliner einen einsamen Rekord auf: Alle neun Heimspiele waren mit jeweils 6063 Besuchern ausverkauft.

Der Aufsteiger SV Bayreuth kann sich auf das Abenteuer Bundesliga einlassen, weil der Klub wirtschaftlich gesund ist und schwarze Zahlen schreibt. Der Klub aus der Festspielstadt will sich zwar durch zwei Verteidiger und drei Stürmer verstärken, doch Abteilungsleiter Alfred Zapf sagt unmißverständlich: „Wir laufen nicht mit offenen Augen ins Verderben, wir lassen uns nicht auf Balancekkte ein."

Das Eisstadion mit einem Fassungsvermögen von 4200 Zuschauern soll auf über 5000 Plätze erweitert werden. Die von dem 33 Jahre alten Amerikaner Billy Slynn, der noch keine Bundesligalizenz besitzt, trainierten Eishockeyspieler werden im Ringen um die Zuschauer-Resonanz sicherlich die Bundesliga-Konkurrenz in zwei anderen Sportarten zu spüren bekommen, denn auch die Tischtennisspieler und Basketballspieler sind in die höchste deutsche Spielklasse aufgestiegen.

KAISERSLAUTERN

Interesse an Müller

sid, Kaiserslautern

Der Fußball-Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern wird zur kommenden Saison eventuell den derzeit beim französischen Meister Girondins Bordeaux tätigen 12maligen Ex-Nationalspieler Dieter Müller unter Vertrag nehmen. „Bei uns besteht Interesse", erklärte Präsident Udo Sopp, „ich habe schon zwei Gespräche mit ihm geführt. Allerdings liegen die finanziellen Vorstellungen noch weit auseinander."

Nach dreijährigem Engagement in Bordeaux, das einem erneuten Titelgewinn zustrebt und im Halbfinale des Europa-Pokals auf Juventus Turin trifft, kann der Mittelstürmer ohne Ablösesumme wechseln. Deshalb soll er von Kaiserslautern eine Million Mark gefordert haben. Neben Kaiserslautern hat auch der 1. FC Köln die Fühler nach seinem ehemaligen Torjäger ausgestreckt.

Gestern an seinem 31. Geburtstag bestätigte Müller, der zwischen 1972 und 1982 in 280 Bundesliga-Spielen für Kickers Offenbach, Köln und den VfB Stuttgart 173 Treffer erzielte, ebenfalls die Möglichkeit zu einem Transfer auf den Betzenberg. „Klar ist aber noch nichts", meinte er, „voraussichtlich werde ich Bordeaux jedoch verlassen, obwohl ich ein neues Vertrags-Angebot des Klubs besitze. Eine Entscheidung fällt wohl in den nächsten beiden Wochen."

HAMBURGER SV

Ohne Stein und Schröder

dpa, Hamburg

Der Hamburger SV muß im Bundesliga-Spitzenspiel am Mittwoch gegen Werder Bremen endgültig ohne seinen Torwart Uli Stein und ohne Vorstopper Michael Schröder auskommen. Eine am Montagvormittag im Altonaer Krankenhaus durchgeführte neurologische Untersuchung hat ergeben, daß sowohl der 30jährige Stein als auch der 25jährige Schröder im Spiel gegen Arminia Bielefeld (1:4) am vergangenen Samstag Gehirnerschütterungen erlitten haben. Beide erhielten Spielverbot.

Während der Ausfall von Schröder zu verkraften ist, da Mannschaftskapitän Ditmar Jakobs am Mittwoch nach seiner Sperre wieder spielberechtigt ist, wiegt die Verletzung von Uli Stein, in den letzten Wochen wiederholt bester Spieler seiner Mannschaft, um so schwerer. Ersatztorwart Uwe hain hat seit seinem Wechsel von Eintracht Braunschweig zum HSV im Jahre 1982 noch kein einziges Bundesliga-Spiel bestritten. „Ich habe keine Angst", verkündete Uwe Hain, der mit dem Vertrauen seiner Mannschaftskameraden rechnen kann. „Wir haben nicht nur einen einsatzfähigen Towart. Ich bin sicher, daß auch Uwe Hain seinen Kasten reinhält", sagt Felix Magath, und Präsident Wolfgang Klein fügt hinzu: „Wenn Hain ein Tor reinläßt, müssen wir eben zwei schießen."

Kanzleramt-Konzept für die Ostpolitik

DW. Bonn

Der außen- und sicherheitspolitische Berater des Bundeskanzlers, Horst Teltschik, hat auf der Tagung der „Atlantik-Brücke" in der texanischen Stadt Dallas zu den politischen Perspektiven nach dem Machtwechsel im Kreml und zu der grundsätzlichen Zielrichtung der Bonner Ostpolitik Stellung bezogen. Teltschik vertrat dabei den Standpunkt, Ostpolitik werde „immer dann scheitern", wenn sie nicht ihr Hauptaugenmerk auf die Sowjetunion richte, sondern versuche, die Staaten des Warschauer Paktes „gegeneinander ausspielen zu wollen". So würde auch auf ein Bestreben, eine Art „Sonderverhältnis" zur „DDR" oder zu Polen zu begründen, „nicht nur Moskau, sondern auch die DDR oder Polen mit Mißtrauen reagieren und hemmend einwirken". *Die WELT dokumentiert* Auszüge aus der Teltschik-Rede.

„Gerade wir Deutschen verfügen über einen Reichtum geschichtlicher Erfahrungen an politischem, wirtschaftlichem, geistigem und kulturellem Austausch mit unseren östlichen Nachbarn, den wir wiederbeleben müssen. Wir können nicht genug politische und diplomatische Phantasie entwickeln, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen West und Ost in allen Bereichen zu fördern. Es gibt längst über die wechselseitigen Sicherheitsbedürfnisse hinaus Probleme, die wir ohne die Nachbarn im Osten und diese nicht ohne uns lösen können. Deshalb hatten wir z.B. im Juni 1984 zu einer internationalen Umweltschutzkonferenz nach München eingeladen, an der alle Warschauer Pakt-Staaten teilgenommen haben. Inzwischen arbeiten wir sowohl mit der DDR wie mit der CSSR an konkreten Vereinbarungen im Bereich des Umweltschutzes."

„Westliche Politik gegenüber der Sowjetunion muß offensiv sein. Die Geschichte der Ost-West-Beziehungen nach 1945 zeigt, daß es der sowjetischen Führung fast immer gelungen ist, die politisch-diplomatische Initiative zu gewinnen, selbst dann, wenn sie durch militärische Aggressionen wie z.B. 1968 in der CSSR oder 1980 in Afghanistan weltweit in die Defensive geraten ist. Nur ein halbes Jahr nach dem Überfall in Prag hatte es Moskau erreicht, daß der Westen nur noch über den sowjetischen Vorschlag für eine Konferenz für Sicherheit in Europa diskutierte und am Ende auch akzeptierte und die Intervention in der CSSR als interne Angelegenheit des Warschauer Paktes abgetan wurde." Dagegen, so Teltschik, sei es nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß „im November 1983 dem Westen gelungen, trotz des Abbruchs der Genfer Verhandlungen in der politischen Offensive zu bleiben:
– durch die Aufrechterhaltung der Dialogbereitschaft des Bündnisses mit der Sowjetunion,
– durch den Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die im Januar 1984 zur Aufnahme der Stockholmer Verhandlungen führte und
– durch das umfassende amerikanische Angebot, mit der Sowjetunion bei der Ausarbeitung eines umfassenden *konzeptionellen Rahmens für* künftige Rüstungskontrollverhandlungen zusammenzuarbeiten; dies führte zur Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen.

„Mit Generalsekretär Gorbatschow hat in Moskau eine neue Generation die Führung übernommen. Seine Wahl ist aber nicht einstimmig, sondern zum ersten Mal nur einmütig erfolgt. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß Generalsekretär Gorbatschow in seinen Erklärungen und Gesprächen in besonderer Weise die Kontinuität in Führung und Politik unterstrichen hat ... Generalsekretär Gorbatschow hat aber zugleich erkennen lassen, daß er seine neue Führungsrolle ganz selbstverständlich auszufüllen gedenkt. Es mangelt ihm weder an Selbstbewußtsein noch an Durchsetzungsvermögen. Persönlich vermittelt er Entschlossenheit, Dynamik und geistige Wendigkeit. Mit Generalsekretär Gorbatschow verfügt die Sowjetunion nach mehr als zehn Jahren wieder über eine Führung, die Stabilität und Kontinuität verbürgt, zumal er damit rechnen kann, daß aufgrund des hohen Alters seiner Kollegen im Politbüro sich für ihn die Chance eröffnet, seine eigenen Gefolgsleute nach und nach in die Führung aufzunehmen ... Sein außenpolitischer Kurs könnte von höherer Flexibilität und Kompromißfähigkeit geprägt sein. Es würde mich jedoch nicht überraschen, wenn er seine Position im Politbüro und im ZK erst mal dadurch zu stärken beabsichtigt, daß er bestimmte Konflikte durch die Demonstration sowjetischer Macht und Härte zu lösen versucht. Möglichkeiten dazu bieten sich innerhalb wie außerhalb des Warschauer Paktes an." Gegenüber Bundeskanzler Kohl habe Gorbatschow das sowjetische Interesse unterstrichen, „gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern entwickeln zu wollen ... Von Gorbatschow ist keine Erklärung über Revanchismus bekannt. Davon war auch im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl nicht die Rede."

Teltschik äußerte sich dann zu den Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern: „Ostpolitik – und das gilt für alle westlichen Regierungen – wird immer dann scheitern, wenn sie nicht ihr Hauptaugenmerk auf die Sowjetunion richtet. Moskau bleibt der wichtigste Partner im Osten. Wer den Versuch unternehmen wollte, die Warschauer Pakt-Staaten gegenüber ihrer Führungsmacht oder einzelne osteuropäische Staaten gegeneinander ausspielen zu wollen, schadet sich selbst und den Interessen der sowjetischen Bündnispartner. Genauso sollte vermieden werden, einzelne bilaterale Sonderverhältnisse begründen zu wollen. Es ist nicht nur mit dem Mißtrauen der Sowjetunion, sondern auch mit dem anderer Warschauer Pakt-Staaten zu rechnen. Immer dann, wenn z.B. die Bundesrepublik Deutschland versuchen sollte, alternativ entweder mit der DDR oder mit Polen eine Art Sonderverhältnis zu begründen, würde nicht nur Moskau, sondern auch die DDR oder Polen mit Mißtrauen reagieren und hemmend einwirken."

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich, wenn auch pauschaler, aber doch auch in diesem Sinne dazu in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin (SFB) am 28. Januar 1985 erklärt: „Die Sowjetunion ist unser wichtigster Nachbar in Osteuropa. Die Sowjetunion hat einen entscheidenden Anteil an der Macht im anderen Teil Deutschlands, in der DDR. Es wäre eine ganz unsinnige Politik ... gegen die Sowjetunion operieren zu wollen. Was wir erreichen können, können wir nur mit der Sowjetunion erreichen."

Teltschik äußerte sich dann in Dallas weiter zu den Chancen des Westens: „Der Westen sieht sich heute im Osten nicht mehr mit einem Monolithen stalinistischer Prägung konfrontiert. Die Sowjetunion selbst ist vielfältigen inneren Herausforderungen ausgesetzt. Ihre Verbündeten verfolgen in immer stärkerem Maße ihre eigenen nationalen Interessen. *Ausmaß und Methoden variieren von* Land zu Land. Diese Entwicklung birgt für den Westen Chancen, aber auch Gefahren. Sie bietet die Chance eines evolutionären Wandels im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Sie bietet die Chance zu mehr Dialog, zu mehr Zusammenarbeit, zu mehr Verständigung; Konflikte könnten lösbarer werden, wenn sie aus ihrer ideologischen Gefangenschaft befreit würden. Wir müssen alles tun, diesen Prozeß zu fördern, ohne uns in die inneren Verhältnisse einzumischen. Die Gefahr besteht darin, daß die Sowjetunion diesen Prozeß ihres Machtmonopols und ihrer Sicherheit mißversteht und dogmatisch reagiert, mit verstärkter politischer Kontrolle und verstärkter Rüstung; und daß sie nicht erkennt, daß sich damit die Chancen für einen Interessenausgleich zwischen West und Ost erhöhen. Dies würde den sowjetischen Sicherheitsinteressen dienen und den Frieden sichern helfen." „Es ist offensichtlich, daß alle osteuropäischen Bündnispartner Moskaus den Beginn der Genfer Verhandlungen uneingeschränkt begrüßen und an konkreten Ergebnissen interessiert sind. Sie erwarten sich mehr Spielraum für die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen gegenüber dem Westen und insbesondere gegenüber den westeuropäischen Nachbarn". Dies sei im besonderen in der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Kohl und SED-Generalsekretär Honecker anläßlich ihres Gesprächs in Moskau am 12. März 1985 zum Ausdruck gekommen. Nach der Verlesung des Wortlauts dieser Erklärung fügte Teltschik hinzu: „Wir wissen von Polen, der CSSR, Bulgarien, Ungarn und Rumänien, daß sie - wenn auch mit unterschiedlicher Flexibilität - die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und den anderen westeuropäischen Staaten intensivieren und ausbauen wollen".

Spaniens KP droht mit Ausschluß Carrillos

Sonderparteitag endet mit heftiger Kontroverse

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der erweiterte Vorstand der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) beschloß am Wochenende ohne Gegenstimmen, ihren ehemaligen Generalsekretär Santiago Carrillo (70) und seine Anhänger aus der Parteiführung auszuschließen, wenn diese nicht ihr Vorhaben widerrufen, „eine neue Partei innerhalb der spanischen KP zu gründen". Die Carrillo-Gruppe war der Vorstandssitzung ferngeblieben.

Carrillo war nach dem Mißerfolg der letzten Wahl als Generalsekretär der spanischen KP zurückgetreten. Er hatte seine Partei auf eine eurokommunistische Linie gebracht und somit eine Distanz der PCE von der KPdSU geschaffen. Mit dieser Ausschlußdrohung erreichte der nunmehr seit fünf Jahren offen tobende Machtkampf innerhalb der KP sein entscheidendes Stadium.

Santiago Carrillo beabsichtigte, für die nächsten Parlamentswahlen eine „Wiedervereinigungsplattform aller spanischen Kommunisten" zu schaffen. Der Ex-Generalsekretär hofft dabei innerhalb der KP auf die Mitarbeit der Regionalvorstände von Madrid, Valencia, dem Baskenland und Galizien.

Einigung der Linken

Auch einige Vorstandsmitglieder der kommunistischen Gewerkschaft „Comisiones Obreras" unterstützten Carrillo. Die Gewerkschaft hat durch ihren Druck auf die Wirtschaftspolitik der Regierung die KP in ihrer politischen Bedeutung längst überflügelt. Das gleiche Vorhaben aber, nämlich eine Einigung der Linken links von der Sozialistischen Arbeiterpartei, hatte auch der stellvertretende Generalsekretär der KP, Nicolás Sartorius.

Da nicht anzunehmen ist, daß Carrillo seinen Wiedervereinigungsgedanken abschwören wird, könnten in Zukunft zwei kommunistische Gruppen eine neue „proletarische Linke" auf die Beine stellen. Beide müßten sich dann um eine ganze Palette von Gruppen und Parteien bemühen, die nur schwer unter einen Hut zu bringen sein dürften. Ausgangspunkt des Sartorius-Planes bildet die Kritik am „Fiasko der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung". Nach dem Programm von Sartorius will man zunächst den erfolgreichen kommunistischen Bürgermeister der Stadt Cordoba, Anguita, in dessen Bemühen um einen linksextremen Zusammenschluß bei den Landtagswahlen in Andalusien unterstützen. Da sowohl Iglesias' KP wie auch die „Carrillistas" über eigene Verbindungsleute in den Comisiones verfügen, wird sich der Machtkampf auch auf diese Gewerkschaft ausdehnen.

Moskau sucht Verbündete

Neben den Grünen wollen sich beide kommunistischen Gruppen auch um die verschiedenen prosowjetischen Bewegungen in Spanien beschäftigen. Dabei wird es im wesentlichen um die kommunistische Regionalpartei PSUC in Katalonien gehen, um deren Wohlwollen sich die Sowjetunion seit Jahren mit häufigen Einladungen nach Moskau bemüht. Im Schoße der PSUC fanden in Barcelona auch jene Treffen von Regierungsmitgliedern aus Nicaragua mit sowjetischen Spitzenfunktionären statt.

Eine prosowjetische Dissidenten-Partei gründete schon vor einiger Zeit das Ex-ZK-Mitglied Ignacio Gallego. Die Partei von Gallego wird nach Meinung vieler Beobachter von der Sowjetunion finanziert, obwohl Moskau offiziell nur die Partei Iglesias' anerkennt. Eine eigene Linke rief außerdem Professor Tamames, ebenfalls Ex-ZK-Mitglied, ins Leben. Dem Wirtschaftswissenschaftler dürften sich Splittergruppen anschließen, wie jene 196 Redakteure und Techniker des staatlichen Fernsehens, die vor vier Jahren als die „besseren, demokratischen" Kommunisten aus der KP austraten.

(SAD)

„Verhältnis der Grünen zum Recht gestört"

hey, Bonn

Der nach heftiger öffentlicher Kritik zurückgezogene Wahlprogramm-Beschluß der NRW-Grünen über den „gewaltfreien Geschlechtsverkehr" zwischen Erwachsenen und Kindern ist nach den Worten von Bundesjustizminister Hans Engelhard ein „Dokument der Politikunfähigkeit der Grünen". Es gebe bei ihnen eine „nach wie vor starke Tendenz für Straflosigkeit von Kindersex". Dies offenbare ein „gestörtes Verhältnis zur Rechtsordnung".

Weiter erklärte Engelhard, das umstrittene Sexualpapier zeige ebenso wie die Sympathieschreiben von Grünen Bundestagsabgeordneten an inhaftierte Terroristen deren „völliges Nichtverständnis" für die Aufgaben des Rechts und für die Schutzfunktionen der Rechtsordnung für die Bürger. Es sei „geradezu ein Hohn", daß nunmehr in Teilen der SPD daran gedacht werde, Grüne in Ministerämter zu berufen. Der Rechtsexperte der FDP, Detlef Kleinert, meinte gegenüber der WELT, die Vorstellungen der NRW-Grünen seien nicht nur rechtspolitisch und sittlich absurd. Sie würden auch dem Anliegen homosexueller Minderheiten nach der Erfüllung einleuchtender Forderungen wie altersmäßiger Gleichbehandlung und Regelung der Entschädigungsforderungen von Nazi-Verfolgten erheblich schaden.

22jähriger schwamm in den Westen

AP, Berlin

Unbemerkt von östlichen Grenzpolizisten ist einem 22jährigen Handwerker aus Ost-Berlin am späten Sonntagabend die Flucht in den Westteil der Stadt gelungen. Nach Angaben der Polzei durchschwamm der junge Mann die sieben Grad kalte Spree an der Grenze zwischen dem Westberliner Bezirk Kreuzberg und dem Ostberliner Bezirk Treptow. Über seine Fluchtmotive wurde zunächst nichts bekannt.

Schwefeldioxid kam mit dem Ostwind

dpa, Essen

Die Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen hat jetzt die bereits während der Smog-Tage im Januar geäußerte Vermutung bestätigt, daß die damals hohe Schwefeldioxid-Belastung im Eggegebirge nicht dem Ruhrgebiet angelastet werden könne. In seinem Monatsbericht schrieb das Institut, diese ungewöhnliche Belastung sei „im wesentlichen" auf Immissionen zwischen dem 15. und 20. Januar „bei östlichen bis süd-östlichen Winden" zurückzuführen. „Die SO2-Belastung ist durch östlich gelegene Quellen" verursacht worden. Im gleichen Zeitraum war in der Eifel nur halb so viel SO2 gemessen worden.

Bundesgesundheitsamt: Präsident tritt zurück

dpa, Bonn

Der Präsident des Bundesgesundheitsamts, Professor Karl Überla, tritt zum 15. April von seinem Amt zurück. Das Bundesgesundheitsministerium bestätigte, Überla, dem wiederholt Interessenkollision und mangelnder zeitlicher Einsatz für sein Amt vorgehalten worden waren, habe schriftlich um seine Entlassung gebeten. In der vergangenen Woche war Überla vor dem Rechnungsprüfungsausschuß des Bundestages zu den Vorwürfen befragt worden.

Papst befragt Strauß über die deutsche Lage

dpa, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in einer rund halbstündigen Privataudienz über den Stand der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten befragt. Beobachter hielten einen Zusammenhang zum wahrscheinlich noch Ende April bevorstehenden Besuch des „DDR"-Staats- und Parteichefs Erich Honecker in Rom für denkbar. Als Strauß nach der Papst-Audienz den einstigen Erzbischof von München und jetzigen vatikanischen Präfekten, Kardinal Josef Ratzinger, von dem Interesse des Papstes an den deutsch-deutschen Beziehungen berichtete, warf dieser ein: „Er wird bald den anderen Besucher sehen."

Lafontaine spricht nicht auf Ostermarsch

dpa, Saarbrücken

Der künftige saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) wird entgegen einer früheren Ankündigung nicht auf der Abschlußkundgebung des Ostermarsches Saar am Samstag in Saarbrükken sprechen. Wie sein Büro gestern mitteilte, sei seine Nicht-Teilnahme auf keinen Fall so zu verstehen, daß er sich von der „Friedensbewegung" abwende. Für Lafontaine wird der künftige saarländische Umweltminister, Jo Leinen, sprechen.

Unmut in Bonn über Möllemanns Erklärung

SDI-Stellungnahme des Staatsministers „unpassend"

rmc./kie. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich, wie am Wochenende Bundeskanzler Kohl in Brüssel, für eine gemeinsame Haltung der Europäer in der Frage der Strategischen Weltraumverteidigung (SDI) ausgesprochen. Vor dem FDP-Präsidium sagte Genscher: „Der Schulterschluß ist gut für uns, ist gut für die deutsch-französische Freundschaft, für den Zusammenhalt der Europäer und für die Einheit des europäisch-amerikanischen Bündnisses."

Wirbel hattte am Wochenende eine von Jürgen Möllemann, dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, im amerikanischen Dallas abgegebene Erklärung ausgelöst, in der der Politiker von einer „abwartenden Haltung" Bonns zum SDI-Projekt gesprochen hatte. Möllemann gab die Erklärung am Ende der Tagung der deutsch-amerikanischen „Atlantikbrücke" ab. Der FDP-Staatsminister behauptete in Dallas, seine Darlegung sei eine „Klarstellung zu Äußerungen der Unionspolitiker Wörner und Warnke", *die sich in Dallas* „stärker den amerikanischen Auffassungen angenähert" hätten. Damit bezog sich der FDP-Politiker auch auf den Bereich der amerikanischen Mittelamerika-Politik, die laut Möllemann von Washington „überprüft" werden müsse.

Über den Ton dieser nicht abgestimmten Äußerung zeigte sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe beeemdet: „Das kann man schon nicht mehr unter Tollheiten abbuchen." Rühe sagte, das Vorgehen von Möllemann in Dallas werde „ein Nachspiel in Bonn" haben. Auch Verteidigungsminister Wörner distanzierte sich sarkastisch von dem Staatsminister: „Ein jeder blamiert sich auf seine Weise."

Gestern wies Regierungssprecher Peter Boenisch die Erklärung Möllemanns als unpassend zurück. Der Staatssekretär sagte, ihm sei es lieber, wenn zwischen deutschen Ministern im Ausland kein Streit entstehe. Im übrigen sei für die Haltung der Bundesregierung in der SDI-Frage die Rede des Kanzlers auf der Wehrkunde-Tagung in München sowie die Stellungnahme des Bundessicherheitsrates vom 24. März bindend.

Von diesem Text will auch Möllemann, wie er telefonisch aus seinem spanischen Urlaubsort mitteilte, mit seiner Dallas-Erklärung nicht abgewichen sein.

In Bagdad kommt keine Siegesstimmung auf

● Fortsetzung von Seite 1

daß die Detonation im Gebäude erfolgte. Von Saboteuren war selbst offiziell die Rede. Nach weiteren Explosionen wurde die Version verbreitet, Iran habe von Libyen ein paar Scud-Raketen erhalten, in deren Reichweite auch Bagdad liege, da die Grenze im Mittelabschnitt der Front nur rund 160 Kilometer entfernt sei. Auf dem Gelände der städtischen Bus- und Verkehrsbetriebe in Bagdad explodierte vor einer Woche ein Sprengkörper, dessen Wirkung nach Ansicht von *Militärfachleuten Merkmale* einer Rakete älterer Bauart wie die Scud aufweisen könnte. Ähnliches gilt für die heftige Explosion in der Haifa-Straße, die mindestens zehn Menschenleben forderte und neues Baumaterial im Wert von mehreren Millionen Mark zerstörte. Auch die weithin hörbare Explosion in der Nacht zum Sonntag in der Al Sadun-Straße im Herzen Bagdads könnte durchaus von einem Raketeneinschlag herrühren. Die Druckwelle drückte *in einem Radius von rund* 150 Metern Scheiben und Glaswände ein. In unmittelbarer Nähe der Detonation liegen mehrere große Hotels am Ufer des Tigris. Die meisten Fluggesellschaften unterhalten in der Sadun-Straße ihre Filialen. Die Fluggesellschaften registrieren eine wachsende *Nachfrage nach Auslandsflügen*. Einige haben ihre Flüge nach Europa jetzt fast eine Woche im voraus ausgebucht. Südkoreanische Firmen, die rund 12 000 Arbeitskräfte in Irak eingesetzt haben, ziehen ganze Kontingente zurück.

Entgegen der offiziellen Version von Raketenangriffen sprechen inoffizielle Quellen von Autobomben oder von Kleinraketen, die von irakischen Territorien auf Bagdad abgefeuert werden. Auf die Attentats- oder Sabotagethese *deuten in der Tat Hinweise*, wonach die Mullahs in Teheran nach den vergeblichen Versuchen, auf dem Schlachtfeld eine Entscheidung zu erzwingen, jetzt Kommandos arabischsprechender Schiiten aus Libanon über die Türkei nach Irak einschleusen, um den Städtekrieg jetzt vor Ort zu führen.

Die Regierung vergilt die Attentate mit Bombenangriffen auf iranische Städte. Das Militärkommuniqué Nr. 1790 (Sonntag) berichtet von 145 Feindflügen und der Bombardierung von sechs Städten. Das entspricht dem Durchschnitt in den vergangenen zehn Tagen. Am Montag stiegen wieder einige Geschwader auf, um Teheran zu bombardieren. Dabei sollen mindestens 15 Menschen getötet worden sein.

Neuer Anlauf

J. G. – Binnen kurzem, so schätzen die Experten, werden die Kapazitäten der Landmaschinenindustrie in den USA kaum noch halb so groß sein wie vor einem halben Dutzend Jahren. Einst renommierte Weltkonzerne wie International Harvester und Massey-Ferguson taumeln seit Jahren schon am Abgrund entlang. Einen anderen Taumelnden (Allis-Chalmer) will nun der Kölner Maschinenbaukonzern KHD auffangen und ihm für 100 Millionen Dollar sein Landmaschinengeschäft abkaufen.

Für die Kölner Maschinenbauer aus der großen Klöckner-Familie macht dieses Engagement offenbar seinen guten Sinn. Man fühlt sich stark genug, um das Reinigungsgewitter für eigenes Wachstum zu nutzen. Und um endlich auch mit eigenen Fabriken den großen Schritt in die größte Marktregion der freien Welt zu schaffen.

Bei KHD ist das der zweite Versuch, nachdem unlängst der Aufbau eigener Motorenfertigung in den USA nicht zuletzt daran scheiterte, daß der „Ausländer" keine Militäraufträge bekam. Nebeneffekt des neuen Anlaufs: Das auf fast eine Milliarde Mark zu schätzende „Re-Investitionskapital", das KHD nach Verkauf seiner Nutzfahrzeugaktivitäten an Fiat bei einer Holland-Tochter angesammelt hat, führt zu keinem zusätzlichen deutschen Arbeitsplatz. Aber das ist für einen ohnehin mit mehr als der Hälfte seines Gesamtgeschäfts von Auslandsmärkten lebenden Maschinenbaukonzern aus vielerlei Gründen nun einmal der Lauf der Welt.

Stahlfusion

J. Sch. (Paris) – Warum zieht Frankreichs Industrieministerin Edith Cresson den Samthandschuh an, wenn sie die Annäherung der beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor behandelt? Die Entwicklung auf eine Fusion hin sei durchaus denkbar, erklärte sie jetzt. Aber das hatte sie schon vor Monaten angedeutet. Inzwischen haben sich sogar die beiden Konzernpräsidenten für die Fusion ausgesprochen, da sie andernfalls nicht aus den roten Zahlen kämen. Ein wichtiger Grund dafür ist aber gerade die Doppelgleisigkeit der Fehlinvestitionen, die bisher aus regionalen wie sozialen Überlegungen betrieben wurde. Die Gewerkschaften pochen darauf, daß die Lothringer Sacilor nicht gegenüber der nordfranzösischen Usinor benachteiligt wird wie auch umgekehrt. Andererseits dürften wohl zahlreiche Kunden aus Gründen der Versorgungssicherheit einen Teil ihres Stahls im Ausland kaufen, wenn sie nicht mehr zwischen zwei unabhängigen inländischen Anbietern wählen könnten. Aber ab 1986 muß Frankreich seine Stahlsubventionen einstellen. Das zwingt zum Handeln.

HANDWERK / Schnitker: Nie zuvor lagen Licht und Schatten so dicht beieinander

Die Zahl der Betriebe nimmt zu, aber preisbereinigt stagnieren die Umsätze

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Wegen der desolaten Lage des Baugewerbes wird das Handwerk in diesem Jahr noch stärker hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben, als dieses bereits 1984 der Fall war. Da auf das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe zwei Fünftel des Handwerksumsatzes entfällt, forderte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Paul Schnitker, Bund, Länder und Gemeinden auf, mehr zu investieren. Erstmals sinke wieder die Nachfrage nach Lehrstellen in gewerblich-technischen Berufen.

Nie zuvor hätten Licht und Schatten in der Handwerkskonjunktur so dicht beieinander gelegen, wie das gegenwärtig der Fall ist. Das erklärte ZDH-Präsident Paul Schnitker in Bonn. Als Aktivposten nannte er:
– Zum erstenmal in der Nachkriegszeit hat die Zahl an selbständigen Unternehmen und Betrieben im deutschen Handwerk zugenommen. Ende 1984 waren in den Handwerksrollen 493 600 Unternehmen mit 538 500 Betrieben eingetragen; 0,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Zum Vergleich: Zwischen 1950 und 1962 war die Zahl der Unternehmen von 886 500 auf 492 200 kontinuierlich gesunken. Die Zunahme der Unternehmen hält Schnitker für um so bemerkenswerter, weil das Handwerk 1984 unter einer Welle von Insolvenzen (plus 3,3 Prozent) zu leiden hatte.
– Auch die Zahl der Beschäftigten ist 1984 leicht um 0,2 Prozent auf 3,913 Millionen gestiegen. Schnitkers Kommentar: „Kleine und mittlere Betriebe halten eben auch in schwierigen Zeiten an ihren qualifizierten Fachkräften fest. Sie sind und bleiben ihre beste Zukunftssicherung."
– Die Gesamtzahl der Lehrlinge im Handwerk nahm um 2,8 Prozent auf 695 000 zu. Dabei wurde das Rekordergebnis des Jahres 1983 wiederholt und nahezu 251 000 Lehrverträge neu abgeschlossen. Der Anteil der Ausbildungsbetriebe im Handwerk nahm noch einmal von 49,5 auf 49,9 Prozent zu. Damit dürfte das Handwerk die Grenzen seiner Möglichkeiten erreicht haben. Wie schon 1984, so werde auch 1985 das Handwerk die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge nicht mehr steigern können.

Trotz der günstigen Eckdaten blieb das Handwerk deutlich hinter der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung zurück. So sei der Umsatz des Handwerks zwar 1984 nominal um 1,4 Prozent auf 387,6 Mrd. DM gewachsen, preisbereinigt bedeute dies jedoch einen Stillstand. Während einzelne Branchen – wie die Zulieferer und die Maschinenbauer – von der starken Auslandsnachfrage profitieren, leiden weite Teile des Handwerks unter der binnenwirtschaftlichen Konjunkturschwäche. So habe der private Verbrauch 1984 real nur noch um 0,8 Prozent zugenommen, während die Ausfuhr um real 7,4 Prozent zugelegt hatte. Am stärksten schlage jedoch durch, daß der umsatzstärkste Bereich des Handwerks, nämlich die Bauwirtschaft, sich noch auf längere Zeit in einer Anpassungskrise befinde.

Daher rechnet Schnitker für 1985 mit einem realen Umsatzrückgang von 0,5 bis ein Prozent im Handwerk. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl dürfte sich wegen der Krise in der Bauwirtschaft ebenfalls in dieser Größenordnung bewegen. Das Handwerk werde vorerst keine konjunkturelle Vorreiterrolle mehr spielen können. Es bleibe der zweitstärkste Wirtschaftsbereich nach der Industrie.

Als Sofortmaßnahmen für die Bauwirtschaft forderte Schnitker, die Ansätze für Bauten in den Etats der Gebietskörperschaften sofort, kräftig und dauerhaft anzuheben. Die Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums sollte um ein Jahr auf 1986 vorgezogen werden.

Außerdem setzte er sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Betriebe ein. Dabei wiederholte er seine Forderung nach Einführung einer mittelstandsbezogenen Investitionsrücklage. Eindringlich warnte er vor neuen Kostenbelastungen. Arbeitszeitverkürzungen, wie von der IG verlangt, erteilte er ebenso eine klare Absage wie einer Beschäftigungsgarantie während des Erziehungsurlaubs.

AUSSENWIRTSCHAFT

Seipp: Schieflage der USA bringt neuen Konfliktstoff

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das Jahr 1985 verspricht nach Einschätzung des Commerzbank-Vorsitzenden Walter Seipp noch einmal ein Jahr guter Konjunktur zu werden; die schwierige Lage der Schuldenländer könnte sich weiter ein wenig entspannen. Mittelfristig sieht der Bankier jedoch, vor allem wegen der außenwirtschaftlichen Schieflage der USA, neuen Konfliktstoff auf der finanziellen wie auch auf der güterwirtschaftlichen Seite voraus.

Mit den sich kumulierenden Leistungsbilanzdefiziten geraten die USA immer mehr in eine außenwirtschaftliche Überschuldung, die Seipp für die nächsten fünf Jahre auf eine Größenordnung von mindestens 600 Milliarden Dollar schätzt. Gleichzeitig könnten zwar vor allem Japan, aber auch die Bundesrepublik von den amerikanischen Vermögenseinbußen profitieren; doch werde sich das Finanzangebot für den Rest der Welt drastisch verschlechtern, was die Zinsen weltweit hochhält. Für noch bedenklicher hält Seipp die güterwirtschaftliche Seite der amerikanischen Schieflage. Man könne sich daher nicht früh genug auf eine Korrektur der internationalen Warenströme einstellen.

Nachdrücklich setzte sich der Bankier dafür ein, daß Frankfurt als Finanzplatz, der trotz des Ansehens der D-Mark und trotz der Stärke des deutschen Bankensystems weit abgeschlagen hinter New York und London rangiert, gestärkt wird. Dazu könnte eine Abschaffung der Mindestreserven beitragen, die auf jenen Auslandseinlagen lasten, aus denen internationales Geschäft refinanziert wird. Er plädiert für „Freihafenlösungen", wie sie sich in London und New York bewährt haben.

Für eine andauernde deutsche Selbstbeschränkung in dieser Frage hat Seipp kein Verständnis, zumal da sich Japan gerade anschickt, diese reservefreie Teilhabe am internationalen Finanzgeschäft den dort ansässigen Banken zu erlauben. Sein Vorschlag, so Seipp, würde die Position Luxemburgs zumindest im Deutschlandgeschäft nicht tangieren; vom Off-shore-Platz Luxemburg aus haben Banken derzeit 38 Mrd. Mark Kredite in die Bundesrepublik gegeben. Seipp kommt es darauf an zu verhindern, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zur Provinz wird.

Vorsichtig ist die Commerzbank in der Einschätzung der Zinsentwicklung in der Bundesrepublik. Vorstandsmitglied Dietrich-Kurt Frowein sieht Chancen für einen Zinsrückgang, wenn auch in den USA die Zinsen sinken und wenn eine ständige Aufwertungserwartung wachgehalten wird. Die jüngste Aktienschwäche sei nur eine technische Konsolidierungspause; es bestünden weiter gute Chancen für einen Kursanstieg.

US-Banken im Gerede

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Auf den ersten Blick fällt es schwer, einen Zusammenhang zwischen der jüngsten Aufregung an den Devisenmärkten und der lokal begrenzten und rasch wieder behobenen Sparkassenkrise im US-Bundesstaat Ohio herzustellen. Von der Logik her waren für den Rutsch des Dollars seine Überbewertung, die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in Amerika und der damit verbundene nach unten gerichtete Zinstrend weitaus wichtigere Auslöser. Der „Run" traf immerhin nur 71 Mini-Institute, deren Pech es war, sich aus Kosten- und Kontrollgründen auf eine unzureichende private Einlagenversicherung verlassen zu haben.

Dennoch sind die Vorgänge in Ohio ein Aufmerksamkeit erforderndes Mosaik für die Beurteilung des amerikanischen Finanzsystems, zumal da sich Geschäftsbanken und Sparkassen heutzutage in ihrer Tätigkeit kaum noch unterscheiden. Nach Auskunft der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York waren Ausländer zwar nicht direkt betroffen. Die Schließung der Institute habe aber vielen Europäern deutlich das Risiko vor Augen geführt, „das immer mit Investitionen in fremde Währungen verbunden sein kann".

Verständlich ist die große Nervosität vor allem deshalb, weil Ohio ein Glied in einer inzwischen langen Kette von Bankpleiten darstellt. Noch tief sitzt der Schock, der im vergangenen Sommer die Teilverstaatlichung der Continental Illinois, Amerikas achtgrößte Bank mit Bundescharter, begleitete. Bereitstellen mußten die Aufsichtsbehörden 4,5 Milliarden Dollar. Die Financial Corp. of America in Los Angeles, die Nummer eins unter den US-Sparkassen, wird für 1984 einen Verlust zwischen 500 und 700 Millionen Dollar ausweisen, was etwa der Hälfte der Continental-Einbußen entspricht. Das Institut wird nicht untergehen; die roten Zahlen dokumentieren jedoch eine mangelhafte Überwachung – die Crux des US-Systems.

Neue Gerüchte ranken sich zudem um texanische Banken, die schon vor drei Jahren während der Rezession durch faule Energie- und Immobilienkredite geschüttelt wurden. Die weiter sinkenden Ölpreise verschlimmern die Lage auch namhafter Institute; vermutlich fortsetzen wird sich der damals begonnene Ausleseprozeß durch Aufkäufe. Wackelig steht die Crocker National in San Francisco da, an der die britische Midland Bank beteiligt ist. Letzte Umfragen zeigen, daß sich die Nettowinne der 200 größten US-Bankholdings im letzten Jahr um zwei Prozent verringert haben – nach einem Plus von acht Prozent 1983.

All dies und die immer wieder aufflackernde Schuldenkrise schaffen Unsicherheit. Verstärkt wird sie noch durch Washingtoner Statistiken, wonach die Zahl der Problembanken heute zweieinhalbmal so groß ist wie Ende 1982 und die Rekordhöhe von 900 erreicht hat. Davon sind 335 Agrarbanken, die infolge des Farmensterbens fallierten. Pleite gingen im vergangenen Jahr 79 Banken, nach offiziellen Schätzungen werden es 1985 mehr als 100 sein. In den letzten drei Jahren schlossen oder fusionierten in den USA 736 Sparkassen.

Für Europäer sind das kaum vorstellbare Größenordnungen. Aber in den Vereinigten Staaten gibt es eben 14 700 Geschäftsbanken, 4000 Sparkassen und 15 100 Kreditgenossenschaften. Die meisten stolpernden Institute sind klein und werden von größeren geschluckt, wie es jetzt auch in Ohio geschieht. Viel irritierender ist es, daß so renommierte Adressen wie die Bank of America, die Texas Commerce Bankshares Inc., die Bank of Boston, die Chemical Bank und die First City Bank of Texas im Ruch stehen, dubiose Kreditgeschäfte zu betreiben oder schmutziges Geld zu „waschen". Auch hier versagte die Aufsicht.

Kein Zweifel, im US-Bankwesen geht es drunter und drüber. Die vor sieben Jahren begonnene Entbürokratisierung hat ein Chaos erzeugt; seit der Aufhebung der Zinslimite 1980 scheuen Banken und Kreditnehmer kaum ein Risiko. Aus soliden Geldverwaltern sind scharfe Konkurrenten geworden. Als Ordnungsfaktor hat der Zins an Bedeutung verloren; disziplinierend wirkt nur noch die Angst vor dem Konkurs. Trotzdem kann von einer breiten, echten Vertrauenskrise keine Rede sein. Jeder weiß, daß Washington jede Bankenkrise jederzeit – wie im März 1933 – stoppen kann.

AUF EIN WORT



„Da wir die Bevölkerungsdichte nicht willkürlich vermindern können und es mir höchst zweifelhaft erscheint, ob ein nennenswerter Anteil unserer Mitbürger bereit ist, auf einen hohen Lebensstandard zu verzichten, ist nun wieder die Technik aufgerufen, den Schaden so klein wie möglich zu halten."

Dr. Bernhard Plettner, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens AG, München. FOTO: JUPP DARCHINGER

Volcker warnt vor Importrestriktionen

VWD, Dallas

Der erhebliche Anstieg des US-Handelsbilanzdefizits schade zwar der Wirtschaft insgesamt, doch würde der Versuch, den Fehlbetrag durch Importrestriktionen abzubauen, nur die Industrie des Landes beeinträchtigen. Diese Warnung sprach der Chairman des Federal Reserve Board, Paul Volcker, aus. Er verwies darauf, daß neue Restriktionen den Zufluß von Auslandskapital bremsen und damit dem Wohnungsbau und anderen Bereichen schaden würden, die davon abhängig seien, daß ausländisches Kapital zur Zinsdämpfung beiträgt. Restriktionen würden lediglich „die Problembereiche von einem Sektor der Wirtschaft in andere verlagern", fügte er hinzu.

RWI-KONJUNKTURPROGNOSE

Europas Wirtschaft bleibt auf flachem Wachstumspfad

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In den letzten Monaten habe der Welthandel nicht weiter an Schwung verloren, zumal die Staatshandelsländer ihre Nachfrage verstärkt steigerten und die Opec-Länder dank besserer Öleinnahmen ihre Importe nicht weiter einschränkten, zum Teil sogar wieder erhöhten. Auf solcher Basis sieht das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, die Wirtschaft in den Industrieländern der freien Welt 1985 weiterhin auf dem „flachen Wachstumspfad", auf den sie im letzten Jahr einschwenkte.

Plusraten von vier bis fünf Prozent nimmt die neue RWI-Konjunkturprognose für den Welthandel an, von 3,5 (nach 6,9) Prozent für das Sozialprodukt der USA, von 4,5 (nach 5,8) Prozent für das in Japan. Im Durchschnitt der europäischen Länder hingegen werde das Plus nur bei zwei (nach 2,5) Prozent liegen. Dies bei „etwas verstärkter" Zunahme des privaten Verbrauchs von Ausfuhr und Investitionen.

In den meisten Ländern Europas, resümiert das RWI, werde ein „eigenständiger" Konjunkturantrieb weiterhin fehlen. Dies vor allem, weil die jeweiligen „inländischen Rahmenbedingungen" noch immer nicht attraktiv genug sind. Hartnäckig wiederholt das Institut dazu auch seinen kritischen Befund, daß anders als in den USA und Japan „Löhne auch dann noch weiter erhöht werden, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind". Derzeit liege das tarifliche Lohnplus in Europa noch bei sieben Prozent, in den USA und in Japan aber nur bei 3,5 bis vier Prozent.

EG-AGRARPREISE

Positionen im Ministerrat gehen noch weit auseinander

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit nach wie vor stark divergierenden Vorstellungen sind die Landwirtschaftsminister der EG gestern in die zweite Runde ihrer Agrarpreisverhandlungen gegangen. Trotzdem wollte der italienische Ratspräsident Felippo Pandolfi versuchen, in Luxemburg ein erstes globales Kompromißpaket zu schnüren.

Pandolfi, der zuvor mit dem Brüsseler Agrarkommissar Frans Andriessen zusammengekommen war, kennt die Interessenlage der einzelnen EG-Länder recht genau. Im „Beichtstuhlverfahren" hatte er bereits in der ersten Gesprächsrunde alle Delegationen einzeln nach ihren unverzichtbaren Forderungen befragt.

Als schwierigster Partner erwies sich dabei Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er der von der Kommission vorgeschlagenen Senkung der Getreidepreise um 3,6 Prozent nicht zustimmen wird.

Ein Verzicht auf die Preissenkung würde jedoch nicht nur das politische Gleichgewicht der Kommissionsvorschläge stören und anderen EG-Ländern erschweren, Opfer zu Lasten ihrer Bauern auf sich zu nehmen. Vor allem würde er neue Zweifel an der Bereitschaft wecken, die kostspielige Agrarpolitik zu reformieren und zugleich den Handelspartnern der EG ein deutliches Signal zu geben.

Für Kiechle ist es erträglicher, die Entscheidungen über die Agrarpreise hinauszuzögern, als den deutschen Landwirten Einkommenseinbußen zuzumuten. Schon deshalb wurde gestern noch nicht mit Ergebnissen gerechnet. Die Agrarminister haben das Wirtschaftsjahr für Milch und Rindfleisch bereits in der vergangenen Woche bis zum 15. April verlängert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Teileinigung zwischen der EG und Kanada

Brüssel (VWD) – Kanada und die Europäische Gemeinschaft haben sich auf Kompensationen geeinigt, die die EG für die Kanadischen Schuhimportbeschränkungen erhalten soll. Dagegen beabsichtigt die EG weiterhin, auf die Kanadischen Importbeschränkungen bei Rindfleisch, die in diesem Jahr in Kraft getreten sind, mit Vergeltungsmaßnahmen zu reagieren. Diese Maßnahmen sehen höhere Zölle für eine Reihe landwirtschaftlicher Produkte aus kanada vor. Als Entschädigung für die Anwendung der Schuheinfuhr-Quoten 1985 wird Kanada die Zölle für einige Produkte aus der EG senken.

Bund senkt Zinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Bund hat die Rendite der 7,25prozentigen Bundesobligationen der Serie 53 auf 7,20 Prozent gesenkt. Wie die Deutsche Bundesbank gestern mitteilte, wurde der Verkaufssatz von 99,50 auf 100,20 Prozent erhöht. Die Konditionen gelten ab heute. Bisher betrug die Rendite dieser Bundesobligationen, deren Laufzeit bis 1990 geht, 7,37 Prozent.

Höhere Importe

Washington (VWD) – Die Importe der Industrienationen sind 1984 kräftig gestiegen, geht aus einem Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor. In Dollar gerechnet habe es bei den meisten Industrieländern auch eine „gesunde Expansion" in den Exporten gegeben. Gleichzeitig wies die durchschnittliche Teuerungsrate in den Industrieländern mit 4,8 Prozent die geringste Steigerung seit zwölf Jahren auf.

Produktion gestiegen

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat 1984 elektronische Waren im Wert von 16,8 Bill. Yen (rund 200 Mrd. DM) produziert, 31,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Nach einer gestern veröffentlichten Branchenstatistik war das die höchste Wachstumsrate seit acht Jahren. Die Exporte nahmen um 31,6 Prozent auf neun Bill. Yen zu. Allein die Lieferungen in die USA konnten um 60,7 Prozent gesteigert werden und erreichten einen Anteil von 45,5 Prozent an den Gesamtexporten.

Vorbehalte geäußert

Frankfurt (VWD) – Starke Vorbehalte äußert der Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften e.V. (BVI), Frankfurt, gegenüber dem soeben vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG). Der Entwurf erfülle schwerlich die Anforderungen, die im Rahmen der 2. Stufe der Vermögensbildung an außerbetriebliche Anlageformen zu stellen sind, schreibt der Verband. Das Gesetz ist nach Überzeugung des BVI nicht das geeignete Instrument, breite Bevölkerungskreise am Produktivkapital der Wirtschaft zu beteiligen. Es widerspreche der Natur der Aktie, langfristig zum Beispiel im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes festgelegt zu werden.

Teurere Autos

Paris (J.Sch.) – Die französische Automobilindustrie erwartet noch bis zum Sommer die Freigabe ihrer behördlich reglementierten Inlandspreise. Entsprechende Andeutungen von Industrieministerin Edith Cresson werden als überfällige Entscheidung begrüßt. Wie verlautet, will die Regierung die Preise aber eher für die Kleinwagen als für die schweren Wagen liberalisieren, um den Lebenshaltungskostenindex nicht zu sehr zu belasten. Eine völlige Freigabe würde unter den gegenwärtigen Marktverhältnissen Preiserhöhungen um etwa drei Prozent zulassen, heißt es.

Neue Kohlekraftwerke

Frankfurt (dpa/VWD) – Zehn neue Steinkohlekraftwerke mit einer Brutto-Leistung von insgesamt 3 900 Megawatt werden noch in diesem Jahr, vier weitere bis spätestens 1988 an das Netz der öffentlichen Stromversorgung gehen, teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt mit. Der Investitionsaufwand beträgt insgesamt elf Mrd. DM.

GROSSBRITANNIEN / Umfrage bei Unternehmern

Vertrauen in die Konjunktur

WILHELM FURLER, London

Die britische Wirtschaft kann mit einem „Boom-Jahr 1985" rechnen. Das Wachstum wird bei vier Prozent liegen und damit so stark sein wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr. Diese optimistische Prognose ist jetzt vom britischen Industrieverband CBI nach der jüngsten Umfrage bei 1780 Mitgliedsunternehmen gestellt worden. Die Antworten aus der verarbeitenden Industrie wurden nach der Vorlage des Regierungs-Budgets durch Schatzkanzler Lawson vor genau zwei Wochen abgegeben und zeigen das stärkste Vertrauen in die konjunkturelle Entwicklung seit dem Beginn der letzten schweren Rezession im Jahre 1979.

Insbesondere die Exportaussichten werden von den Firmenchefs als sehr ermutigend eingestuft. Zum ersten Mal seit 1977 erklärte die Mehrheit der Unternehmen, daß die Exportaufträge über dem Normalniveau liegen. Und auch die allgemeine Auftragslage hat sich gerade in den letzten Monaten rapide verbessert.

Während noch bei der Umfrage im Januar die Zahl der Unternehmen, die mit der Auftragslage nicht zufrieden waren, um 17 Prozent überwog, ist die Differenz im Februar auf neun Prozent geschrumpft. Die jetzt vorgelegten Umfrageergebnisse zeigen, daß die Zahl der mit der Auftragslage unzufriedenen Unternehmen nur noch um magere sechs Prozent über der Zahl derjenigen Firmen liegt, die ihre Gesamtauftragslage besser als normal bezeichnen.

Bezüglich der Produktionsaussichten für die kommenden vier Monate erwartet eine Mehrheit von 28 Prozent der Befragten eine Verbeserung. Im Januar war es eine Mehrheit von nur 19 Prozent. Auch an der Preisfront deuten die Umfrageergebnisse auf eine Verbesserung hin.

Die Unternehmerbefragung, die als zuverlässigstes Konjunkturbarometer in Großbritannien gilt, hat den CBI bewogen, nicht nur die Wachstumsschätzung von zwischen drei und 3,5 auf vier Prozent nach oben zu korrigieren, sondern auch das Exportwachstum auf 7,5 Prozent zu schätzen. Für 1986 rechnet der Industrieverband mit einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 2,5 Prozent.

AUSSENHANDEL / Bezüge aus Fernost stiegen im vergangenen Jahr um 20 Prozent

Ostasien bleibt ein Wachstumsmarkt

J. BRECH, Hamburg

Mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten hat der deutsche Ostasienhandel auch 1984 viel Dynamik bewiesen. Vom Ostasiatischen Verein in Hamburg wird das Geschäft sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite als lebhaft und schwungvoll bezeichnet. Die deutsche Ostasienwirtschaft habe ihre Chancen in dieser Region keinesfalls „verschlafen". Nach Angaben des Vereins lag das Außenhandelsvolumen mit 65,5 Mrd. DM um 19 Prozent über dem des Vorjahres; der Anteil des Ostasienhandels an dem gesamten deutschen Außenhandel erhöhte sich von 6,7 auf 9,1 Prozent.

Die stärksten Impulse gingen von den Einfuhren aus. Die Bezüge aus Fernost stiegen um fast 20 Prozent auf 39,4 Mrd. DM und machen jetzt 9,1 Prozent aller deutschen Importe aus. Der Zuwachs beim Export betrug 18 Prozent. Der Ausfuhrwert von 26,1 Mrd. DM entspricht einem Anteil von 5,4 Prozent an der deutschen Gesamtausfuhr.

Als Lieferland festigte Japan die dominierende Position. Die japanische Industrie steigerte die Exporte nach Deutschland um 24 Prozent auf 18,7 Mrd. DM, wobei elektrotechnische Geräte, Kraftfahrzeuge, Büromaschinen sowie feinmechanische und optische Geräte an der Spitze der ausgeführten Güter standen. Es zeige sich zunehmend, so betont der Verein, daß aus den industrialisierten Ländern Ostasiens nicht nur Konsumgüter des täglichen Bedarfs, sondern auch langlebigere Konsumwaren und Investitionsgüter kämen.

Während Malaysia mit 37,7 Prozent, die Volksrepublik China mit 23,3 Prozent und Indonesien mit 18,3 Prozent hohe Wachstumsraten erzielten, blieb Hongkong als zweitgrößter Lieferant mit plus 11,1 Prozent unter dem Durchschnitt. Hongkonger Ware, so der Länderverein, habe in letzter Zeit an Preisvorteilen eingebüßt, da auf veralteten Maschinen produziert werde. Ganz neue Möglichkeiten eröffneten jedoch Überlegungen und Versuche, in der Bekleidungsindustrie menschliche Arbeitskräfte durch Roboter zu ersetzen.

Zur deutschen Exportentwicklung nach Fernost erklärt der Verein, daß die deutsche Wirtschaft die Wachstumschancen der Region erkannt und sich darauf eingestellt habe. Als unvernünftig bezeichnet es der Verein allerdings, daß unerfahrene deutsche Unternehmer von interessierter Seite ohne erfahrene Unterstützung in die Märkte geschickt würden. Die Gefahr, viel Lehrgeld zu bezahlen, sei groß. Der Verein plädiert für mehr Kooperation zwischen den Industrie-Unternehmen, die nach Fernost wollten, und den deutschen Handelshäusern, die seit vielen Jahren in der Region arbeiteten. Der Ostasiatische Verein selbst sei bereit, bei der Zusammenführung von Partnern behilflich zu sein.

Auch als Exportmarkt blieb die Bedeutung Japans überragend. Die Erfolge der deutschen Wirtschaft auf diesem Markt schlagen sich in einem Plus von 23,5 Prozent auf 6,9 Mrd. DM nieder. Mit einem Plus von 23,8 Prozent auf 2,6 Mrd. DM bestätigte Indien seine Bedeutung als Exportmarkt. Die neue Regierung in Delhi, so heißt es, habe offensichtlich großes Interesse an einer Verstärkung des deutschen Engagements.

STAHLINDUSTRIE / Beschleunigter Personalabbau

Paris forciert Sanierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der von der französischen Regierung vor genau einem Jahr geschlossene (vierte) Stahlsanierungsplan soll schneller als vorgesehen durchgeführt werden. Paris will damit den jüngsten EG-Beschlüssen über die Stahlsubventionen Rechnung tragen. Obwohl diese jetzt teilweise bis Ende 1986 (statt Ende 1985) gewährt werden dürfen, bleibt der Aufschub doch hinter den Erwartungen Frankreichs zurück.

Die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts der beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor, die ursprünglich erst für 1986 angestrebt worden war, bezeichnete jetzt Industrieministerin Edith Cresson als „erste Priorität". Dazu heißt es in ihrem Ministerium, daß der Flachstahlbereich bereits in diesem Jahr aus den roten Zahlen gebracht werden muß und daß im nächsten Jahr nur noch bestimmte Langprodukte begrenzte Defizite aufweisen dürften.

Um diese Ziele zu erreichen, soll der Belegschaftsabbau beschleunigt werden. Allein 1985 ist die Aufgabe von 11 000 Arbeitsplätzen vorgesehen. Im letzten Jahr war die Belegschaft der französischen Stahlindustrie um 5000 auf 85 000 Personen reduziert worden. Bis 1987 sollten es dem Stahlplan zufolge 20 000 sein.

Der Gesundschrumpfungsprozeß der französischen Stahlindustrie würde damit in diesem Jahr einen neuen Höhepunkt erreichen. Andererseits will die Regierung dieser Industrie zusätzliche Mittel zur Finanzierung ihrer Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen verfügbar machen. Außer den staatlichen Kapitaldotationen von 5,75 Milliarden Franc sollen sich Sacilor und Usinor in diesem Jahr durch die Eigenmitteln gleichgestellten Beteiligungsdarlehen zusammen vier Milliarden Franc beschaffen.

Immerhin aber erreichten die Betriebsverluste der beiden Konzerne im letzten Jahr nach vorläufigen Angaben nicht weniger als 8,5 Mrd. Franc gegenüber 11 Mrd. Franc 1983. Trotz dieser relativen Verbesserung der Ertragslage ist also die Rentabilität der französischen Eisen- und Stahlindustrie noch nicht abzusehen.

BULGARIEN / Mehr Freiraum für Landwirtschaft

Förderung der Privatbauern

THOMAS BREY, Sofia

Bulgarien, das in der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Großexporteur von Nahrungsmitteln aufgestiegen ist, will die Erträge der Landwirtschaft mit weiteren Reformen steigern.

Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern hat Bulgarien durch Systemänderungen in den 70er und vor allem Anfang der 80er Jahre die Versorgung seiner Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln gesichert. Zunächst wurden die staatlichen Unternehmen in 281 sogenannten „Agrar-Industrie-Komplexe" mit Ackerflächen bis zu 4000 Hektar zusammengefaßt. Damit wurde der Einsatz großtechnischer Geräte ermöglicht.

Daneben erhielten die Großbetriebe seit 1980 einen deutlich größeren Spielraum zum selbständigen Wirtschaften. Seitdem schreibt der Staat nicht mehr alle Planziffern bis zum letzten Setzling vor, sondern begnügt sich mit wenigen Zielvorgaben. Auch die Löhne werden nicht mehr durch den Plan zentral festgesetzt. Sie richten sich – bei staatlich garantiertem Mindesteinkommen – nach dem Gewinn des landwirtschaftlichen Betriebes.

Nachhaltiger noch als die Neuorganisation der Staatsbetriebe war für den Erfolg der bulgarischen Landwirtschaft die Verteilung kleiner Landparzellen (meist 0,5 Hektar) an 500 000 Haushalte zur privaten Bewirtschaftung. Das Land wird den Bürgern jedoch nur zur persönlichen Nutzung, nicht jedoch als Besitz übertragen.

Der Anteil der Privatbauern an der Versorgung der Bevölkerung steigt seit Jahren ständig. Heute liefern die Privaten 40 Prozent des Fleisches, ein Viertel aller Milch, mehr als die Hälfte aller Eier, 30 Prozent des Gemüses und 36 Prozent des Obstes.

Gemessen am Pro-Kopf-Ertrag ist Bulgarien zum Beispiel bei der Produktion von Tabak, Tomaten, Getreide und Äpfeln in der Spitzengruppe der weltweit zehn erfolgreichsten Länder zu finden. (dpa)

Japan privatisiert Telefongesellschaft

dpa/VWD, Tokio

Japans Telefon- und Telegrafensystem, ein Jahrhundert lang im Staatseigentum und als Regierungsmonopol organisiert, ist am Montag privatisiert worden. Die Nippon Telegraph and Telephone Public Corp. (NTT), Japans größtes Unternehmen mit 318 000 Beschäftigten, wurde in eine Gesellschaft privaten Rechts umgewandelt.

Die Regierung hält vorläufig weiter alle Anteile, will aber über die nächsten Jahre hinweg etwa zwei Drittel des Aktienkapitals an private Investoren verkaufen. Das Unternehmen, das bei einem Grundkapital von 780 Mrd. Yen (9,34 Mrd. DM) 1984 rund 384 Mrd. Yen Gewinn machte, gilt als aussichtsreiches Anlageobjekt. Vier japanische Industriegruppen bereiten sich bereits darauf vor, der NTT Konkurrenz zu machen.

Am gleichen Tag endete auch das 80 Jahre alte japanische Tabak-Monopol. Erstmals können jetzt ausländische Gesellschaften auf dem viertgrößten Markt für Tabakwaren konkurrieren.

FRANKREICH / Nur Banken garantieren die Kaufkraft

Maßvolle Tarifabschlüsse

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Löhne, die 1984 zum ersten Mal real zurückgegangen waren, sollen auch dieses Jahr nicht stärker als die Preise steigen. Davon gehen praktisch alle bisher unterzeichneten Tarifabkommen aus, die den größten Teil der Unternehmen betreffen. Sie sehen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 4,5 Prozent vor, was genau dem – optimistischen – Inflationsziel der Regierung entspricht.

Der Unternehmerverband CNPF lobt, daß in diesen Verträgen der unterschiedlichen Ertragslage der verschiedenen Wirtschaftszweige und den individuellen Leistungen der Arbeitnehmer stärker Rechnung getragen wurde. Im notleidenden Schiffbau beispielsweise liegen die Lohnerhöhungen unter vier Prozent. Maximal wurden fünf Prozent zugestanden.

Auch hat sich die Arbeitgeberseite mit Ausnahme der Banken auf keine Kaufkraftgarantien festgelegt. Für den Fall von Kaufkraftverlusten sind aber teilweise Überprüfungen zum Jahresende in Aussicht genommen. Die eigentliche Lohn-Preisindexierung war von der Regierung schon vor zwei Jahren verboten worden – mit Ausnahme des gesetzlichen Mindestlohns (SMIC).

Daß sich die Gewerkschaften mit ihren Forderungen so wenig durchsetzen konnten, liegt auch an der abnehmenden Streikbereitschaft der Arbeitnehmer als Folge vor allem der zunehmenden Arbeitslosigkeit. So gingen im Januar nur noch 59 000 Arbeitstage durch Streiks verloren, gegenüber 139 000 im Januar 1984. Noch 1982 lag der Monatsdurchschnitt bei 187 000, 1979 bei 164 000 und 1976 bei 338 000.

Allerdings verweigerten verschiedene Gewerkschaften, insbesondere die kommunistische CGT, ihre Unterschrift. Die Tarifverträge sind aber schon dann verbindlich, wenn mindestens zwei Gewerkschaften unterschreiben. Wo dies nicht der Fall ist, kommt es zu einseitigen Empfehlungen der Arbeitgeberverbände.

DINKELACKER / Trittbrettfahrer treiben Kurs

Ausschüttung wird erhöht

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der kräftige Kursanstieg der Dinkelacker-Aktie der letzten Zeit (sie notierte zuletzt um 1500 DM je 50-DM-Aktie) habe nichts mit ihrem inneren Wert zu tun. Diese Feststellung trifft Wolfgang Dinkelacker, Vorstandsmitglied der Dinkelacker Brauerei AG, Stuttgart, der im übrigen auf den sehr engen Markt für diese Aktie verweist. Die Familie hält gut 87 Prozent des 15 Mill. DM betragenden Aktienkapitals, der Rest ist breit gestreut. Über die Frage der Wirksamkeit des Poolvertrags gibt es allerdings innerhalb der Familie Auseinandersetzungen, die inzwischen vor den Gerichten ausgetragen werden. Da sei es denkbar, daß es spekulative Aktienaufkäufe durch „Trittbrettfahrer" gebe.

Die Brauerei, deren Konzernausstoß in der Größenordnung von 1,4 Mill. Hektoliter (genaue Zahlen werden nicht genannt) liegen dürfte, verbuchte im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) einen Konzernumsatz von 205 Mill. DM (minus 0,6 Prozent). Der Umsatz des Stammhauses nahm leicht um 1,8 Prozent auf 170 Mill. DM zu. Verbessert hat sich der Ausstoßanteil in Baden-Württemberg auf 12,5 (12,0) Prozent.

Zugenommen hat auch der Umsatz-Anteil des CD-Pils auf 30,0 (28,9) Prozent. Auch der Faßbieranteil hat sich – entgegen dem allgemeinen Trend – etwas auf 23,4 (23,0) Prozent erhöht. Über den Fachgroßhandel setzte Dinkelacker 48 (50) Prozent des Bieres ab, es folgen der Lebensmittelhandel mit 25 (23) Prozent, die Gastronomie mit unverändert 20 Prozent und Sonstige mit sieben Prozent. Die Exportquote lag bei 3,4 (3,5) Prozent.

In Sachanlagen investiert wurden 18,0 (13,3) Prozent und abgeschrieben 17,0 (10,4) Mill. DM. Die Ergebnisverbesserung schlägt sich auf dem auf 19,5 (17,6) Mill. DM gestiegenen Cash-flow nieder. Aus dem mit 5,3 (4,8) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß wird eine von 17 auf 19 Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet (Hauptversammlung am 6. Mai).

RIEDEL-DE-HAEN

Dividende um fünf Mark erhöht

VWD, Seelze

Die Riedel-de-Haën AG, Seelze, konnte 1984 sowohl Umsatz als auch Ertrag deutlich steigern. Wie das Unternehmen mitteilt, nahm der Umsatz um 17,1 Prozent auf 305,5 Mill. DM, fast ausschließlich aufgrund von Mengensteigerungen, zu. Im Inland sei ein Plus von 11 Prozent, im Ausland von 21,9 Prozent erreicht worden. Die Exportquote habe sich auf fast 58 (55,6) Prozent erhöht.

Strukturverbesserungen im Produktionsprogramm und Rationalisierungsmaßnahmen sowie die gute Auslastung der Kapazitäten haben zu einem spürbaren Produktivitätszuwachs geführt. Trotz der Teuerung bei den Rohstoffen und erhöhter Personalaufwendungen werde ein Jahresüberschuß von 5,3 (3,9) Mill. DM ausgewiesen.

Daraus wurden der freien Rücklage 2,66 Mill. DM zugewiesen. Der Hauptversammlung am 21. Mai wird die Ausschüttung einer auf 19 (14) DM je 100-DM-Aktie erhöhten Dividende vorgeschlagen. Den Angaben zufolge trugen alle Bereiche zu der günstigen Umsatz- und Ertragsentwicklung bei. Der Umsatz ist in den ersten Monaten 1985 um rund 5 Prozent gestiegen. Für 1985 werde mit einer Abschwächung des Wachstums gerechnet. Man erhoffe sich aber wieder ein befriedigendes Geschäft.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Detlef Altenbeck Dach- u. Fassadenbau GmbH; **Buxtehude:** NFB (Niederelbe-Fußbodenbau) Ges. mbH; **Essen:** Treuhaus Treuhandges. f. Hausbau- u. verwaltung mbH; **Hagen:** Nachl. d. Klaus Fritz Lehmann; **Itzehoe:** H. Weber K.-G.; Textor- Beteiligungs- u. Grundstücksges. mbH; Helmuth Weber, Kaufmann; **Köln:** Tapper Fensterfabrikations GmbH; Tapper Fensterfabrikations GmbH & Co. KG; **Mainz:** P T S Fahrzeug-Zubehör GmbH, Mainz-Gonsenheim; **Soest:** Heinz Fischer, Kaufmann; **Stuttgart:** Maschinenvermietungs Baustoffhandels- u. Bauges. Verwaltungs GmbH, Filderstadt; Ernst H. Maier u. Söhne KG, Wirk- u. Strickwarenfabrik, Sindelfingen; **Waldbröl:** Helmut Luttmann, Rennerod; **Wuppertal:** CC Computervertriebs GmbH.

Vergleich beantragt: Münster: Karl Räckers & Co. OHG; **Stuttgart:** 1) Interessenvereinigung Video, Videotheken Kooperations- u. Handelsges. mbH & Co. KG, Leonberg, 2) Fa. Interessenvereinigung Video Videotheken Kooperations- u. Handelsges. Verwaltungsges. mbH, Leonberg.

COMMERZBANK / Erstmals seit 1979 wieder auf Wachstumskurs – Gesamtergebnis ging um zehn Prozent zurück

Attraktive Genußscheine für die Aktionäre

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Commerzbank präsentiert für 1984 einen Abschluß ohne Überraschungen. Erstmals in den achtziger Jahren ist die Großbank Nummer drei wieder auf einen Expansionskurs eingeschwenkt, wie die Bilanzsummenausweitung zeigt, die allerdings wegen des höheren Dollarkurses um gut ein Drittel überzeichnet erscheint. Damit sei die Konsolidierungsphase abgeschlossen, sagte Vorstandsvorsitzender Walter Seipp. Das gilt auch für die 1984 fortgesetzte Umstrukturierung des Geschäfts auf beiden Seiten der Bilanz, die sich in den letzten fünf Jahren auf der Passivseite in einem Abbau der Bankengelder um rund zehn Mrd. DM von gut einem Drittel auf nur noch 18 Prozent der Bilanzsumme und einer Zunahme der Kundengelder um elf Mrd. DM spiegelt sowie auf der Aktivseite in einer Reduzierung des weniger einträglichen Kreditgeschäfts mit der öffentlichen Hand von 27,3 auf 19,5 Prozent der Kundenforderungen zugunsten des Privatkundengeschäfts. Eine nachhaltige Strukturverbesserung sieht Seipp vor allem darin, daß das Kreditportefeuille nicht mehr durch ein Ungleichgewicht der Zinsbindungen den Widrigkeiten einer möglichen Zinsexplosion ausgesetzt ist.

Im Geschäftsjahr 1984 hielt die Ertragsentwicklung freilich mit der Geschäftsexpansion – das Geschäftsvolumen wuchs im Jahresdurchschnitt um 3,3 Prozent – nicht Schritt. Das Gesamtergebnis blieb mit schätzungsweise 740 Mill. DM (vor Wertberichtigungen und Steuern) um knapp zehn Prozent hinter dem 83er Rekordergebnis zurück, womit die Rentabilitätsverschlechterung deutlicher ausfiel als bei den anderen großen Filialbanken.

Ausschlaggebend dafür war, daß die von 2,64 auf 2,61 Prozent gedrückte Zinsspanne die Hauptquelle des Ertrags, den Zinsüberschuß, nur um 1,9 Prozent auf 1,83 Mrd. DM wachsen ließ, während Personal-, Sach- und Steueraufwand stärker zunahmen, so daß das Teilbetriebsergebnis um 55 Mill. DM oder acht Prozent auf 635 Mill. DM zurückging, wobei der Sonderaufwand für die Vorruhestandsregelung von schätzungsweise 15 Mill. DM noch nicht berücksichtigt ist. Der Eigenhandel spielte wie im Vorjahr rund 130 Mill. DM ein.

Da die Bank unverändert 101 Mill. DM Dividende (sechs DM je 50-DM-Aktie) ausschüttet und die Rücklagendotierung von 50 auf 60 Mill. DM erhöht, blieb für die Risikovorsorge in der AG weniger übrig als im Vorjahr (460 Mill. DM), in dem außer dem Betriebsergebnis von 816 Mill. DM noch knapp 50 Mill. DM Sondererträge zur Verfügung gestanden hatten. Allerdings konnte die Commerzbank auf höhere a. o. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen zurückgreifen. Verzichtet hat die Bank auf eine Abschreibung auf die mit rund 140 Mill. DM zu Buche stehende neue dividendenlos gewordene und im Kurs gesunkene Beteiligung am Banco Hispano Americano in Madrid, einen Schönheitsfehler, den Seipp damit verteidigte, daß die Ertragskraft des aus politischen Gründen mit Problemen belasteten Instituts im laufenden Geschäft zufriedenstellend sei.

Im Konzern, dessen Gesamtbetriebsergebnis bei einer Bilanzsummensteigerung um 8,3 Prozent auf 123 Mrd. DM nur knapp den Vorjahresrekord von nahezu 1,2 Mrd. DM verfehlte, stand bei den gegenüber dem Vorjahr (gut 700 Mill. DM) ebenfalls reduzierten Wertberichtungen die Vorsorge für Länderrisiken noch mehr im Vordergrund als bei der AG. Die einem Transferrisiko unterliegenden Auslandsaktiva des Konzerns sind wegen des höheren Dollarkurses und 500 Mill. DM neuer Kredite an Umschuldungsländer auf gut 30 Mrd. DM etwas gestiegen, wovon 62,3 Prozent auf Industrieländer und internationale Organisationen entfallen.

Schon bald will die Commerzbank Genußscheine begeben, um bei dem von der KWG-Novelle geforderten Abbau der „Überbelegung" des Konzerneigenkapitals mit dem 22fachen auf das 20fache des anrechnungsfähigen Kreditgeschäfts bis Ende 1987 ein Stück voranzukommen. Die Verzinsung der Genußscheine soll sich sowohl an der Kapitalmarktrendite als auch an der Dividendenrendite der Commerzbankaktie orientieren und für die Anleger sehr attraktiv sein, versprach Seipp.

Das Geschäftswachstum der AG wurde 1984 vor allem vom Kreditgeschäft getragen, zu dessen Ausweitung die um fast 15 Prozent auf 12,7 Mrd. DM gestiegenen Privatkredite mehr als die Hälfte beisteuerten. In den ersten 85er Monaten hielt sich das Geschäftsvolumen knapp unter 75 Mrd. DM. Bei einer auf etwas unter 2,5 Prozent gsunkenen Zinsspanne ging das Teilbetriebsergebnis etwas zurück.

Commerzbank	1984	±%
Bilanzsumme (Mill. DM)	72 759	+ 8,8
Eigenkapital	2711	+ 5,2
in % d. Bilanzsumme	3,7	(3,9)
Gelder von Banken	13 379	- 13,6
Gelder von Kunden	48 312	+ 16,0
Eigene Schuldverschr.	4915	+ 16,6
Forderungen an Banken	16 143	+ 5,0
Festverzinsl. Papiere	6415	+ 1,3
Kundenkredite	43 635	+ 6,8
Teilbetriebsergebn.[1])	635	- 8,0
a.o. Ergebnis [2])	- 269	(- 364)
Gewinn v. EEV-Steuern	366	+ 12,3
EEV-Steuern	205	+ 17,3
Jahresüberschuß	161	+ 6,6

*) Zins- und Provisionsüberschuß abzügl. Personal- u. Sachaufwand sowie Normalabschreibungen auf Sachanlagen. [2]) Abschreibungen u. Wertberichtungen auf Kredite und Wertpapiere sowie sonstige Aufwendungen abzügl. Saldo aus sonstigen a.o. Erträgen (darunter Eigenhandelsgewinne u. aufgelöste Rückstellungen).

MUMMERT UNTERNEHMENSBERATUNG

Weiter kräftig gewachsen

JAN BRECH, Hamburg

Die in diesen Tagen seit 25 Jahren bestehende Mummert + Partner Unternehmensberatung GmbH, Hamburg, ist auch im vergangenen Jahr kräftig gewachsen. Wie der Vorsitzende der Partner, Werner Kruse, mitteilte, erhöhten sich die Umsätze um auch in der Beraterbranche nicht gerade alltägliche 30 Prozent auf 31 Mill. DM. Seit 1981 habe Mummert damit den Umsatz verdoppelt. Parallel zur Ausweitung des Geschäftsvolumens, so Kruse, hätten sich auch die Erträge entwickelt. Konkrete Angaben zum Ergebnis macht Kruse nicht, nannte aber eine Umsatzrendite von mehr als 10 Prozent bei einem gut geführten Beratungsunternehmen als durchaus üblich.

Die Gruppe, in der inzwischen insgesamt 18 Partner zusammengeschlossen sind, hat sich vor allem auf den Bereich EDV-Strategien konzentriert. Nach Angaben von Kruse sind auch Großunternehmen nicht mehr in der Lage, den schnellen technologischen Wandel allein zu bewältigen. Das Mummert-Geschäft bestimmten zunehmend Großaufträge mit strategischen langfristigen Aufgabenstellungen vorwiegend aus Dienstleistungsunternehmen.

Dem damit in Zusammenhang stehenden steigenden Bedarf an Personalentwicklung hat Mummert mit der Neugründung der Mummert + Partner Führungs- und Verhaltenstraining GmbH Rechnung getragen, die die bereits etablierten Personalberatungsgesellschaften Mummert + Partner sowie Meyer Mark ergänzt. Als geschäftsführender Mitgesellschafter hat Wolfgang Saaman ein von ihm gegründetes Beratungsinstitut mit eingebracht. Für dieses Jahr erwartet Kruse einen Umsatz von 37 bis 39 Mill. DM. Die Firma mit rund 150 Mitarbeitern sei mit Aufträgen ausgebucht.

KHD / Landmaschinensparte von Allis gekauft

Neuer Anlauf im US-Geschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Am 2. Mai soll der Aufsichtsrat der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, über den Plan beschließen, durch Zukauf das derzeit bei 1,2 Mrd. DM Jahresumsatz liegende Landtechnik-Geschäft auf einen Schlag mehr als zu verdoppeln. Mit dieser Terminangabe bestätigt KHD, daß zwischen ihrer Tochter Deutz Corp., Atlanta/USA, und dem kranken US-Konzern Allis-Chalmers eine „grundsätzliche Übereinkunft" getroffen wurde, für 100 Mill. Dollar dessen Landmaschinengeschäft nebst Finanzierungstochter zu übernehmen.

Bei Allis macht diese (wie bei allen US-Hestellern verlustreiche) Sparte etwa 40 Prozent des 1984er Umsatzes von 1,33 Mrd. Dollar aus. KHD gewönne mit diesem Erwerb landeseigene Produktionsstätten für Traktoren und große Mähdrescher, die bisher nicht zur KHD-Angebotspalette in den USA gehören sowie eine Vergrößerung seines US-Vertriebsnetzes auf 1400 (300) Vertragshändler.

Nach dem in den letzten Jahren mißglückten Versuch zum Aufbau eines großen US-Motorengeschäfts unternimmt KHD (1984er Gruppenumsatz 5,6 Mrd. DM mit Antrieben, Landtechnik und Industrieanlagen) mit dieser Kaufabsicht einen neuen Anlauf zum großen Einstieg in das Amerikageschäft. In der Landtechnik dürfte KHD damit vom bisher sechsten auf den dritten Platz in der Weltrangliste (nach John Deere und Tenneco Case/International Harvester) vorrücken. Finanzierungsprobleme kann der Erwerb schon deshalb nicht machen, weil KHD aus dem 1980 vollzogenen Verkauf seines Iveco-Anteils an Fiat nebst Zinsen inzwischen fast eine Mrd. DM bei dem in Holland sitzenden „Sparschwein" angesammelt haben dürfte.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Süd-Chemie erhöht

München (sz.) – Eine auf 12,50 (10,50) DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie will der Vorstand der Süd-Chemie AG, München, für 1984 ausschütten. Eine Erhöhung des Grundkapitals von rund 30,4 Mill. DM sei nicht geplant. Spekulationen darüber, so der Vorstand, „entbehren jeder Grundlage" und rechtfertigten ebensowenig wie der Entwicklungsstand bei Autoabgas-Katalysatoren den derzeitigen „überhöhten" Kurs der Süd-Chemie-Aktie von zuletzt 620 DM. Das Unternehmen erzielte 1984 ein Umsatzplus von 11,5 Prozent auf etwa 323 Mill. DM.

Auflage erfüllt

Nürnberg (Wb.) – Die Grundig AG, Fürth, hat den inländischen Diktiergeräte-Vertrieb in eine rechtlich selbständige Gesellschaft, die GDS Diktier-Syseme Vertrieb GmbH eingebracht und aus dem Firmenverbund ausgegliedert. Die GDS wurde von der ITCO International Business Consult GmbH, Fürth, übernommen, einem Beratungsunternehmen im Besitz des früheren Triumph-Adler-Vorstandschefs Gerd E. Weers und seiner Frau Ellen. Minderheitsgesellschafter wurde die Colonia Versicherungs AG, Köln. Mit der Ausgliederung hat Grundig eine Kartellamts-Auflage im Zusammenhang mit dem Einstieg des Philips-Konzerns erfüllt.

Zehn Prozent Dividende

Bremen (VWD) – Die Verwaltung der Bankverein Bremen AG, Bremen, schlägt der Hauptversammlung am 9. Mai die Zahlung einer Dividende von 10 Prozent vor. Auf 8,5 Mill. DM von 9,5 Mill. DM Grundkapital werden 5 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet, auf 1 Mill. DM aus der Kapitalerhöhung (dividendenberechtigt ab 1. Mai 1984) 3,33 DM je Aktie.

Kone kauft Bauer

Helsinki (dpa/VWD) – Der finnische Maschinenbaukonzern Kone OY, Helsinki, hat die deutsche Firma Gotthilf Bauer Aufzugfabrik GmbH, Augsburg, übernommen. Bauer hat in der Bundesrepublik und bei einer schwedischen Tochtergesellschaft etwa 650 Beschäftigte und erzielte 1984 einen Umsatz von rund 85 Mill. DM.

EDV-Kooperation

Düsseldorf (Py.) – Die Projekta Software-Organisation GmbH, Köln, eine Tochter der Beratungs-Unternehmensgruppe Schumann und die D & B Computing Services, eine Tochtergesellschaft der Dun & Bradstreet Corp., New York, kooperieren auf dem deutschen Markt im Bereich breit anwendbarer Systemsoftware. Schumann ist seit 1981 auf dem Markt und setzt mit 250 Mitarbeitern 36 (27) Mill. DM um. D & B hat sich seit 1841 zum größten Anbieter von Wirtschaftsinformationen mit einem Jahresumsatz von 2,5 Mrd. US-Dollar entwickelt. Auf dem deutschen Markt hat D & B unlängst Schimmelpfeng und A. C. Nielsen Comp. gekauft.

Zementabsatz gesunken

Heidelberg (dpa/VWD) – Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, ist 1984 von den Schwierigkeiten der Baubranche nicht verschont geblieben. Nach einem Zwischenbericht ist der Zementabsatz um 5,1 Prozent auf 5,81 Mill. Tonnen gesunken. Der Verkauf von Sonderbaustoffen sei um 11,4 Prozent auf über 2 Mill. Tonnen gestiegen. Der Gesamtumsatz habe sich daher nur um 2 Prozent auf 848 Mill. DM verringert (Hauptversammlung am 18. Juli).

NAMEN

Dr. Alice Wrede, Gesellschafterin und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Friedrich Merk-Telefonbau GmbH, München, feiert am 3. April den 70. Geburtstag.

Gunter Klatt, langjähriger Prokurist der HPC Hamburg Port Consulting GmbH, wurde zum Geschäftsführer bestellt. Er löst **Peter Dietrich** ab, der seit 1. Januar 1985 ordentliches Vorstandsmitglied der HHLA ist. Dietrich wechselt zum gleichen Zeitpunkt in den HPC-Aufsichtsrat.

Dr. Heinz M. Drink (43), langjähriger Geschäftsbereichsleiter der Roland Berger & Partner Gruppe, München, wurde mit Wirkung zum 1. März 1985 zum weiteren Geschäftsführer der UBM, Unternehmensberatung München GmbH, bestellt.

Klaus-Werner Schubert, langjähriger geschäftsführender Direktor der Voest Alpine AG, Niederlassung Düsseldorf, wird heute 65 Jahre.

Frank Wössner (44), Vorstandsmitglied der R+V Versicherung, Wiesbaden, scheidet im Laufe dieses Jahres auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen aus.

Hans Winkler, Geschäftsleitung der Stettner & Co., Lauf, feiert am 3. April das 40jährige Firmenjubiläum.

DETHLEFFSEN / Gies an schwedische Gruppe verkauft

Kerzen sind ausgebrannt

J. BRECH, Hamburg

Das Flensburger Spirituosenhaus Herm. G. Dethleffsen hat, wie erst jetzt bekannt wird, sein Engagement bei Kerzen zum 1. März dieses Jahres an die schwedische Gruppe Skan Gripen verkauft. Gründe für die Trennung von dem erst vor vier Jahren aufgebauten Bereich werden nicht genannt. Dethleffsen ist es auf dem stagnierenden und mit Billigprodukten durchsetzten Markt aber offenbar nicht gelungen, Wachskerzen als Markenartikel zu profilieren. Die finanziellen Belastungen aus diesem Engagement, das, wie in Flensburg erklärt wird, „nicht billig" gewesen sei, will das Spirituosenhaus nicht mehr tragen.

Die Sparte Wachskerzen, die vom Vorstandsmitglied Werner Barth noch vor anderthalb Jahren als wichtiger Pfeiler in der Dethleffsen-Gruppe bezeichnet worden ist, gruppiert sich um die Fuldaer Firma Adam Gies GmbH & Co. Hier hat Dethleffsen die Firmen Gies Fulda und Gies Glinde bei Hamburg, das Kerzenprogramm der Firma Hirtler und den Namen Oestergaard sowie die Aktivitäten der dänischen Kerzenfabrik Asp-Holmblad zusammengefaßt. Für die Gies-Gruppe hatte Dethleffsen zuletzt einen Umsatz von 60 Mill. DM und eine Beschäftigtenzahl von 375 Mitarbeitern genannt. Mit 25 Prozent Anteil ist Gies am deutschen Kerzenmarkt führend.

Den Einstieg ins Kerzengeschäft machte Dethleffsen 1981 durch die Übernahme der konkursreifen Firma Gies Glinde. 1983 kam Gies Fulda dazu. Der Aufkäufer von Gies ist am deutschen Kerzen-Markt bereits seit längerer Zeit vertreten.

Dethleffsen hatte in Mitte der siebziger Jahre begonnen, um das dominierende Spirituosengeschäft („Bommerlunder") eine Gruppe von Spezialfirmen aufzubauen. Nach dem Verkauf von Gies gehört jetzt noch die Queisser GmbH & Co KG, Essen dazu, die Zahnpflegemittel und Tonika (Doppelherz) herstellt. Der Gruppenumsatz hatte 1984 einschließlich Gies rund 220 Mill. DM erreicht.

BREMER LANDESBANK / Erfolgreich im Auslands- und Wertpapiergeschäft

Knappe Marge im Kommunalkredit

W. WESSENDORF, Bremen

Das größte Kreditinstitut des nordwestdeutschen Küstenraumes, die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg, festigte seine Position. Wie der Vorsitzende des Vorstandes, Gebhard Dirksen, darlegte, erhöhte sich das Geschäftsvolumen 1984 überdurchschnittlich um 8,1 Prozent auf 24,7 Mrd. DM.

Das Auslands- und Wertpapiergeschäft habe „erfreulich" zugelegt. Deshalb stiegen einerseits die Provisionserträge, andererseits nahm der Zinsüberschuß nur um 1 Prozent auf 204 Mill. DM zu. Dies sei vor allem auf die größere Bedeutung des Kommunalkreditgeschäftes zurückzuführen, bei dem die Margen geringer sind.

Nach einer weiteren hohen Risikovorsorge für das Kreditgeschäft beträgt der Jahresüberschuß der Bank einschließlich Bausparkasse 23,1 (22,6) Mill. DM. Von diesem Überschuß werden 13 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und 10,1 Mill. DM als fünfprozentige Dividende – wie in den Vorjahren – ausgeschüttet. Die haftenden Eigenmittel betragen danach 512,5 Mill. DM. Das Kapital wird am 1. Juli 1985 um weitere 50 Mill. DM aufgestockt. Das ordentliche Ergebnis betrug 148 (144) Mill. DM.

„Die Bremer Landesbank hält sich weiter an ihr Konzept, nachdem sie sich als selbständige Küstenbank versteht", sagte Dirksen. Das werde an ihrem Engagement in London deutlich. Dort wurde im Dezember eine Repräsentanz eröffnet. Damit sollen die Möglichkeiten des Euromarktes erschlossen werden.

Positiv ausgewirkt habe sich auch die Gebiets- und Aufgabenabgrenzung zwischen NordLB und Bremer Landesbank, die letzterer eine Erweiterung ihres Geschäftsgebietes um die Region zwischen Weser und Elbe gebracht habe. Mit dem erweiterten Geschäftsgebiet nimmt die Bremer Landesbank jetzt die Sparkassenzentralbankfunktion für 18 Sparkassen zwischen Elbe und Ems wahr.

Das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft wuchs. Es nahm um 941 Mill. DM oder 6 Prozent auf 17 Mrd. DM zu. Laut Vorstand erhöhten sich auch Kontokorrent- und Wechselkredite sowie mittelfristige Darlehen um 530 Mill. DM auf 3,3 Mrd. DM. Verhaltener entwickelte sich dagegen die Nachfrage nach langfristigen Krediten. Sie nahmen nur um 440 (909) Mill. DM auf 12 Mrd. DM zu. Diese Entwicklung gehe auf die Zurückhaltung der Privaten beim Wohnungsbau und der Unternehmer bei den Investitionen zurück.

Vorsichtig, aber optimistisch beurteilt der Vorstand die Entwicklung in Schiffahrt und Schiffbau – die Bank zählt zu dem kleinen Kreis der deutschen Schiffsfinanzierer und ist mit 25 Prozent an der Deutschen Schiffahrtsbank AG in Bremen beteiligt. Die Begrenzung der Verlustzuweisungen bei Schiffsneubauten auf Kommanditgesellschaftsbasis wirke sich für die Werften negativ aus. Der Gesamtbetrag der an Schiffahrt und Schiffbau herausgelegten Kredite erhöhte sich im Berichtsjahr um 74 Mill. DM auf 1,4 Mrd. DM.

VITA KAUF

Völlig neuer Geschäftstyp

hdt. **Bünde**

Als vollkommen neuen Geschäftstyp in der deutschen Handelslandschaft bezeichnet die vita kauf GmbH, neue Tochtergsellschaft der AVA allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, ihren ersten in Bünde eröffneten Natur-Discountmarkt. Das Sortiment von rund 3000 Artikeln konzentriert sich ausschließlich auf gesundheitsbezogene Produkte, deren Palette von Lebensmitteln über Naturkosmetik bis hin zu freiverkäuflichen Arzneimitteln reicht. Alle Artikel werden in Selbstbedienung angeboten.

Die Bezugsquellen liegen teils im Inland mit Süddeutschland als Schwerpunkt, teils jedoch im benachbarten Ausland, vor allem in Skandinavien. Weitere Märkte dieser Art sind für die nächste Zukunft geplant. Außerdem eröffnete die vita kauf GmbH inzwischen erste Brillenmärkte in SB-Warenhäusern ihrer Muttergesellschaft.

COLONIA BAUSPARKASSE / Absatzergebnis über dem Branchendurchschnitt

Zufrieden mit der Geschäftsentwicklung

S. SCHUCHART, **Düsseldorf**

Im vergangenen Jahr war die Colonia Bausparkasse AG, Dortmund, mit der Geschäftsentwicklung zufrieden. Das Institut, das nach eigenen Angaben an achter Stelle im Markt der 18 privaten Bausparkassen in der Bundesrepublik steht, erzielte 1984 beim *eingelösten Neugeschäft* mit einer Bausparsumme von 907 Mill. DM (plus 4,7 Prozent) und 30 057 Verträgen (plus 7,7 Prozent) eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Damit habe das Absatzergebnis auch über dem gesamten Branchendurchschnitt von plus 0,1 Prozent (private Bausparkassen: plus 2,4 Prozent, öffentliche Bausparkassen: minus 4,4 Prozent) gelegen, betonte Vorstandsvorsitzender Wolfgang D. Köckler.

Der Vertragsbestand der Gesellschaft erhöhte sich 1984 um 3,4 Prozent auf 8,5 Mrd. DM, wobei die Zahl der Verträge im Bestand um 1,8 Prozent auf über 270 000 zunahm. Die durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag von 30 184 DM wertete Köckler als Indiz des verstärkten Renovierungs- und Modernisierungsbedarfs, der in zunehmenden Vertragsabschlüssen zwischen 20 000 und 40 000 DM zum Ausdruck komme.

Als nicht ganz zufriedenstellend bezeichnete Köckler den um 0,4 Prozent auf 393,1 Mill. DM gestiegenen Geldeingang, wovon 203 Mill. DM (minus 5 Prozent) auf Spargeld und 182 Mill. DM (plus 7,9 Prozent) auf Tilgungsgelder entfielen. Mit Sorge betrachtet das Institut den weiteren Rückgang der Bausparprämien um über 10 Prozent, allerdings hat sich der Rückgang gegenüber dem Vorjahr, als sich die Einnahmen fast halbiert hatten, verlangsamt. Bei den Tilgungsrückständen deute sich inzwischen ein Erreichen der Obergrenze ab, sagte Köckler, obwohl die Zwangsversteigerungen 1984 mit 183 (137) Fällen und Ausfällen von 1,4 Mrd. DM (knapp 1 Mrd. DM) weiter zugenommen hätten.

*Trotz der gestiegenen Kündigungs*auszahlungen erhöhte sich der Bestand an Bauspareinlagen um 1,2 Prozent auf 1,03 Mrd. DM. Bauspardarlehen erzielten 881 Mill. DM (minus 0,8 Prozent). Ausgezahlt wurden 489,5 Mill. DM (plus 2 Prozent), davon 356,1 Mill. DM für zugeteilte Verträge und als Kündigungsauszahlungen und 133,4 Mill. DM als Vorausdarlehen und Zwischenkredite.

Zufrieden äußerte sich Köckler über das Jahresergebnis nach Steu*ern von 3,6 (3,1) Mill. DM. Es erlaube* erneut die Zahlung einer Dividende von 11 Prozent an die Aktionärsgesellschaften Colonia und Nordstern und eine angemessene Dotierung der freien Rücklagen.

Die positive Absatzentwicklung 1984 habe sich auch im laufenden Jahr fortgesetzt, erklärte Köckler. Allerdings lasse der hohe Zuwachs des Nettogeschäfts um 13 bis 14 Prozent in den ersten beiden Monaten keinen Rückschluß auf den gesamten Jah*resverlauf zu.*

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Knaup/Stange: Kommentar zur Baunutzungsverordnung, Werner-Verlag GmbH, Düsseldorf 1983, 432 S., 140 Mark.

Seit dem Erscheinen der letzten *Auflage im Jahr 1975 hat sich* einiges auf dem Gebiet des öffentlichen Baurechts getan, das auch für die Auslegung und Anwendung der Vorschriften der Baunutzungsverordnung von Bedeutung ist. So wurde der Kommentar völlig überarbeitet und erheblich erweitert.

P. Pütz/H. Willgerodt: Gleiches Recht für Beteiligungskapital. Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 141 S., 35 DM.

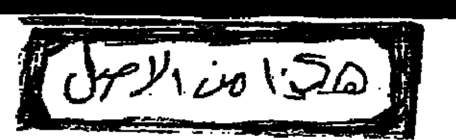
Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist zunehmend erstarrt. Jeder Versuch, ein Teilgebiet neu zu ordnen, stößt schnell an Grenzen, die von einem anderen Teilgebiet gezogen sind. Die „Schriften zur Ordnungspolitik", deren erster Band jetzt vorgelegt wurde, haben es sich zur Aufgabe gesetzt, neu über eine wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption nachzudenken. Der vorliegende Band fordert eine Verbesserung der Risikokapitalausstattung der deutschen Wirtschaft. Vorgeschlagen werden: gesellschaftsrechtliche Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität von Beteiligungstiteln, Abbau von Steuerlasten, Beseitigung von Sonderlasten, rechtsformneutrale Besteuerung *und die Wiederbelebung der Aktie.*

Felix/Streck: Körperschaftssteuergesetz, Verlag C. H. Beck, München, 1984, 624 S. (Ln.), 98 Mark.

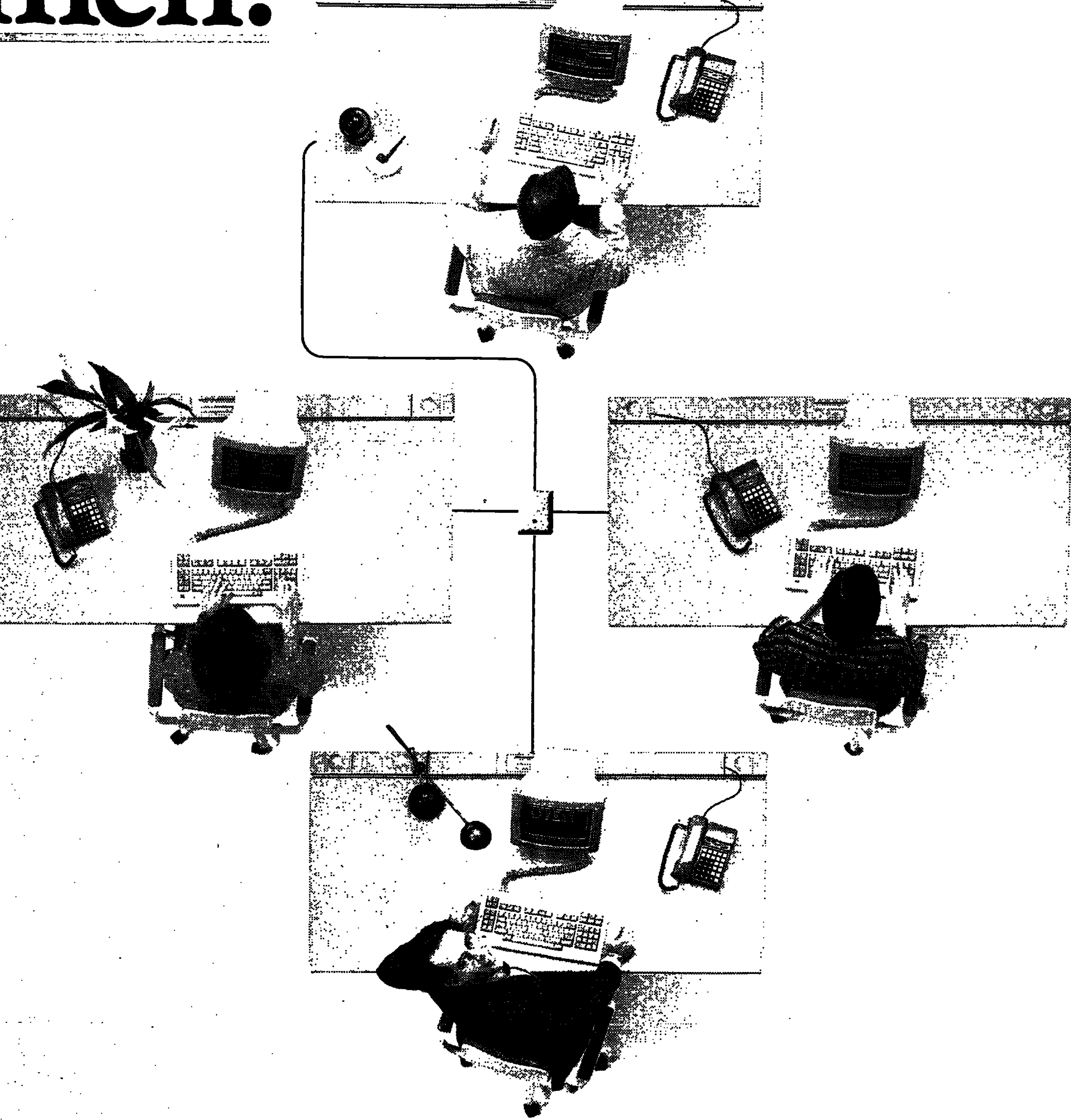
Die zweite, völlig neubearbeitete Auflage knüpft an die erfolgreiche Grundkonzeption des Werkes an. In gedrängter Form erläutern die Verfasser nahezu alle praktisch und theoretisch bedeutsamen Fragen des Körperschaftssteuerrechts. Die Änderungen durch das Steuerentla*stungsgesetz 1984 sind ebenso* in die Kommentierung mit eingearbeitet wie die umfangreiche Rechtsprechung und Literatur. Auch die Neuregelung der Parteispenden und die steuerliche Behandlung der Geldbu*ßen und Geldstrafen erläutern* die Verfasser.

Gerrit Langenfeld: Handbuch der Eheverträge und Scheidungsvereinbarungen, C. H. Beck Verlag, 1984, 259 S. (Ln.), 65 Mark.

Das Werk gliedert sich in acht große Kapitel. Grundlegendes zum Ehevertrag und zu Scheidungsvereinbarungen sind Gegenstand des ersten Kapitels. Es folgen Ausführungen zum ehelichen Zusammenleben, Güterrecht, zur Vermögensauseinandersetzung bei Beendigung des Güterstands und Scheidung, zu Versorgungsausgleich, nachehelichem Unterhalt und Kindesunterhalt sowie sonstigen Regelungsbereichen und Fallbeispiele zu Eheverträgen und Scheidungsvereinbarungen. Neben den Ausführungen, die Einblick geben in die Zusammenhänge zwischen Güterrecht und Scheidungsfolgen, enthält das Werk Formulierungsvorschläge und Hilfen zur Gestaltung von Eheverträgen und Scheidungsvereinbarungen.



Isy von TN. Neue Lösungen mit Mehrplatz-systemen.



Kommunikation und Datenverarbeitung in einem, das ist Isy von TN.

Das Text- und Datensystem im Leistungsbereich zwischen Personal-Computer und Großrechner bringt Computer-Leistung an jeden Arbeitsplatz. Für den Manager, die Sekretärin, den Sachbearbeiter, für alle.

Isy ist modular ausbaubar, vom Einplatz-Gerät bis zum System mit 128 Plätzen.

160 MB Speicherkapazität pro Arbeitsplatz lassen keine Wünsche offen.

Isy ist kommunikationsfreudig: Anschließbar an die ISDN-Kommunikationssysteme Integral und an alle wichtigen Datennetze und Großrechnersysteme. Und die Software? Wir bieten vielfältige Lösungen. Daneben können Sie alle gängigen Anwenderprogramme nutzen. Für den Fachmann: Das Multi-User-Betriebssystem TNOS unterstützt MS-DOS, CP/M-86 und TNIX, ein UNIX-Derivat.



TELENORMA
Datensysteme GmbH

eine gute Verbindung

Frankfurter Allee 6–8
6236 Eschborn
Telefon (06196) 709-0

Deutsche Bank

Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main
Wertpapier-Kenn-Nr. 804010

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Dienstag, dem 14. Mai 1985, 10.00 Uhr, im Großen Saal der Stadthalle Düsseldorf, Fischerstraße 20, Düsseldorf, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1984 mit dem Bericht des Aufsichtsrats

   Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1984

2. Verwendung des Bilanzgewinns

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn von 352.594.824 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 12 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu verwenden.

3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1984

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuverkehr AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1985 zu bestellen.

6. Wahl zum Aufsichtsrat

   Wir teilen mit, daß die Herren Dr. Hans Feith und Franz Heinrich Ulrich ihre Ämter als Mitglieder des Aufsichtsrats unserer Bank zum Zeitpunkt der Beendigung der Hauptversammlung wegen Erreichens der Altersgrenze zur Verfügung gestellt haben.

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, an ihrer Stelle

   Herrn Dr. Robert Ehret und
   Herrn Dr. Wilfried Guth, beide Frankfurt am Main,

   die mit Beendigung der Hauptversammlung aus dem Vorstand der Deutschen Bank ausscheiden, für den Rest der Amtszeit als Aktionärsvertreter in den Aufsichtsrat zu wählen.

   Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor, die bisherigen Ersatzmitglieder

   Herrn Dr. Hans Dieter Mosthaf, Stuttgart,
   Direktor der Robert Bosch GmbH, und

   Herrn Dr. Hans Fritsch, Düsseldorf,
   Generalbevollmächtigter der Mannesmann AG,

   in dieser Reihenfolge auch zu Ersatzmitgliedern für die Herren Dr. Robert Ehret und Dr. Wilfried Guth zu wählen.

   Der Aufsichtsrat setzt sich nach §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 des Aktiengesetzes und § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 aus je zehn Mitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Hauptversammlung ist bei der Wahl der Aktionärsvertreter nicht an Wahlvorschläge gebunden.

7. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen, Schaffung bedingten Kapitals und Satzungsanderung

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

   a) Der Vorstand wird ermächtigt, bis zum 30. April 1990 Optionsrechte mit langstens 12jähriger Laufzeit auf Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen zu gewähren, die durch unmittelbare oder mittelbare 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaften der Deutsche Bank Aktiengesellschaft ausgegeben werden. Das Bezugsrecht der Aktionäre der Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist ausgeschlossen.

      Die Optionsschuldverschreibungen können – auch in Teilbeträgen – in einem Gesamtnennbetrag von bis zu 300 Mio US-$ oder dessen Gegenwert (berechnet nach dem amtlichen Devisenmittelkurs der Frankfurter Börse am Tage der Beschlußfassung zur Begebung der Optionsschuldverschreibungen) in einer anderen gesetzlichen, amtlich notierten Währung eines OECD-Landes oder in Europäischen Währungseinheiten (ECU) ausgegeben werden.

      Der Optionspreis entspricht mindestens dem Durchschnitt der an der Frankfurter Wertpapierbörse festgestellten amtlichen Einheitskurse für Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft an den der Beschlußfassung über die Begebung der Optionsanleihe vorausgehenden zehn Börsentagen.

      Der Optionspreis wird aufgrund einer Verwässerungsschutzklausel ermäßigt, wenn die Deutsche Bank Aktiengesellschaft während der Laufzeit der Optionsschuldverschreibungen unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre entweder ihr Kapital erhöht oder Wandel- oder Optionsrechte begründet und den Inhabern der Optionsscheine kein Bezugsrecht eingeräumt wird. § 9 Abs. 1 des Aktiengesetzes bleibt unberührt.

      Die Optionsschuldverschreibungen werden auf den Inhaber lauten. Jeder Optionsschuldverschreibung werden Inhaber-Optionsscheine beigefügt, die den Inhaber nach näherer Maßgabe der Optionsbedingungen berechtigen, Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft im Nennbetrag von je 50 DM zu beziehen. Der Nennbetrag der je Optionsschuldverschreibung zu beziehenden Aktien darf 20% des in DM umgerechneten oder auf DM lautenden Nennbetrages der Optionsschuldverschreibung nicht übersteigen; der Gesamtnennbetrag der zu beziehenden Aktien ist auf 150.000.000 DM beschränkt.

      Der Vorstand wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Organen der ausländischen Beteiligungsgesellschaften, die die Optionsschuldverschreibungen ausgeben, alle weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Optionsschuldverschreibungen festzulegen.

   b) Das Grundkapital der Gesellschaft wird um bis zu 150.000.000 DM durch Ausgabe von bis zu Stück 3.000.000 auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je 50 DM zur Gewährung von Optionsrechten nach Maßgabe der Optionsbedingungen an die Inhaber der Optionsscheine aus den ausgegebenen Optionsschuldverschreibungen bedingt erhöht. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zu dem gemäß a) festgelegten Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur soweit durchzuführen, als die Optionsschuldverschreibungen ausgegeben werden und die Inhaber der Optionsscheine von ihren Optionsrechten auf Bezug der Aktien Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil.
      Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen.

   c) In § 4 der Satzung wird folgender neuer Absatz 7 eingefügt:

      Das Grundkapital ist um weitere 150.000.000 DM, eingeteilt in Stück 3.000.000 auf den Inhaber lautende Aktien in Nennbeträgen von je 50 DM, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Optionsscheinen der von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Deutsche Bank Aktiengesellschaft bis zum 30. April 1990 auszugebenden Optionsschuldverschreibungen von ihren Optionsrechten Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil.

      Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8; in ihm werden die Worte „aus den in Abs. 4 und 5 genannten Optionsanleihen" durch die Worte „aus den in Abs. 4, 5 und 7 genannten Optionsanleihen und den Inhabern der in Abs. 6 genannten Wandelschuldverschreibungen" ersetzt. Zusätzlich wird der Begriff „Optionsrecht" in „Options- oder Wandlungsrecht" erweitert.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am Dienstag, dem 7. Mai 1985, bis zur Beendigung der Hauptversammlung bei einer der nachstehend genannten Hinterlegungsstellen hinterlegen. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Hinterlegungsstellen sind
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West):
Sämtliche Niederlassungen der
Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main,
Deutschen Bank Berlin AG, Berlin,
Deutschen Bank Saar AG, Saarbrücken,
Handelsbank in Lübeck AG, Lübeck.

in Belgien:
Société Générale de Banque, Brüssel und Antwerpen,
Deutsche Bank AG, Succursale de Bruxelles und Filiaal Antwerpen,

in Frankreich:
Société Générale, Paris,
Deutsche Bank AG, Succursale de Paris,

in Großbritannien:
Midland Bank plc, London,
Deutsche Bank AG, London Branch,

in Luxemburg:
Banque de Luxembourg S.A., Luxemburg,
Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg S.A., Luxemburg,

in den Niederlanden:
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam,
Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam,
H. Albert de Bary & Co. N.V., Amsterdam,

in Österreich:
Creditanstalt-Bankverein, Wien,

in der Schweiz:
Sämtliche Niederlassungen der
Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, der
Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich, des
Schweizerischen Bankvereins, Basel, und der
Deutschen Bank (Suisse) S.A., Genf.

Die Aktien können auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. In diesem Falle bitten wir, die von dem Notar bzw. der Wertpapiersammelbank auszustellende Bescheinigung spätestens einen Tag nach dem letzten Hinterlegungstag bei einer Hinterlegungsstelle einzureichen.

Für die Ausübung des Stimmrechts verweisen wir auf § 18 (1) unserer Satzung:

„Das Stimmrecht jeder Aktie entspricht ihrem Nennbetrag. Gehören einem Aktionär Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 5% des Grundkapitals, so beschränkt sich sein Stimmrecht auf die Zahl von Stimmen, die Aktien im Gesamtnennbetrag von 5% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die ein Dritter für Rechnung des Aktionärs innehat. Ist ein Unternehmen Aktionär, so rechnen zu den Aktien, die ihm gehören, auch die Aktien, die ein herrschendes, von ihm abhängiges oder ein mit ihm konzernverbundenes Unternehmen oder ein Dritter für Rechnung solcher Unternehmen innehat."

Der in § 18 (1) genannte Anteil von 5% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 73.457.255 DM = 1.469.145 Aktien zu je 50 DM.

Frankfurt am Main, im April 1985

Der Vorstand

7½ % Anleihe

des

LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN von 1985 (1995)

– Wertpapier-Kenn-Nr. 159535 –

VERKAUFSANGEBOT

Das Land Nordrhein-Westfalen begibt aufgrund haushaltsgesetzlicher Kreditermächtigung eine 7½% Anleihe im Gesamtnennbetrag von

DM 800.000.000,–

Von der Anleihe werden DM 600.000.000,– vom 2. 4. bis 9. 4. 85 zum Kurs von 100¼% börsenumsatzsteuer- und spesenfrei von einem Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zum Verkauf angeboten. Die weiteren DM 200.000.000,– stehen dem Land Nordrhein-Westfalen zu Interventionszwecken zur Verfügung.

Ausstattung der Anleihe

Verzinsung	Die Anleihe wird mit 7½% p.a. verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 18. 4., erstmals am 18. 4. 1986 fällig
Nennbeträge	DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.
Laufzeit	Die Laufzeit der Anleihe beträgt 10 Jahre.
Rückzahlung	Die Anleihe wird am 18. 4. 1995 zum Nennwert zurückgezahlt
Kündigung	Die Anleihe ist weder durch den Anleiheschuldner noch durch die Anleihegläubiger kündbar
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit	Die Anleihe ist nach § 1807 Abs. 1 Ziff. 2 BGB mündelsicher und nach § 54a Abs. 2 Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig
Lombardfähigkeit	Die Anleihe ist nach § 19 Abs. 1 Ziff. 3d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank lombardfähig.
Börseneinführung	Die Anleihe wird unverzüglich zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt
Zahlung von Zinsen und Kapital	Die fälligen Zinsen und Rückzahlungsbeträge werden durch das depotführende Kreditinstitut gutgeschrieben. Die Verzinsung endet mit dem Ablauf des dem Fälligkeitstag vorhergehenden Tages; das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.
Lieferung	Vor Verkaufsbeginn wird eine Sammelschuldbuchforderung im Gesamtbetrag der Anleihe für die Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG in das Schuldbuch des Landes Nordrhein-Westfalen eingetragen. Die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen (Wertrechtsanleihe). Die Erwerber erhalten einen Anteil an einem Sammeldepot in Höhe der gekauften Beträge bei der Wertpapiersammelbank über ein Kreditinstitut

Düsseldorf, Berlin, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen, Frankfurt/Main, Hannover, Köln, Mainz, München, Münster, im April 1985

WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
zugleich für die Sparkassen im Land Nordrhein-Westfalen

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT Aktiengesellschaft

BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK Aktiengesellschaft

BAYERISCHE VEREINSBANK Aktiengesellschaft

BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

COMMERZBANK Aktiengesellschaft zugleich für **BERLINER COMMERZBANK** Aktiengesellschaft

DELBRÜCK & CO.

DEUTSCHE BANK Aktiengesellschaft zugleich für **DEUTSCHE BANK BERLIN** Aktiengesellschaft

DEUTSCHE GIROZENTRALE – DEUTSCHE KOMMUNALBANK –

DG Bank DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK

DRESDNER BANK Aktiengesellschaft zugleich für **BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE** Aktiengesellschaft

HANDELS- UND PRIVATBANK Aktiengesellschaft

BANKHAUS HERMANN LAMPE Kommanditgesellschaft

MERCK, FINCK & CO.

NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft

NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE

LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ – GIROZENTRALE –

SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.

SIMONBANK Aktiengesellschaft

J. H. STEIN

THE ROYAL BANK OF CANADA

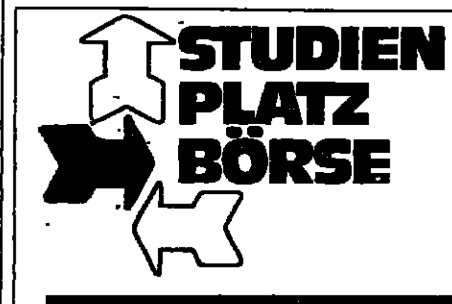
TRINKAUS & BURKHARDT

WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG zugleich für die Volksbanken Raiffeisenbanken im Land Nordrhein-Westfalen

WESTFALENBANK Aktiengesellschaft

Die WELT ist in 8.000 Orten der gesamten Bundesrepublik einschließlich West-Berlin verbreitet, sowie mit etwa 5% ihrer Auflage in 137 Ländern aller Erdteile.

W 3517



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Humanmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Erlangen	Uni München
2 Gießen	Erlangen
3 Gießen	Hannover
4 Gießen	Heidelberg
5 Gießen	Hamburg
6 Gießen	Uni Kiel
7 Gießen	Marburg
8 Gießen	TU München
9 Gießen	Uni München
10 Gießen	Tübingen
11 Heidelberg	Uni München
12 Marburg	Hamburg
13 Marburg	Uni München
14 Mainz	Essen
15 Mainz	Heidelberg
16 Mainz	Hamburg
17 Mainz	Würzburg
18 Tübingen	Hamburg
19 Ulm	Heidelberg
20 Würzburg	Hamburg
21 Würzburg	Marburg
22 Würzburg	Uni München
23 Würzburg	Tübingen

Rechtswissenschaften
Erstsemester

von	nach
1 Frankfurt	Heidelberg
2 Hannover	FU Berlin
3 Heidelberg	Bonn
4 Heidelberg	FU Berlin
5 Heidelberg	Köln
6 Heidelberg	Münster
7 Heidelberg	Tübingen
8 Marburg	Bonn
9 Marburg	Münster
10 Mainz	Bonn
11 Mainz	Köln
12 Passau	Bonn
13 Passau	Bochum
14 Passau	Hannover
15 Passau	Köln
16 Passau	Münster
17 Passau	Mainz
18 Regensburg	Bonn
19 Regensburg	Bochum
20 Würzburg	Bonn
21 Würzburg	Bochum
22 Würzburg	Hannover
23 Würzburg	Köln
24 Würzburg	Münster

Pharmazie
Erstsemester

von	nach
1 Braunschweig	Hamburg
2 Braunschweig	Uni Kiel
3 FU Berlin	Düsseldorf
4 FU Berlin	Frankfurt
5 FU Berlin	Freiburg
6 FU Berlin	Heidelberg
7 FU Berlin	Hamburg
8 FU Berlin	Münster
9 FU Berlin	Uni München
10 FU Berlin	Saarbrücken
11 FU Berlin	Tübingen
12 Frankfurt	Hamburg
13 Frankfurt	Uni Kiel
14 Frankfurt	Mainz
15 Hamburg	Erlangen
16 Hamburg	Würzburg
17 Uni Kiel	Hamburg
18 Saarbrücken	Freiburg

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".

„Orientierungen" Heft 22 behandelt die Lage und die Zukunftsaussichten der Forstwirtschaft, befaßt sich mit den Neuen Technologien und der Dynamik der Wirtschaft, mit der Politischen Ökonomie, mit Grundlagen wirtschaftlichen Denkens, enthält Beiträge über die Konzentration im Handel sowie über Konjunktur- und Sozialpolitik und fragt, ob der Wiederaufbau ein „Wirtschaftswunder" war.

Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:
Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Rentenwerte etwa behauptet

Der Rentenmarkt reagierte mit mehr oder weniger behaupteten Kursen prompt auf den erholten Dollar. Die Kaufneigung stockte. Hinzu kam, wie ein Börsianer sagte, daß in dieser verkürzten vorösterlichen Woche am Rentenmarkt nicht viel zu erwarten sei. Öffentliche Anleihen wie auch Bundesobligationen änderten sich vereinzelt bis um 0,5 Prozentpunkte nach unten, überwiegend bis um einen Zehntelpunkt nach beiden Seiten, wobei zwischen kurz- und langlaufenden Papieren kein Unterschied gemacht wurde. Ähnlich lagen DM-Auslandsanleihen.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Spitzentechnologie von SEL

NEU: SYSTEM 12 B

Kommunikationssystem SEL 5600

Es gibt nichts fürs Büro, was Sie mit der Zukunft besser verbindet

KOMMUNIKATIONSSYSTEME · AUS EINER HAND ·
Hannover Messe
Halle 1, CeBIT,
Stand B-
4701/4801

Sprach-, Text-, Bild- und Datenkommunikation wachsen mehr und mehr zusammen. Das Dienste-integrierende Fernmeldenetz (ISDN) entsteht. Durch die Deutsche Bundespost – mit SYSTEM 12, dem wichtigen Beitrag von SEL für das öffentliche Netz.

Im Büro übernimmt diese Aufgabe SYSTEM 12 B – das digitale Kommunikationssystem SEL 5600. Ein System, das auch in Ihrem Unternehmen die Sprach-, Text-, Bild- und Datenkommunikation integriert.

Sprechen Sie mit dem SEL-Kommunikationsberater über SYSTEM 12 B, wenn Sie heute die Basis für die zukünftige Kommunikation in Ihrem Unternehmen schaffen wollen. Machen Sie den Schritt in die Zukunft – schicken Sie uns den Coupon!

DW 2485

Coupon
Ja, mich interessiert das digitale ISDN-fähige SYSTEM 12 B. Bitte schicken Sie mir Ihre Unterlagen:

Name ____________________
Firma ____________________
Straße ____________________
O. ____________________
Telefon ____________________

Standard Elektrik Lorenz AG
PS/WB
Lorenzstraße 10
7000 Stuttgart 40

SYSTEM 12 B
Digitale Bürokommunikation von SEL

Standard Elektrik Lorenz AG   **SEL**

Aktienmärkte schöpften Hoffnung

Der Verkaufsdruck hat merklich nachgelassen

DW. – Die vorösterliche Börsenwoche begann an den deutschen Aktienmärkten mit freundlicheren Kursen und mit leicht verstärktem Optimismus. Er stützt sich vorwiegend auf technische Faktoren. Als positiv wurde vermerkt, daß Verkaufslimits der privaten Bankenkundschaft weitgehend nicht erneuert worden sind. Auf dieser Basis kam eine gewisse Rückkaufneigung der privaten und institutionellen Anleger auf. Dennoch blieb das Geschäft zunächst bestenfalls mittelgroß. Die einzelnen Märkte fanden unterschiedlich starkes Interesse.

Ausgesprochen freundlich tendierten die Farbennachfolger, von denen Hoechst um fast 5 DM anzogen. Damit lagen nur noch BASF knapp unter der 200-DM-Linie. Auch Siemens zählten wieder zu den Favoriten und stiegen um mehr als 8 DM. Freundlich ferner die meisten Elektronikpapiere. Der Bankenmarkt zeigte sich schwerfälliger. Unter den sonst wenig veränderten Warenhauspapieren zogen Kaufhof um 6,50 DM nach oben davon. Die meisten Autopapiere änderten sich wenig. Lediglich VW konnten sich etwas erhöhen. Freundlicher die Stahlaktien, nachdem die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie die EG-Kommission wegen Duldung italienischer Schrottsubventionen verklagt hat. Maschinenbauer lagen uneinheitlich. Stromversorgungswerte konnten sich gut behaupten.

Frankfurt: Binding erhöhten um 4,20 DM und Henninger gaben um 5,80 DM nach. Lahmeyer verminderten um 10 DM. Pfaff stockten um 3 DM, Seitz Enzinger Union um 4 DM und VGT um 7 DM auf.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 25 DM und Dt. Texaco um 6 DM. Dyckerhoff und Gerresheimer Glas stockten um 2,50 DM auf. Nachgegeben haben Bilfinger um 3 DM und Aachener Rück um 30 DM. Allianz Leben verloren 40 DM und Köln. Rück 15 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 5 DM und Markt und Kühlhallen um 2 DM ab. HEW gingen zu 93 DM und NWK-Vz. zu 167,10 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi lagen erholt bei 121,50 DM. Haller Meurer erhöhten um 8 DM.

Berlin: Bergmann lagen um 4 DM, Berliner Elektro und Herlitz Vz. um je 3,90 DM und Berliner Kindl um 3 DM *fester*. DUB-Schultheiss und Herlitz St. verbesserten sich um je 2 DM und Berthold um 1,70 DM. Lehmann büßten 3,50 DM ein.

München: Dywidag stockten um 5 DM, Leonische Draht um 22 DM und Spinnerei Kolbermoor um 12 DM auf. Nachgeben haben Audi AG um 40 DM, Erlus AG um 15 DM und Flachglas um 7 DM. Zahnräder Renk verloren 1,80 DM und NAK Stoffe 3 DM.

Stuttgart: SEL besserten sich um 4,50 DM. Schwäbische Zellstoff stockten um 3 DM auf. Porsche machten 5 DM gut. Württembergische Cattun fielen um 38 DM auf 610 DM zurück. Audi NSU gaben um 20 DM nach.

Nachbörse: leicht erholt

WELT-Aktienindex: 174,0 (173,7)
WELT-Umsatzindex: 3180 (3370)

Optionshandel

Frankfurt: 01. 04. 85

1108 Optionen = 57 200 (101 900) Aktien

Davon 101 Verkaufsoptionen = 5100 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-110/5,5, 7-120/2, 10-110/8, 10-120/4, BASF 7-190/18, 7-200/12,5, 7-210/6, 7-220/5, 7-230/2,8, 7-240/2,2, 10-200/18,4, 10-210/13,5, 10-220/9, 10-230/6,4, 10-250/3, 10-280/2, Bayer 7-210/11,6, 7-220/8, 7-230/4, 7-280/3, 10-210/16, 10-220/15, 10-230/9,4, 10-240/6, 10-250/4, 10-280/3, 1-250/9, Bay. Hypo 10-370/9,4, BMW 7-400/9,5, 7-410/5, Commerzbank 7-17/7, 7-180/3, 10-190/7, 10-200/3, Conti 7-130/13, 7-160/2,5, 10-150/7, 10-160/3,7, Daimler 7-690/25, 7-700/18, 7-720/10, Dt. Babcock St. 10-190/6,4, Deutsche Bk. 7-430/34, 7-450/5, 7-460/12,5, 7-490/6,5, 10-410/51, 10-420/40, 10-450/26/40-35, 10-480/14, 10-490/10, Dresdner Bk. 7-200/8, 10-200/10,6, 10-210/7,5, 10-220/4, GHH St. 10-170/5, Hoechst 7-210/8, 7-220/5, 7-230/2, 10-210/15, 10-220/10, 10-240/7,4, Hoesch 7-110/7,5, 7-120/4,2, 7-130/3,6, 10-120/6, 10-130/4,4, 10-140/2, Karstadt 7-220/8,5, Klöckner 7-70/7, 7-75/4,8, 7-80/4, 10-70/10,6, 10-75/6,6, 10-80/5,8, 10-85/3,5, 10-90/2, Lufthansa St. 7-200/11, 10-210/10, 10-220/5, Lufthansa Vz. 7-200/8, 7-210/4, Mannesmann 7-170/5,1, 7-180/2,6, 10-160/17, 10-170/11, 10-180/6,5, 10-190/2,5, RWE St. 10-170/3,6, Siemens 7-540/16, 7-560/8, 10-563,3/20, 10-583/3/15, 10-590/9, Thyssen 7-95/11,5, 7-100/8, 7-110/4, 10-85/24, 10-95/16, 10-100/10,5, 10-110/6, 10-120/3,5, 1-120/5, Veba 7-170/14, 10-180/18, 10-200/4, VW 7-200/16, 7-210/12, 7-220/8,8, 7-230/3,7, 10-220/11, 10-230/8,5, 10-240/6,3, 10-250/3, Alcan 7-90/5,2, IBM 10-480/8,5, 10-490/5,4, Norsk Hydro 7-35/5,6, 10-40/3,2, Sony 7-55/4,3, 10-70/1,8, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-110/4,5, 10-95/1, 10-100/2,1, BASF 7-10/12, 7-190/2,7, 7-200/6, Bayer 7-210/5, 10-200/5,4, 10-210/8, BMW 7-370/8,2, Conti 7-130/2, 10-140/8,5, Dresdner Bk. 10-180/4, 10-190/5,6, Harpener 10-310/2,55, 1-310/3,5, Hoechst 7-200/3, 10-200/3,5, Hoesch 7-100/1,8, 10-110/1,7, Klöckner 7-70/5, 7-75/8,5, Mannesmann 7-160/5, Schering 7-450/11, Siemens 7-510/5, 7-530/7, 10-510/8, Thyssen 7-100/2, 10-95/1,5, 10-100/5, Veba 7-180/3,5, 10-180/4, VW 7-200/4, 10-190/3,5, 10-200/8.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 4. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝– 8⅞	5⅝–5⅞	5¼–5⅜
3 Monate	8⅞– 9⅛	5¾–6	5⅜–5⅝
6 Monate	9¼– 9½	6 –6¼	5⅜–5⅝
12 Monate	10⅛–10⅜	6½–6¾	5⅜–5⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1405,00	1778,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1200,00	1460,55
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	230,00	285,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	228,50	283,29
20 belgische Franken	177,50	230,85
10 Rubel Tscherwonez	241,25	302,39
2 südafrikanische Rand	225,75	279,02
Krüger Rand, neu	1019,50	1202,13
Maple Leaf	1019,50	1202,13
Platin Noble Man	892,00	1056,78

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	245,25	308,09
20 schweiz. Franken „Vreneli"	181,25	235,13
20 franz. Franken „Napoléon"	181,25	235,13
100 österr. Kronen (Neuprägung)	941,25	1136,87
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,25	236,27
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,50	128,25
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	583,52
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,25	140,51

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

1. 4. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	3,087	3,095	3,0584	3,03	3,13
London¹)	3,800	3,814	3,748	3,75	3,90
Dublin¹)	3,116	3,130	3,063	3,05	3,20
Montreal³)	2,2605	2,2685	2,2337	2,21	2,31
Amsterd.	88,515	88,735	88,41	87,75	89,75
Zürich	117,94	118,140	117,895	116,50	119,50
Brüssel	4,957	4,977	4,912	4,85	5,05
Paris	32,690	32,850	32,325	32,10	33,85
Kopenh.	27,920	28,040	27,62	27,25	29,00
Oslo	34,510	34,630	34,06	33,75	35,50
Stockh.**)	34,410	34,570	33,90	33,50	35,25
Mailand²) **)	1,562	1,572	1,520	1,53	1,63
Wien	14,206	14,246	14,191	14,13	14,35
Madrid**)	1,782	1,792	1,756	1,74	1,88
Lissabon**)	1,786	1,806	1,683	1,43	2,25
Tokio	1,2250	1,2290	–	1,19	1,25
Helsinki	47,790	47,890	47,075	47,00	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,288	2,342	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,1085	2,1255	–	2,10	2,20
Johannesbg.*)	1,601	1,620	–	1,40	1,65

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Ein weiteres leichtes Nachgeben der Eurodollarzinsen auf der einen Seite und ein Absacken des Tagesgeldsatzes in den USA am Freitagabend auf der anderen Seite brachten den Dollar zu Wochenbeginn hier erneut unter Druck. Nachdem in Fernost ein neuer Tiefstkurs von 3,0350 erreicht wurde, eröffnete hier der Markt auf Basis 3,0800. Kommerzielle Nachfrage und Eindeckungen von Minuspositionen brachten dann die erwartete Korrektur der starken Abwärtsbewegung der letzten Tage. Der Dollar erreichte 3,0910 und nachbörslich wurde bis zu 3,1150 bezahlt. Eine markttechnische Korrektur erfuhr ebenfalls das Britische Pfund, welches sich heute um fast 1 Prozent gegenüber Freitag abschwächte. Die Dänenkrone konnte trotz des vorangegangenen Streiks und der schwierigen innenpolitischen Lage ihr Kursniveau verteidigen. US-Dollar in: Amsterdam 3,4860; Brüssel 62,30; Paris 9,4310; Mailand 1974,00; Wien 21,7350; Zürich 2,6188; Ir. Pfund/DM 3,123; Pfund/Dollar 1,2316; Pfund/DM 3,807.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 29. März: In D-Mark 2,23858 (Parität 2,24184); in Dollar 0,727107 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 29. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 22,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Aufgrund wenig veränderter Zinsgegebenheiten am Euromarkt notierten die Dollar-Termin-Deports am 1. 4. auf Freitagniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84/0,74	2,42/2,32	5,15/4,95
Pfund/Dollar	0,50/0,48	1,25/1,21	1,65/1,60
Pfund/DM	3,30/1,80	7,40/6,00	11,8/10,4
FF/DM	22/6	49/33	92/76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 4.: Tagesgeld 5,85–6,00 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,20 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 4.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 1. 4.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3 : Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,50 (6,45)–8,00 (6,80)–8,25 (7,05)–8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,50, Rendite 7,37.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee deutlich zulegen konnte, verzeichnete Kakao nur in verfügbaren Monaten ein Plus, alle weiteren Sichten notierten schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

	29. 3.	28. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	356,50	357,75
Juli	336,75	334,75
Sept.	337,00	333,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)	29. 3.	28. 3.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	242,29	242,74
Amber Durum	237,59	237,59
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	132,00	132,00
Mai	133,70	133,70
Juli	137,60	137,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	135,50	135,40
Mai	133,30	133,00
Juli	131,00	130,80
Hafer Chicago (c/bush)	29. 3.	28. 3.
Mai	167,75	168,25
Juli	164,50	165,00
Sept.	161,25	162,00
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	281,00	280,00
Juli	281,25	280,00
Sept.	272,50	271,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	29. 3.	28. 3.
März	137,50	137,00
Mai	138,00	138,00
Juli	133,40	133,20

Genußmittel

	29. 3.	28. 3.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	144,40	142,50
Juli	144,00	142,65
Sept.	143,50	142,60
Kakao New York ($/t)	29. 3.	28. 3.
Terminkontr. Mai	2462	2440
Juli	2248	2255
Sept.	2220	2225
Umsatz	3110	3275
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,85	3,80
Mai	3,99	3,96
Juli	4,09	4,11
Sept.	4,21	4,23
Okt.	4,65	4,82
Umsatz	9 425	13 100
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	29. 3.	28. 3.
	3,67	3,84
Kaffee London (£/t) Robusta-	29. 3.	28. 3.
Kontrakt Mai	2166–2170	2207–2210
Juli	2212–2215	2251–2254
Sept.	2238–2242	–
Umsatz	2945	5445
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	2028–2029	2032–2033
Juli	1985–1989	1992–1993
Sept.	2565	–
Umsatz	4950	5527
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	112,80–113,00	112,40–112,60
Aug.	116,20–116,60	115,40–115,80
Okt.	118,40–118,80	119,20–119,40
Umsatz	2627	2142
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	29. 3.	28. 3.
schw. Sarawak spez.	625,00	610,00
weißer Sarawak	780,00	775,00
weißer Muntok	790,00	785,00
Orangensaft New York (c/lb)	29. 3.	28. 3.
Mai	161,30	161,30
Juli	162,50	162,20
Sept.	162,00	161,70
Nov.	161,00	161,00
Jan.	160,75	160,60
Umsatz	250	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	29. 3.	28. 3.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	45,00	45,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,00	32,25
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	30,58	30,10
Juli	28,70	28,48
Aug.	27,80	27,45
Sept.	26,75	26,65
Okt.	25,85	25,75
Dez.	24,80	25,10
Jan.	24,60	24,65
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	31,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	24,00	24,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	20,00
Talg New York (c/lb) top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,75
Schweine Chicago (c/lb) April	44,80	45,20
Juni	49,55	50,50
Juli	51,50	52,35
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Mai	71,75	73,80
Juli	72,42	74,15
Aug.	71,05	72,55
Häute Chicago (c/lb)	29. 3.	28. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	60,00	48,50
Kühe einh. schwere River Northern	–	38,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Mai	606,00	607,75
Juli	615,00	606,50
Aug.	616,00	618,00
Sept.	610,25	612,50
Nov.	612,50	613,75
Jan.	622,00	624,50
März	634,50	635,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Mai	138,00	138,50
Juli	144,00	144,40
Aug.	147,20	147,50
Sept.	149,50	149,50
Okt.	152,00	152,50
Dez.	157,00	157,30
Jan.	159,00	159,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	29. 3.	28. 3.
März	357,00	357,00
Mai	365,50	363,20
Juli	371,60	370,40
Kokosöl New York (c/lb)	29. 3.	28. 3.
Westküste fob Werk	–	–
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	1. 4.	29. 3.
jegl. Herk. cif	1010,00	–
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	655,00	665,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	670,00	675,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	239,00	237,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	835,00	855,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	303,00	299,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	29. 3.	28. 3.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Mai	67,50	66,00
Juli	66,40	65,50
Okt.	65,35	65,55
Dez.	65,55	66,70
Febr.	66,85	67,45
Mai	67,45	–
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1:	41,75	41,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	29. 3.	28. 3.
Mai	500–512	500–506
Aug.	532–533	530–531
Okt.	532–538	–
Umsatz	31	40
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	29. 3.	28. 3.
Mai	54,70	unerh.
Juli	54,70	unerh.
Okt.	54,80	unerh.
Dez.	54,90	–
Umsatz	13 500	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	29. 3.	28. 3.
Mai	616,0–625,0	619,0–620,0
Juli	616,0	611,0–614,0
Okt.	591,0	589,0–595,0
Umsatz	46	39
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	29. 3.	28. 3.
East African 3 long	680,00	unerh.
undergraded:	570,00	unerh.
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	29. 3.	28. 3.
April	12 640	12 659
Mai	12 572	12 591
Kautschuk London (p/kg)	29. 3.	28. 3.
Nr. 1 RSS loco	65,50–69,50	66,00–70,00
April	72,50–75,50	72,00–75,00
Mai	73,50–76,50	–
Juni	74,50–77,50	–
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	29. 3.	28. 3.
April	202,00–203,00	203,00–203,75
Mai	204,50–205,50	206,75–207,00
Nr. 2 RSS April	197,50–198,50	198,50–199,50
Nr. 3 RSS April	194,00–195,00	195,00–196,00
Nr. 4 RSS April	187,50–188,50	188,50–189,50
Tendenz: etwas leicht		
Jute London (£/lgt)	29. 3.	28. 3.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 FL – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	1. 4.	29. 3.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	339,07–339,45	338,55–339,75
drittfolg. Monat	350,13–350,51	350,92–351,11
Blei: Basis London		
laufend. Monat	113,85–114,04	112,86–113,25
drittfolg. Monat	117,47–117,66	116,33–116,52
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1645,74–1647,65	1631,32–1633,25
drittfolg. Monat	1655,28–1659,99	1644,80–1646,86
Zink: Basis London		
laufend. Monat	299,50–301,31	291,98–292,37
drittfolg. Monat	280,52–280,71	276,77–276,96
Produz.-Preis	286,29	286,47
Reinzinn 99,9%	3977–4016	4018–4058

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	1. 4.	29. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	445,86–449,10	447,98–451,26
Blei in Kabeln	121,50–122,50	120,75–121,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	1. 4.	29. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	419–426	417–427
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	462–464	462–464
MS 63	457–463	458–465

Zinn-Preis Penang

	29. 3.	28. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,44	29,41

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	1. 4.	29. 3.
Leg. 225	413–417	421–423
Leg. 226	415–419	423–425
Leg. 231	445–452	455–456
Leg. 233	455–462	465–466

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	1. 4.	29. 3.
Platin (DM je g)	30,808	31,10
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 720	33 220
Rücknahmepr.	31 970	32 470
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 940	33 380
Rücknahmepr.	32 110	32 510
verarbeitet	34 550	35 010
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 355	32 720
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	665,00	679,70
Rücknahmepr.	645,50	659,80
verarbeitet	694,20	709,80

Internationale Edelmetalle

	1. 4.	29. 3.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	324,65	329,80
15.00	321,10	329,25
Zürich mittags	319,00–321,00	331,50–332,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 800	99 700
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	529,65	537,10
3 Monate	546,35	553,80
6 Monate	561,35	569,70
12 Monate	590,00	597,85
Platin (£-Feinunze) London	29. 3.	28. 3.
fr. Markt	231,50	228,75
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	94,60	93,50

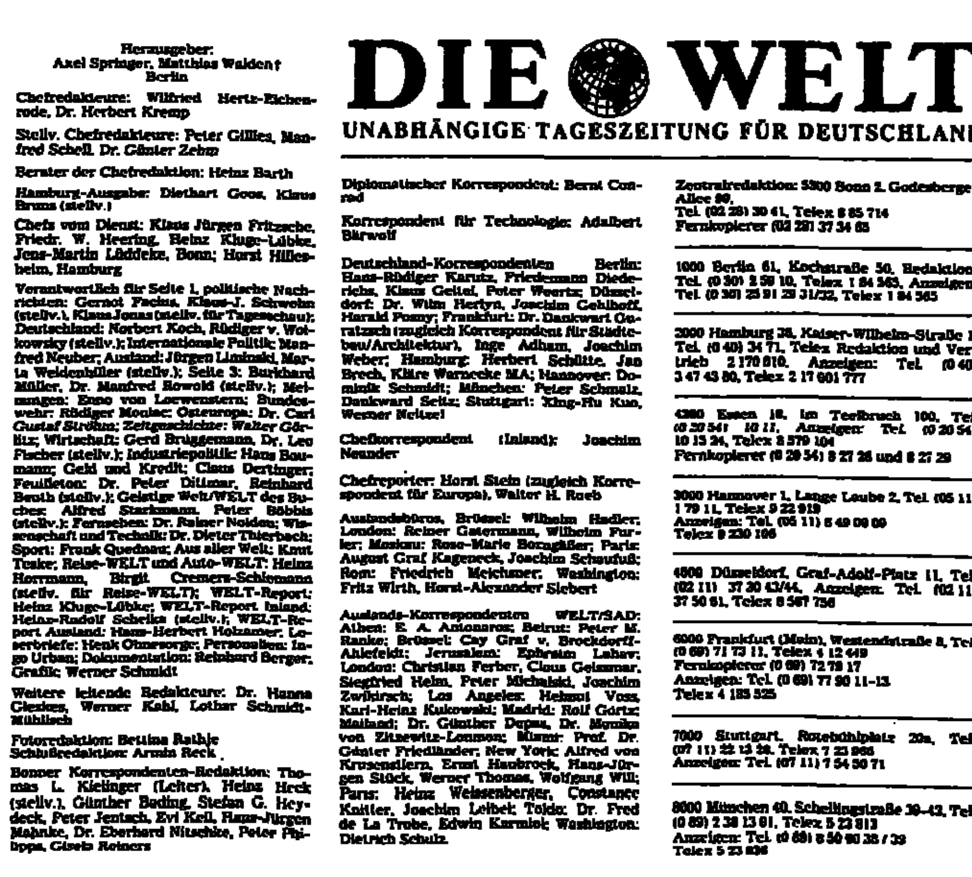
New Yorker Preise	29. 3.	28. 3.
Gold H & H Ankauf	328,25	330,40
Silber H & H Ankauf	657,00	673,50
Platin fr. Händlerpr.	280,00–283,00	253,00–256,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	116,00–117,00	116,00–117,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
April	658,70	658,20
Mai	670,00	661,00
Juli	680,00	672,00
Sept.	693,00	684,00
Dez.	714,00	700,10
Jan.	716,70	708,20
März	782,70	718,20
Umsatz	23 000	26 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	29. 3.	28. 3.
April	62,15	61,70
Mai	62,45	61,95
Juli	63,10	62,60
Sept.	63,70	63,65
Dez.	64,55	63,95
Jan.	64,70	64,35
März	65,15	64,75
Umsatz	6 500	55 000

Londoner Metallbörse

	1. 4.	29. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	889,00–890,00	888,00–890,00
3 Monate	918,00–919,00	917,00–918,00
Blei (£/t) Kasse	298,50–299,00	297,00–298,00
3 Monate	308,00–308,50	305,50–306,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1148,0–1149,0	1142,0–1143,0
3 Monate	1170,0–1170,5	1161,5–1162,5
abends Kasse	–	1145,0–1146,0
3 Monate	–	1165,0–1166,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1150,0–1152,0	1137,0–1139,0
3 Monate	1169,0–1170,0	1155,0–1160,0
Zink (£/t) Kasse	785,50–790,00	780,00–782,00
3 Monate	735,50–736,00	730,00–731,00
Zinn (£/t) Kasse	9660–9670	9630–9640
3 Monate	9640–9650	9665–9670
Quecksilber ($/Fl.)	–	290–290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–75



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden †, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

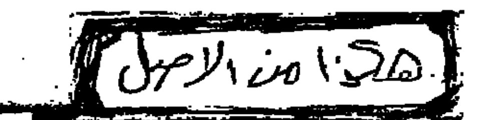
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Ritt über den Rhein

Bth. – Es war im zweiten Akt von Wagners „Parsifal" – Kundrys erster Verführungsversuch war gerade fehlgeschlagen. Das Weib noch im Arm, rief der plötzlich gar nicht mehr so torenhafte Jüngling sein „Amfortas! Die Wunde!" – da verließ ihn die Stimme. Ein paar Versuche noch, eine Entschuldigung ans Publikum, eine verdutzte Kundry, Vorhang, Ende der Premiere am Bonner Opernhaus. Die Wunde saß wohl im Hals.

Der Sänger, den dieses Mißgeschick traf, ist Peter Hoffmann, und der scheint wirklich zum Pechvogel der Saison zu avancieren. Vor wenigen Monaten in Zürich, bei der Wiedereröffnung der dortigen Oper, hatte er seinen ersten Stolzing in den „Meistersingern" singen wollen, und das gleich vor den Fernsehkameras. Welche Gelegenheit, es all jenen zu zeigen, die da schreiben und reden, seine Stimme hätte doch Schaden genommen vor der Zeit! Bekanntlich aber verletzte sich Hoffmann auf einer der letzten Proben in Zürich am Fuß und konnte nicht singen. René Kollo sprang ein, sang und siegte.

Da wäre also der Bonner „Parsifal" die rechte Gelegenheit gewesen, sich zurückzumelden auf der Wagner-Walstatt. Doch schon bei Vorstellungsbeginn ließ sich Hoffmann entschuldigen wegen einer Erkältung, die ihn seit drei Tagen plage.

Doch nicht nur Pechvogel Hoffmann mußte hier Federn lassen, sondern auch Bonns sonst so gewiefter Opernchef Riber. Eine Premiere mit einem seit Tagen indisponierten „Parsifal" zu wagen ohne ein „Cover" in den Kulissen, das gleicht einem Ritt über den Rhein, wo er am breitesten ist, also am Bodensee. Die Pechvögel sind, auch bei Wagner (siehe „Götterdämmerung"), dem Krähenvolk zuzuordnen, im besten Fall stolze Raben. Das ist wohl nicht nur ornithologisch etwas anderes als ein Singvogel.

München: Verdis „Macbeth" unter Riccardo Muti

Ein Schurke singt Balsam

Renato Bruson, der mörderische Macbeth, Elizabeth Connell, seine Lady, und vor allem Riccardo Muti, der Dirigent von Verdis Oper, sahen sich vergöttert am Schluß. Münchens Nationaltheater tobte vor Begeisterung. Und es hätte wohl auch vor Wut getobt, wäre der Regisseur des Abends, Roberto de Simone, vor dem Vorhang erschienen. Der Abend also gehörte ganz Verdi und gar nicht Shakespeare.

Renato Bruson ist alles andere als ein Schauspieler. Aber er ist gesegnet mit der wohl schönsten Baritonstimme, die sich heute vernehmen läßt im internationalen Opernkonzert. Der Gesang fließt geradezu aus ihm heraus, ebenmäßig und weich, doch kraftvoll. Was man an *Epitheta ornantia* an eine Baritonstimme hängen kann: auf Bruson trifft es zu.

Das Faszinierendste aber ist, wie sich der schönste Gesang mit der schurkischen Rolle zu etwas ganz Neuem verbindet, das dann auch Schauspielerei gar nicht zur Darstellung braucht. Singend teilt sich etwas wie die Wahrhaftigkeit der menschlichen Empfindung mit. Und das trifft direkt ins Gemüt.

Seltsam ist, daß Verdis „Macbeth" in der letzten Zeit auf zahlreichen wichtigen Bühnen herausgekommen ist, obwohl es derzeit keine Sängerin gibt, die sich für die Partie der Lady wirklich anbieten würde. Mit der aus dem Mezzofach zum Sopran gewechselten Elizabeth Connell landet München fast einen Überraschungscoup: Alles andere als ein Stimm-Monster (wie die Dimitrova in Salzburg), setzt die Südafrikanerin auf einen eleganten, dennoch dramatisch bewegten Gesang, sieht die Partie der Lady in der Tradition von Donizetti und anderen frühen Verdi-Opern.

Die Frühfassung des „Macbeth" allerdings hat der Dirigent Riccardo Muti verworfen. Er entscheidet sich für die spätere Pariser Version aus Verdis mittlerer Zeit, die geschmeidiger wirkt, Chorszenen erweitert und auf die wie dem Kasperletheater entlehnte Sterbeszene des Macbeth verzichtet. Von den Pariser Zutaten entfällt andererseits das nur stilistisch, nicht aber dramatisch interessante Ballett.

Mutis Verzicht darauf verwundert trotzdem, denn um Stilistik geht es ihm durchaus. Ein einziges Mal verlangt Verdi „tutta forza" in der Partitur, und zwar im Finale des 1. Akts nach der Ermordung des Königs. Ein einziges Mal gibt Muti denn auch hier die ansonsten unter dem Deckel gehaltene ganze Kraft frei, und dank des unter seiner Leitung hinreißend spielenden Staatsorchesters wie eines leuchtkräftigen Chors, der nicht wiederzuerkennen ist an diesem Abend, erzielt er da grandiose Wirkung.

Ansonsten setzt Muti auf die feineren Effekte: kleine rhythmische Präzisierungen, die aus stereotypen Floskeln feine Karikaturen machen; die Variabilität des Tempos fällt auf mit deutlicher Bevorzugung gemessener Grundzeitmaße; weiche Klangteppiche für die Sänger statt Dreinredereien. Seine konzertanten „Macbeth"-Aufführungen mit dem Philadelphia Orchestra haben da wohl Vorarbeit geleistet und auch Muti gelehrt, was sich in diesem Werk an musikalischer Delikatesse verbirgt.

Weil auch Jan-Hendrik Rootering als Banquo und Veriano Lucchetti als Macduff vorzüglich singen, weil es ein paar stimmungsvoll nette Plastiken von Giacomo Manzù (teils aus dem Fundus des Teatro San Carlo Neapel) auf der Bühne zu sehen gibt, die zwar nichts über das Stück sagen, aber doch manches über die Herkunft der italienischen Arte povera erzählen, war es wohl ein großer Opernabend.

Daß aber Theater so willentlich gar nicht stattfand, allenfalls einmal dekorativ arrangiertes Oratorium, daß Shakespeare-Figuren festgewurzelt an der Rampe stehen und am besten noch vor einem Zwischenvorhang, das entließ einen doch mit einer nagenden Verwunderung, wie man in München wohl Oper verstehen mag.

REINHARD BEUTH

Die Kinder- und Jugendbuchmesse von Bologna

Wie es dem Momo im Osten erging

Am dritten Tag der 22. Internationalen Kinder- und Jugendbuchmesse von Bologna (28. bis 31. März) war die Koje Burundis, in der nur ein paar schmale Schulbücher gelegen hatten, ganz leer. Befragt, was aus seinem afrikanischen Nachbarn geworden war, sagte der italienische Verleger von nebenan: „Der hat eingepackt, weil er schon genügend Kontakte und Lizenzen fand. Für die Kollegen aus der Dritten Welt ist diese Messe ein Fest. Denn nur sie brauchen viele Bücher und leben von Lizenzen. Wir andern tauschen allenfalls unsere viel zu große Produktion untereinander aus. Verkaufen werden wir sie kaum. Denn es werden viel zu viele Bücher für viel zu wenig Interessenten produziert. Außerdem hat die Technologie die Bücher bald ganz verdrängt."

Ganz so pessimistisch denken freilich die anderen Verleger nicht, sonst wären sie nicht in solchen Scharen nach Bologna gekommen. Bei den Auguren heißt die Bolognamesse „Das Frankfurt der Kleinen" – aber auch die „Kleinen" sind mittlerweile ins Gigantische gewachsen. 1036 Verleger aus 56 Ländern, darunter 14 Staaten der Dritten Welt, waren diesmal gekommen.

Die erste der Messehallen diente der Informatik und war das Schreckgespenst der Pädagogen, die ja unermüdlich vor der „Passivität vor Maschinen und dem Verlust der kindlichen Kreativität" warnen. Diesmal gab es dort noch mehr Soft- und Hardware für den Schulsektor als im vergangenen Jahr. Aber nur die Lehrer schienen davor Angst zu haben. Die großen Kinder – kleine sind auf der Messe nicht zugelassen – betrachteten und bedienten die Elektronik wie erfahrene Fachleute.

Laut den Verlegern interessieren sich Kinder und Jugendliche fast nur noch für Bücher, deren Helden schon einmal über den Bildschirm flimmerten. Nur bei den Bilderbüchern für die Allerkleinsten gilt das gottlob noch nicht. Und die sind das wichtigste Geschäft in Bologna. Die meisten und schönsten kommen aus England, das mit 90 Ständen eine ganze Messehalle belegt hatte.

Wie stets glänzten aber auch die skandinavischen Länder und die Tschechoslowakei mit sehr schönen Neuerscheinungen. Und zum ersten Mal lief Spanien Japan den Rang des preisgekröntesten Angebots ab. Sein Bilderbuch „Sol Solet", in Barcelona von der Theatergruppe „Els Conediants" gemacht, gewann zu Recht den Preis der jüngsten Jury, der „Critice in Erba", für die beste Grafik.

Die US-Verleger brachten außer Wasch- und Kaubarem duftende, singende und sprechende Bilderbücher und Berge von „Pop-ups", diese zwar nicht neuen, aber doch noch nie in so vielen Variationen gesehenen Klappbücher, aus denen ganze Bilderbögen plastisch hervorspringen. Schlimm waren die Serien von billigen Büchlein, die *Ware-Cartoons* und elektronische *War-Games* kopierten. Man denkt mit Schrecken an die Kleinsten, die mit der gegenseitigen Zerstörung von technologischen Monstern ihre ersten Bucherfahrungen machen müssen. Aus England kamen dafür Pop-ups für Jugendliche, die fast schon wissenschaftliche Standardwerke sind. Da zeigt etwa ein menschlicher Körper dreidimensional Muskeln, Knochen und Organe. Da wird das Geheimnis der Menschwerdung von der Zeugung bis zur Geburt erklärt.

Belehrung, so zeigte diese Messe, verdrängt überhaupt rund um die Welt die reine Unterhaltung mit immer mehr Enzyklopädien und Sachbüchern. Klassiker und zeitgenössische Romane sind mit langen Einleitungen, Fußnoten und Tabellen zum Textverständnis versehen, als müßte jeder junge Leser morgen schon im Unterricht dissertationsreif über sie referieren.

Fast tröstlich wirkten dagegen die lateinischen Werke, die das Internationale Sprachzentrum in Recanati für die Schule produziert. Nach Walt Disney im Vorjahr hatte man sich dort „Popeios" (Popeye the sailor) und „Snopios" (Snoopy) vorgenommen. Beim „Corare Rythmo Pernario", die im Walzertakt tanzen, wird so wenigstens der Lateinunterricht noch zum Vergnügen.

Der Trend im Jugendbuch heißt im übrigen nach wie vor „Frieden, Umwelt und Harmonie". Nach wichtigen Neuigkeiten in *dieser* Hinsicht suchten wir vergebens, es sei denn, das vom Thienemanns-Verlag mit Lizenz aus England verlegte „Fantasie-Abenteuer Spielbuch" gehört dazu. Es läd mit vielen Kombinationsmöglichkeiten zum kreativen Nachdenken ein und dürfte aufregender sein als die meisten Videospiele, die intelligente Kinder gewöhnlich schon nach der ersten Kombination langweilen.

Thienemanns beweist übrigens, daß auch ein kleiner Verlag mit Niveau und Tradition in Krisenzeiten florieren kann. Er vergab u. a. eine Lizenz für Michael Endes „Momo" an die „DDR", deren Stand bewies, daß die deutsch-deutschen Beziehungen auf dem Kinder- und Jugendbuchsektor ziemlich gut gedeihen. Auch in der „DDR" stattet man jetzt klassische Kinderbücher mit Illustrationen großer Künstler aus. Karl Mays „Schatz im Silbersee" zum Beispiel wurde von Josef Ziegenbarth illustriert.

„Momo" in „DDR"-Fassung ist allerdings etwas dünn geraten; ihm fehlt ausgerechnet das längste Kapitel: die Geschichte vom Tyrannen Marx Comunos, der vergeblich versucht, aus der alten, unvollkommenen Erde einen neuen, viel besseren Globus zu konstruieren. Michael Ende soll zu dieser eindeutig ideologischen Zensur seine Einwilligung gegeben haben; das wunderte den Messebesucher und ließ ihn vermuten, daß hier ein schlechtes Beispiel von Autorenverhalten vorliegt, das hoffentlich nicht Schule machen wird.

Ein Fazit dieser Messe, aus den Antworten der Verleger gefiltert: Es gibt zu viele Bücher, zu viele Computer und zu wenig Leser. Trotzdem zeigten sie beim Abschied auf einem Schild: Auf Wiedersehen in Bologna vom 10. bis 13. 4. 1986.

MONIKA VON ZITZEWITZ



Die Schülerin stand dem Erfolgreichen Modell: „Camille Claudel" (1884) von Auguste Rodin, aus der Berner Ausstellung FOTO: KATALOG

Bern: Das Werk von Rodin und Camille Claudel

Vier Hände, ein Werk

Im Kunstmuseum von Bern ist es nach dem Großerfolg der Picasso-Ausstellung (über 150 000 Besucher) wieder stiller geworden. So läßt sich nun in aller Muße die behutsam gestaltete Skulpturenschau betrachten, die als Beginn einer ganzen Serie, nämlich „Künstlerpaare – Künstlerfreunde", den berühmten Bildhauer Auguste Rodin und seine lange vergessene Partnerin Camille Claudel erstmals gleichwertig nebeneinanderstellt.

Camille Claudel, Schwester des bekannten Dichters und Diplomaten Paul Claudel, trifft 1882 als 18jährige in Paris den über 40jährigen erfolgreichen Bildhauer Auguste Rodin. Sie wird seine Schülerin, sein Modell, seine Geliebte, seine Werkstattgehilfin. Gemeinsam arbeiten sie an ähnlichen Themen, oft gar an derselben Figur. Und Rodin gelingen in dieser Zeit seine bedeutendsten Werke.

Doch die Beziehung endet tragisch: Nach zehn Jahren bricht Camille Claudel mit Rodin, der fortwährend zwischen ihr und seiner Lebensgefährtin Rose Beuret schwankt. Sie verkriecht sich in die Einsamkeit und wird, weil sie an Verfolgungswahn leidet, von ihrer Familie in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Dreißig Jahre verbringt sie dort und stirbt 1943, als Künstlerin völlig vergessen.

Wiederentdeckt wurde sie erst vor wenigen Jahren: Anne Delbée hat 1982 diese Lebenstragödie in einem Roman beschrieben und später in einem erfolgreichen Theaterstück mit dem Titel „Une femme", das demnächst mit Isabelle Adjani verfilmt wird. Letztes Jahr wurde Camille Claudels Werk in Paris ausgestellt, und nun ist es also erstmals in Bern im Zusammenhang mit den Arbeiten ihres viel berühmteren Partners zu sehen.

Je 40 Plastiken aus Marmor, Bronze oder Gips wurden zu einem eindrücklichen Dialog zusammengestellt. Von Rodin sind alle wichtigen Werkdrucke vertreten: „Das Höllentor", „Die Brücke von Galle" und „Balzac". Vor allem aber wurden Werke ausgewählt, die eine Parallele in Claudels Schaffen haben.

Und hier sind nun bei aller deutlichen Beeinflussung der Jüngeren durch den Älteren interessante Unterschiede auszumachen: So verherrlicht Rodin in seinen Paar-Gruppen „Der Kuß", „Das ewige Idol" und „Der ewige Frühling" die körperliche Liebe, während Claudel in „Sakkuntala" eine viel tiefer greifende Beziehung darstellt.

Ihre eigentlichen Fähigkeiten aber beweist sie nach der Trennung von Rodin: Die um 1895 entstandenen kleinen Figurengruppen „Die Welle" und „Die Schwesterinnen" sprechen eine ganz neue, eine eigene Sprache. Das übermächtige Vorbild Rodin ist abgeschüttelt.

Der Auftakt zu der geplanten Folge von Ausstellungen über Künstlerfreundschaften ist voll gelungen. Man darf gespannt sein, was die nachfolgenden Projekte alles ans Licht fördern werden. Vorgesehen ist die Präsentation der Beziehungen zwischen Braque und Picasso, zwischen den Ehepaaren Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp sowie Jackson Pollock und Lee Krasner. (Bis 19. Mai, Katalog in deutscher und französischer Sprache: 30 Schweizer Franken)

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

Sperrige Stolpersteine – Eduardo Molinaros Film „Ein Klassemädchen"

Schwerfällig durch den tiefen Schnee

Während ihre Freundin im Spitzenröckchen elegante Pirouetten dreht, sitzt Susan Berlanger im Orchestergraben. Zwar spielt sie Querflöte wie kaum eine andere. Tanzen aber wird die hübsche Musikerin mit ihrem gelähmten Bein wohl nie mehr können. Dennoch stehen die Verehrer Schlange. Ein cleverer Börsenmakler will sie lieber heute als morgen ins gemachte Nest nach Texas entführen, der schrullig-sympathische Herzensbrecher Sam Carpenter (Robert Carradine) wagt einen heftigen Flirt, und der lockige Jüngling vom telefonischen Auftragsdienst hat sich gar in ihre Stimme verliebt. Susan, die bei ihren Kavalieren stets unerwünschtes Mitleid befürchtet, ist schließlich froh, auf einer Konzertreise nach Europa all diesen amourösen Verwicklungen zu entkommen.

Die erste Station ihrer Tournee ist Paris, eine Stadt, in der sich eigentlich auch der französische Regisseur Edouardo Molinaro wohl fühlen müßte. Doch während er den Auftakt seines Films „Ein Klassemädchen" in Amerika immerhin charmant zertändelte, läßt er nun den ohnehin dünnen Erzählfaden reißen. So gewinnt Molinaro, der 1979 mit der delikaten Komödie „Ein Käfig voller Narren" einen Welterfolg verbuchen konnte, der schillernden Metropole nur einige flaue Szenen ab und verordnet seiner tragischen Titelheldin sogleich eine erotische Erholungskur im Wintersportparadies Mégève.

Hier tarnt Susan ihr Gebrechen unter einem Gipsverband, um sich als normale Touristin ins Après-Ski-Getümmel zu stürzen. Tatsächlich bricht sie zuerst das Herz, dann die Erfolgsserie eines amerikanischen Slalomläufers, bevor sie einen erfolgreichen Fotografen betört. Auf den Tanzflächen der Nobeldiskotheken kann Susan ihre Behinderung graziös überspielen. Die Geschichte aber hinkt immer schwerfälliger durch den Tiefschnee. Dabei verschwendet Molinaro sein Talent für gezielte Pointen an harmlose Witzchen.

Jener Hauch von Melancholie, der über den ersten Szenen lag, wird nun konventionell fotografierter Fremdenverkehrswerbung geopfert. Auf solchen alpinen Kitschpostkarten erstarrt die offenbar beabsichtigte Geschichte einer Selbstfindung in leeren Worthülsen. Vor allem aber fehlt Molinaro das Geschick, die Probleme der Hauptfigur zu vertiefen, statt sie in stereotypen Situationen breitzuwalzen. Und wenn sich der Regisseur dann nicht einmal scheut, mit unglaubwürdigen Kapriolen der Handlung aufdringlich Reklame für eine einheimische Skifirma zu machen, scheint ihm in der dünnen Höhenluft endgültig das Gespür für Qualität und Takt abhanden zu kommen. Ein solcher Niedergang ist schade für einen Regisseur, der einst zu den eigenwilligen Begabungen des französischen Kinos zählte, schade für das leichtfertig verschenkte Thema und schade vor allem für die junge Hauptdarstellerin Kristy McNichol. Denn Filme wie dieser sind auf dem steilen Weg vom Kinderstar zur ernsthaften Schauspielerin nur sperrige Stolpersteine.

HARTMUT WILMES



Von charmanten Herzensbrechern umgeben: Kristy McNichol als „Klassemädchen" mit Michael Ontkean in Molinaros Film FOTO: UIP

Ernst Wendt inszeniert Ibsens „Gespenster" am Berliner Schloßpark-Theater

Geschlossene Gesellschaft in Rot

Wer die „Gespenster", dieses wahrhaft geniale Ibsen-Stück, wagt, muß sich bewußt sein, gegen lauter große Vorbilder anzuspielen. Neue Ansichten kann er nicht verdeutlichen. Die alten, schrecklichen, tief bestürzenden sind wahrhaft ausreichend: Alte Lebenslügen wirken nach; sie ziehen ihren Schmutz über Generationen. Das Fatum erreicht alle – Ungerechte wie Gerechte.

Ernst Wendt, der jetzt im Berliner Schloßpark-Theater die alte Tragödie neu aufwirft, hechelt diesmal (Gottlob!) keiner „neuen Sicht" oder revolutionären Spielmethode nach. Er spielt vom Blatt. Er fackelt nicht. Er verrenkt sich nicht in inszenatorischer Besserwisserei.

Von Susanne Thaler hat er sich eine Höllenbühne bauen lassen, einen kahlen, engen Schlauch. Der ist brandrot tapeziert. Nur ein Tisch, fünf Stühle, zwei Fenster, durch die am schlimmen Ende die Morgensonne aufleuchten kann, nach der der unglückselige Alving-Sohn, an der Schuld der Väter sterbend und nach der Sonne lallend, lechzen kann.

Sonst: Streng geschlossene Gesellschaft. Das bürgerliche Familiendrama neuerlich verfolgend, staunt man wieder, mit wie geringem Personal Ibsen arbeitet. Nur fünf Personen schreiten, sich immer tiefer verstrikkend, durch diese gnadenlose Aufarbeitung alter Schuld und Verfehlung. Von der älteren Generation sind alle suspekt, sind sie im tiefsten schuldig. Die junge badet sie aus. Ibsens alter, böser Zugzwang der Tragödie ist nach wie vor bewundernswert schlüssig und unumgänglich. Das Stück war und ist ein dramatischer Geniestreich, wirksam und zwingend.

Nur daß der Regisseur schon zu früh den Deckel vom Topf der Tragödie hebt. Durch das blutig tapezierte Bühnenbild ist das Unheil von vornherein eindeutig signalisiert. Die bürgerlichen, eher harmlosen Präludien werden dann schon immer allzu bedeutungsvoll und mühelos errechenbar dunkel eingefärbt. Was da doch eigentlich fast gemütlich, spießbürgerlich anhebt, was auch hin und wieder sogar mit bitterem Ibsen-Humor durchsetzt ist – all das hat Ernst Wendt zu früh mit der Bedeutung der Schrecklichkeit durchsetzt. Wenn's dann an die Katastrophe geht, ist die tragische Fallhöhe zu gering; man hat zu lange schon vorausgesehen, wohin alles treiben muß. Die Entsetzlichkeit des folgerichtigen Endes bleibt da fast verschenkt.

Man sieht eine redlich besetzte Stadttheateraufführung der alten Schrecken. Agnes Fink ist die Frau Alving. Sie ist herb, trägt schon von vornherein den schweren Mantel der Schicksalstragödie um die Schultern. Sie spricht wunderbar – entwickeln, auflösen kann sie die Figur dann doch nicht ganz.

Markus Boysen ist ihr Sohn Osvald. Er ist hochbegabt. Aber durch die vorschnelle Anlage des Unheils kommt auch er um seine besten Wirkungen, so daß seine große Endszene vor dem Fall des letzten Vorhanges fast verpufft.

Helmut Wildt ist als der bigotte, mitschuldige Pfarrherr und windige Familienfreund immerhin mit einigen schmerzlichen Humoren ausgestattet. Ihm folgt man gern und schadenfroh. Rainer Pigulla spielt die unterkietige Ibsen-Figur des Tischlers Engstrand deutlich mit proletarischer List aus, ein Haderlump mit Klumpfuß. Unverständlich blieb, wie ungenau und hilflos der Spielleiter Barbara Freier in der an sich doch lebensfrohen und siegreichen Figur der Regine belassen hatte.

Keine auffällig wirksame oder gar neue augenöffnende „Gespenster"-Darstellung kurz vor Ende der Boy-Gobert-Ägide in Berlin. Der Beifall war trotzdem laut und viel saftiger als die Darbietung selber.

FRIEDRICH LUFT

KULTURNOTIZEN

Hans Hartungs Tapisserien und die seiner Frau Anna Eva Bergmann präsentiert das Picasso-Museum von Antibes bis Ende April.

Über 300 europäische Geigenlehrer treffen bis zum 4. April zu ihrem 12. Internationalen Kongreß in Braunschweig zusammen.

Die Volkshochschule Münster zeigt bis zum 18. April die Ausstellung „Deutsche Juden und ihr Beitrag zur deutschen Kultur".

Den 200. Geburtstag der „Times" feiert die Ausstellung „Signs of the Times", die in der British Library, London, bis zum 30. 6. zu sehen ist.

Das Meininger Theater in Thüringen ist nach neunmonatigen Renovierungsarbeiten mit einer Aufführung von Rolf Hochhuths „Stellvertreter" wiedereröffnet worden.

Das Suermondt-Ludwig-Museum in Aachen zeigt bis 19. Mai die Ausstellung „Rheinland-Westfalen und die Berliner Bildhauerschule des 19. Jahrhunderts".

JOURNAL

Neue Verhaftungen in der Sowjetunion

DW. Moskau

Der 37jährige Ingenieur und Bürgerrechtler Wjatscheslaw Bachmin wurde, nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „Kontinent", Bonn, am 29. März in Kalinin unweit Moskaus zu drei Jahren strenger Lagerhaft verurteilt. Bachmin war wegen angeblichen „Rowdytums" angeklagt worden. Das ungewöhnlich hohe Strafmaß muß als ein demonstratives „Abschreckungsurteil" gewertet werden. Wie „Kontinent" weiter erfuhr, wurde Ende März in Moskau der 49jährige Wirtschaftswissenschaftler Lew Timofejew verhaftet. Timofejew war 1978 aus der KPdSU ausgetreten. Er verfaßte in der Folge kritische Aufsätze zu Themen der Wirtschaft, die im Samisdat verbreitet wurden und zum Teil auch in den Westen gelangten.

Westliches Orchester erstmals in Golfstaat

SAD, London

Zum ersten Mal wird ein westliches Sinfonieorchester in einem Golfstaat gastieren. Der Sultan von Oman hat das London Symphony Orchestra zu zwei Konzerten nach Maskat eingeladen. Das Programm wird auf Wunsch des Herrschers drei Werke enthalten, die das Sultanat an der Arabischen See als musikalische Nation bekannt machen sollen. Für das Gastspiel im Dezember sind Josef Shawkis sinfonische Suite „Omania" vorgesehen sowie die Oman-Sinfonie von Aziz Shawan und eine Orchestersuite über Omani-Volkstänze.

Neues Wissenschaftsjournal in den USA erschienen

AFP, Washington

Die „National Geographic Society" hat eine neue wissenschaftliche Publikation „National Geographic Research: A Scientific Journal" auf den Markt gebracht. Das neue Magazin, das sich vornehmlich an Studenten, Forscher und Wissenschaftler richtet, will Themen behandeln, die für den breiten Leserkreis des „National Geographic" zu speziell sind. Es soll viermal im Jahr erscheinen und kostet im Abonnement 40 Dollar.

Rumänien verlangt El-Greco-Gemälde zurück

AFP, New York

Die rumänische Regierung hat bei einem New Yorker Gericht Klage gegen den amerikanischen Kunsthändler Daniel Wildenstein eingereicht. Bukarest fordert zwölf Millionen Dollar und die Rückgabe von zwei El-Greco-Gemälden, die in den 40er Jahren aus Rumänien verschwunden sind. Die Bilder „San Sebastian" und „Don Bosio" waren zusammen mit 40 anderen Kunstwerken dem rumänischen Volk von König Carol I. vor dessen Tod im Jahr 1914 vermacht worden. Zwischen 1940 und 1947 sind die beiden Gemälde der Anklage zufolge heimlich entfernt worden. Eines der Gemälde soll gegenwärtig dem Kunsthändler Wildenstein gehören.

Jugendbuchpreis mit 10 000 Mark dotiert

DW. Oldenburg

Die Stadt Oldenburg hat ihren mit 10 000 Mark dotierten Kinder- und Jugendbuchpreis zum elften Mal ausgeschrieben. Alle deutschsprachigen Autoren und Illustratoren, die mit ihren Werken ab dem 15. Juni des vergangenen Jahres zum ersten Mal an die Öffentlichkeit getreten sind, sind zur Teilnahme aufgerufen. Unter den gleichen zeitlichen Voraussetzungen können deutschsprachige Verlage ebenfalls am Wettbewerb teilnehmen. Einsendeschluß ist der 15. Juni 1985. Die Exemplare sind in fünffacher Ausfertigung zu richten an: Kulturzentrum der Stadt Oldenburg, Postfach 2427, 2900 Oldenburg.

Serge Lifar wird 80

Er war (und ist) ein Wundermann des Theaters, ichbesessen, kampfesfroh, wirbelstiftend, und für alle diese Talente bot sich ihm als Schauplatz Paris, wo es am pathetischsten ist: die Opéra. Lifar wurde nach dem Tode Diaghilews und der Auflösung der „Ballets Russes" ihr Ballettdirektor, Chefchoreograph und Startänzer. Er schlug jahrzehntelang die Reklametrommel – und wie es sich geziemt: mit den Beinen. Lifar war alles zugleich: Animator des Balletts vor und hinter den Kulissen. Er eröffnete das Goldene Zeitalter einer Ballettrepräsentation, wie es erst viele Jahre später Balanchine in New York und Dame Ninette de Valois mit der Nobilitierung von Sadlers' Wells zum Königlichen Ballett Englands gelang. Von 1929 an regierte Lifar (mit Unterbrechungen durch Krieg und Kollaborationsverdacht) das französische Ballett bis 1958. Aber auch später ließ er nicht locker, obwohl seine Choreographien immer stärker ins steif-neoklassizistische Abseits gerieten. Er schrieb zwei Dutzend Bücher zum Thema Tanz: der erste „Unsterbliche" des Balletts durch seine Wahl in die Akademie.

gtl.

Schwerarbeiter der leichten Unterhaltung

Die Ober des Berliner Nobelhotels „Interconti" werden heute abend wetteifern, „Dalli-Dalli" und „Spitze" zugleich zu sein. Ihr Gast heißt Hans Rosenthal. Im Dachgarten-Restaurant, wo der Blick auf das abendliche Berlin am schönsten ist, wird der „Hans im Quiz" unseres Fernsehens seinen 60. Geburtstag feiern.

Rosenthal sechzig – setzt man da ein Ausrufungszeichen, weil bemerkenswert; oder setzt man besser ein Fragezeichen, weil kaum zu glauben? Die Freunde nennen den Wirbelwind, einssiebzig groß, wenn er sich reckt, noch immer „Hänschen". Die Geburtsurkunde indes verrät: Hans Günter Rosenthal, Sohn eines Bankbeamten, geboren am 2. April 1925 im Jüdischen Krankenhaus an der Exerzierstraße in Berlins Stadtteil Wedding.

60 Jahre! Das sind – um es mit dem Titel seiner Erinnerungen zu sagen – „zwei Leben in Deutschland". Jahre des Verfolgtseins und des wunderbaren Überlebens, weil zwei aufrechte Frauen den Waisenjungen und zwangsverpflichteten Blechstanzer in einer Berliner Gartenlaube vor den Nazis versteckten. Und Jahre des vielbewunderten Auflebens danach.

Hans Rosenthal
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rosenthal wollte eigentlich politischer Hörfunk-Journalist werden. Schon im Mai 1945 arbeitet er beim Berliner Rundfunk im Ostsektor. Die demokratische Freiheit findet er dort freilich nicht. 1948 wechselt er zum Rias, zum Rundfunk im amerikanischen Sektor. Später wird er Regisseur beim Günther Neumanns unvergessenen „Insulanern". Bei den Amerikanern lernt er eine Unterhaltungsform kennen, die ihn nicht mehr losläßt: Quiz.

1 Gäbe es so etwas wie ein Zunftzeichen für Quizmaster, die Gilde müßte ein Fragezeichen im Schilde führen, und Rosenthal wäre ihr Mann an der Spitze. Er hat inzwischen wohl an die drei Dutzend Ratespiele entwickelt, hat sich an die 50 000 Fragen ausgedacht – vom Lexikonwissen bis zum Scherz, ob Playback die Rückansicht eines Playboys sei – und er hat sie in 3000 Sendungen an die Kandidaten gebracht.

Rosenthal hier, Rosenthal da – als der Ideenquirl noch Unterhaltungschef beim Rias war, ging in der Branche der Spruch um: „Rias, das heißt Rosenthal in allen Sendern." Der unermüdliche Hans ließ sich dadurch nicht hänseln; selbstbewußt konterte er: „Es ist schwerer, von Sorgen abzulenken, als auf eine Welt hinzuweisen, die voll Entsetzen und Bitterkeit ist."

Rosenthal ist zum Schwerarbeiter in Sachen leichter Unterhaltung geworden. Die Titel, die er für seine Sendungen fand, sind wie Aussagen zu seinem Leben: „Allein gegen alle", „Gut gefragt ist halb gewonnen", „Dalli-Dalli".

Er fuchst im Alltag mit den Minuten, als wäre er ständig auf Sendung. Das Geheimnis seines Erfolges – eine geradezu preußische Disziplin.

Nur so ist es zu erklären, daß in dieser prallvollen Arbeitswelt seine Frau Traudel, die Tochter Birgit, die zwei Enkel und der Jura studierende Sohn Gert nicht zu kurz gekommen sind. Daß gelegentlich Zeit bleibt für einen Skat, für Altherrenfußball bei den Berliner Borussen, deren Präsident er sogar mal war, und für sein Engagement im Direktorium des Zentralrats der Juden.

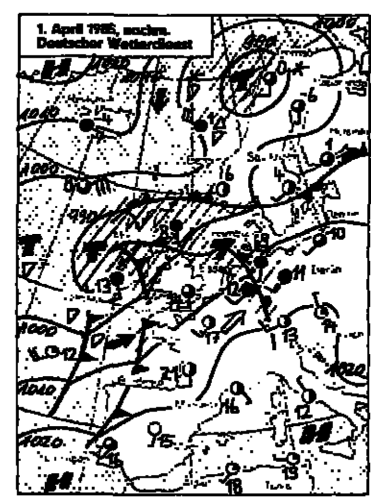
Am 11. April, gibt es im ZDF (diesmal aus Wien) die 139. Sendung von „Dalli-Dalli". Die Bienenwaben-Dekoration, aus der Rosenthal dabei stets heraustritt, hat Symbolcharakter: Hier arbeitet einer mit Bienenfleiß. Als er kürzlich von „Hörzu" mit der Goldenen Kamera ausgezeichnet wurde, lobte die Jury sein Geschick, den Zuschauer zum Mitspieler zu machen. Da ist er wie „der liebe Nachbar, den man zu Pellkartoffeln mit Quark einladen möchte".

Im Glas des Bierkenners Rosenthal wird heute abend Champagner perlen. Prosit, Hänschen!

KARLHEINZ MOSE

WETTER: Mild

Wetterlage: Hinter einem nach Polen abziehenden Tief gelangt in den Norden kühle, in die übrigen Gebiete milde Meeresluft, die unter steigendem Luftdruck zur Ruhe kommt.



Vorhersage für Dienstag:
Im Norden meist stark bewölkt und zeitweise leichter Regen, Tagestemperaturen um 12, nachts bei 5 Grad. Im übrigen Deutschland anfangs noch bedeckt und besonders im Mittelgebirgsraum noch Regen. Im Tagesverlauf Übergang zu aufgelockerter Bewölkung und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen tagsüber um 15, nachts 8 Grad.

Weitere Aussichten:
Heiter bis wolkig, trocken, im Westen und Süden warm, im Norden milder.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	20°
Bonn	13°	Kopenh.	9°
Dresden	12°	Las Palmas	21°
Essen	12°	London	14°
Frankfurt	10°	Madrid	15°
Hamburg	9°	Mailand	14°
List/Sylt	5°	Mallorca	15°
München	13°	Moskau	4°
Stuttgart	13°	Nizza	15°
Algier	18°	Oslo	1°
Amsterdam	13°	Paris	17°
Athen	16°	Prag	12°
Barcelona	16°	Rom	12°
Brüssel	15°	Stockholm	4°
Budapest	14°	Tel Aviv	15°
Bukarest	16°	Tunis	19°
Helsinki	1°	Wien	14°
Istanbul	8°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 6.54 Uhr, Untergang: 19.58 Uhr; **Mondaufgang**: 17.11 Uhr, Untergang: 6.34 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Es war das schwerste Manöverunglück der Weimarer Republik. Vor 60 Jahren, am 31. März 1925, ertranken ein Pionier-Offizier und 78 Soldaten einer Ausbildungseinheit beim Übergang über die Weser. Kleinere Abteilungen hatten auf einer Pontonfähre bei Veltheim bereits mühelos über den Hochwasser führenden Strom gesetzt, als es zur Katastrophe kam: Die Pontons – diesmal mit 150 Mann vermutlich überladen – nahmen Wasser. Panik brach aus. Da die Soldaten feldmarschmäßig ausgerüstet waren, wurde ein Teil von ihnen sofort in die Tiefe gezogen, andere wurden von Strudeln erfaßt. Ein Rettungsboot kenterte. Das Unglück, dessen Ursache nie ganz geklärt wurde, hatte ein langes Nachspiel im Reichstag. Besonders die Abgeordneten der Kommunistischen Partei nutzten das tragische Ereignis für einen Generalangriff auf die Reichswehr und das „ganze System".

Schreckliches Ende eines Manövers

Ein Bild vom Geschehen am Unglückstag, von der Trauer um die Opfer und von der rechtlichen, aber auch *politischen Wertung* der Schuldfrage geben die zeitgenössischen stenographischen Berichte des Deutschen Reichstags, die hier in Auszügen wiedergegeben werden:

44. Sitzung. Mittwoch, den 1. April 1925.

Reichstagspräsident **Löbe**: Die erschütternde Nachricht von dem furchtbaren Unglücksfall, der so viele Angehörige der deutschen Reichswehr betroffen hat, hat sich leider bewahrheitet. Über 70 Soldaten sind bei der Ausführung ihrer Übungsaufgaben mit ihrem Offizier in den Fluten der Weser ertrunken. Mit der Reichswehr trauert die deutsche Volksvertretung um die vielen, noch so jungen Opfer ihres soldatischen Berufes und spricht den Angehörigen, den Kameraden und der Heeresleitung ihre tiefe Anteilnahme aus.

Dr. Geßler, Reichswehrminister: Die Katastrophe, die wir an der Weser erlitten haben, steht in der Geschichte der Friedensübungen wohl beispiellos da, vor allem durch die Zahl der Opfer. Ich bitte den Herrn Präsidenten, mir zu gestatten, daß ich den kurzen vorläufigen Bericht dem Hause zur Kenntnis bringe.

Bis 2 Uhr 45 vormittags vermißt (voraussichtlich ertrunken): 1 Offizier, 78 Mann (77 vom Ausbildungsbataillon 18, 1 vom Pionierbataillon 6). Aussicht auf Verringerung der Verluste gering. Verlauf: 31. 3. vormittags: Felddienstübung von Teilen der 6. Division unter Leitung des Artillerieführers 6 im Beisein des Divisionskommandeurs, bei der auch Übersetzen durch Pionierbataillon 6 zu üben war. Das Übersetzen geschah durch sogenannte Gierfähre aus vier Pontons. Ab 7 Uhr 30 vormittags waren vier Fahrten glatt verlaufen. Zur fünften Fahrt gegen 10 Uhr vormittags wurde die Fähre mit etwa 150 Köpfen beladen. Vorläufiger Eindruck zur Ursache des Unglücks: Ungleichmäßige Verteilung veranlaßte einseitiges Einsinken der Fähre nach Abfahrt, verstärkt durch zu starke Gierstellung. Fähre im ganzen auch wohl etwas überlastet. Mitte Strom zogen ein, später zwei Pontons Wasser durch Einlauf. Darauf weiteres Einsinken der Fähre, Zusammendrängen und Abrutschen der Besatzung. Rettung trotz Vorhandenseins von zwei Rettungskähnen und Schwimmgürteln erschwert, infolge Zusammenballens der im Wasser Liegenden und Umschlagens eines überfüllten Rettungskahnes. An Rettungsarbeiten haben sich Bevölkerung und Fährleute sofort in hervorragender Weise beteiligt.

*

68. Sitzung. Donnerstag, den 28. Mai 1925.

Schmidt (Hannover), Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei [als Antwort auf die Rede eines kommunistischen Abgeordneten]: Angesichts der Tragik des Todes und des Unglücksfalls, über den ganz Deutschland noch in Trauer ist, sollte wirklich, meine Herren von der äußersten Linken, eine Polemik unterbleiben, der man doch auf Meilen ansieht, daß sie letzten Endes agitatorischen Zwecken dient.

*

171. Sitzung. Freitag, den 5. März 1926.

Rädel, Abgeordneter der Kommunistischen Partei: Die Schuldigen sind freigesprochen worden, trotzdem eine solche Menge Schuldbeweise vorliegen, daß wirklich kein Mensch, der nur einigermaßen in der Lage ist, den Fall zu beurteilen, diese Schuldbeweise leugnen kann. Da ist zunächst der Hauptangeklagte, der als einziger vor Gericht gestanden hat, der Oberleutnant Jordan. Er ist freigesprochen worden, weil man ihm nicht nachweisen kann, daß er direkt der Schuldige ist. Zu der Person dieses Offiziers sei nur ein Wort gesagt. Ein Oberleutnant der Pioniere, der einen Rettungskahn oberhalb der Übungsstelle anbinden läßt, *müßte schon* wegen dieses sträflichen Leichtsinns bestraft werden. Aber ich gebe zu, daß der Oberleutnant Jordan nicht der Alleinschuldige ist. Schuldig ist eben das ganze System, und man hätte die ganzen Herren – vielleicht bis hinauf zu Herrn Geßler – einsperren müssen, wenn man die Schuldigen an diesem Unglück bestrafen wollte.

Welcher Geist in der Reichswehr herrscht, welcher Kadavergehorsam bei der Schwere des Unglücks mitbestimmend gewesen ist, wird dadurch bewiesen, daß die Soldaten, selbst als sie schon mit dem Tode rangen, nicht wagten, ihre Gewehre aus der Hand zu lassen, aus Furcht vor der Strafe, die sie bekommen könnten, wenn sie die Knarre fahren ließen. In nichts also unterscheidet sich der neue Militarismus von dem alten.

Auch die Zeitungen der Reichshauptstadt Berlin erschienen mit Berichten vom Manöverunglück

LEUTE HEUTE

Giftiges von Truman

Kurz vor seinem plötzlichen Tod wurde der Schriftsteller Truman Capote (59) von dem Autor **Lawrence Grobel** zu berühmten Zeitgenossen befragt. Die meist giftigen Äußerungen des ebenso begabten wie skurilen kleinwüchsigen Schriftstellers sind jetzt als Buch („Gespräche mit Capote") herausgekommen. Capote über Elvis Presley: „Er war nett. Irgendwie mochte ich ihn. Ich bezweifle, daß er jemals etwas von mir gelesen hat."

Über **John Lennon**: „Ich schätzte ihn sehr. Er war intelligent, empfindsam, sehr gutherzig. Aber **Yoko Ono** konnte ich nicht ausstehen. Sie war immer wahnsinnig. Die unangenehmste Person, die es je gegeben hat."

Über **Humphrey Bogart**: „Ein wunderbarer Mann. Wir waren enge Freunde bis zu seinem Tod." Und über **Marilyn Monroe**: „Ich liebte sie. Ihr Tod hat mich schwer getroffen."

Über **Diane Keaton, Meryl Streep** und **Jane Fonda**: „Die Keaton mag ich, aber die Streep ist ein Scheusal. Sie sieht aus wie ein Huhn. Total unbegabt. Jane Fonda ist für mich ein falscher Fuffziger, kann sie nicht riechen, erinnere mich an eine Szene, als sie 16 war und sich ein Kleid nicht kaufen durfte. Zugegeben, ihr Vater war knauserig."

Über **Jackie Kennedy-Onassis**: „Sie verachtet alles in der Welt. Eine Opportunistin. Ihren ersten Mann, John F. Kennedy, beschrieb sie mir einmal mit Verachtung als jemand mit einem winzigen Körper und einem riesigen Kopf. Das war, bevor er Präsident wurde."

Cholera erhebt ihr Haupt

Mindestens 312 Opfer in somalischen Flüchtlingslagern

dpa, **Mogadischu**

Bei einem Cholera-Ausbruch in nordsomalischen Flüchtlingslagern sind nach offiziellen Angaben innerhalb der vergangenen Tage 312 Menschen ums Leben gekommen. Weitere 400 bis 500 Flüchtlinge seien an der gefährlichen Seuche erkrankt, erklärte der somalische Informationsminister Mohammed Omar Jess gestern nach Angaben von Radio Mogadischu.

Zur Bekämpfung der Durchfallkrankheit sei die nordwestliche Hargeisa-Region unter Quarantäne gestellt worden. Niemand außer medizinischem Personal, Armee und Regierungsangestellten dürfe die Region betreten oder verlassen.

Nach den Worten des Politikers ist der Cholera-Ausbruch auf mangelnde Versorgung mit sauberem Wasser zurückzuführen.

Zugleich wies der Minister erneut auf die verheerende Lage der Flüchtlinge hin, denen es an Nahrung, Unterkünften und Medizin mangele. Innerhalb der vergangenen acht Monate seien rund 46 000 neue Flüchtlinge aus den äthiopischen Ogaden- und Hararge-Provinzen nach Somalia geflogen, um dem Guerrillakrieg sowie Hunger und Trockenheit in ihrer Heimat zu entkommen.

Täglich kämen zwischen 300 und 400 weitere Flüchtlinge nach Nordsomalia. Vor allem die neuen Flüchtlingslager seien von dem Cholera-Ausbruch betroffen, hieß es.

Schon vor einigen Wochen hatten die Behörden und internationale Helfer um mehr Hilfe für die Äthiopien-Flüchtlinge in Nordsomalia gebeten und auf die großen Gefahren eines Cholera-Ausbruchs hingewiesen.

Insgesamt leben in Somalia weit über 700 000 Äthiopier, die zumeist während des Ogaden-Krieges 1977/78 ihre Heimat verlassen hatten.

DIETER THIERBACH, **Bonn**

Die Cholera gehört, weltweit gesehen, zu den häufigsten bakteriellen Infektion des Dünndarms. Ihr Erreger ist der 1884 von Robert Koch entdeckte Komma-Bazillus. Die Übertragung der Erreger erfolgt vor allem durch verseuchtes Wasser oder verseuchte Lebensmittel. Die Cholera tritt in Ländern mit unzureichenden hygienischen Verhältnissen immer wieder epidemieartig auf.

Die Zeitdauer von der Infektion bis zum Ausbruch der Erkrankung liegt zwischen 18 Stunden und 6 Tagen. Die starke Entwässerung des Körpers wird durch einen von Cholera-Erregern produzierten Giftstoff ausgelöst. Die Verluste führen, wenn sie nicht kompensiert werden, schnell zur Entwässerung des Organismus.

Der Wasserverlust ist schon in den ersten Stunden so stark, daß Muskelkrämpfe und Kollaps eintreten können. Überschreitet der Wasserverlust 10 Prozent des Körpergewichtes, kommt es zur schweren Krise: Die Kreislauftätigkeit verschlechtert sich rapide. Der Tod tritt innerhalb weniger Stunden ein; die Opfer vertrocknen regelrecht.

Nicht die Behandlung mit teuren Antibiotika liefert Abhilfe, sondern die Verabreichung von bis zehn Litern einer in Wasser gelösten Mischung aus Salz, Soda und Zucker innerhalb weniger Stunden. Es dürfte kaum eine Therapie geben, die mit solchen primitiv anmutenden Mitteln derartig drastischen Besserungen erreicht.

Der Erfolg beruht darauf, daß gezielt die mit den Durchfällen verbundenen Flüssigkeits- und Salzverluste ausgeglichen werden. Bei schneller Intensivbehandlung gibt es kaum noch Todesfälle. Ohne Behandlung jedoch stirbt jeder zweite Cholera-Kranke.

Preise für bleifreies Benzin herabgesetzt

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat an die Mineralölindustrie appelliert, die seit gestern gültige Steuersenkung für bleifreies Benzin um zwei Pfennig je Liter „in voller Höhe" an die Autofahrer weiterzugeben. Es müsse möglichst bald Preisgleichheit zwischen bleifreiem und bleihaltigem Benzin geben.

Nach einer dpa/VWD-Umfrage bei den Mineralölfirmen wird die ebenfalls seit gestern gültige Steuererhöhung von zwei Pfennig für verbleites Benzin „voll an den Kunden weitergegeben". Jetzt koste der Liter herkömmlichen Treibstoffs rund sieben Pfennig mehr als vergangene Woche. Gleichzeitig würden die Preise für bleifreies Benzin um drei Pfennig herabgesetzt. Damit verringere sich der Abstand zwischen den Sorten von sieben auf zwei Pfennig je Liter.

Zimmermann rief die Autofahrer auf, jetzt vermehrt auf bleifreies Benzin umzusteigen. Dies gelte insbesondere für die Fahrer von Kraftfahrzeugen neuerer Bauart, die auf Normalbenzin ausglegt sind und diesen Treibstoff verwenden können. Denn eine starke und rasche Nachfrage, so der Minister, werde den schnellen Ausbau des Tankstellennetzes weiter beschleunigen. Bereits jetzt gebe es in der Bundesrepublik Deutschland 1200 Bleifrei-Tankstellen. Ende dieses Jahres würden es rund 2000 sein. Damit werde die Zahl der Zapfsäulen für bleifreies Benzin etwa genauso hoch wie für Diesel sein.

Der Minister kündigte an, daß nach der Schweiz, Österreich, Dänemark und Schweden nunmehr auch Italien und Jugoslawien bleifreies Benzin anbieten wollen. Die „DDR" werde auf den Transitstrecken ebenfalls „in Kürze" den neuen Treibstoff bereithalten.

Tempo-Limit auf 70 Prozent der Autobahnen

DW. **Hamburg**

Seit Mitte Januar dieses Jahres führt die Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV) Tempo-Messungen auf eigens dafür ausgewählten Teststrecken durch. Die Untersuchungen laufen im Rahmen des „Großversuchs" ab, der zu objektiven und wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen führen soll. Die Projektleitung des VdTÜV hat sich nun aufgrund der vorliegenden Messergebnisse in Abstimmung mit dem Verkehrsminister entschlossen, die tempobegrenzten „Saison-Teststrecken" wesentlich zu erweitern. Seit gestern sind zahlreiche weitere Strecken in das Versuchsprogramm aufgenommen. Das bedeutet, daß bis auf weiteres auf annähernd 70 Prozent der Autobahnen der Bundesrepublik Deutschland ein verbindliches Tempolimit von 100 Stundenkilometern einzuhalten ist. Die Dauer der Temporegelung hängt vom Versuchsverlauf ab, ist aber zunächst für mindestens ein halbes Jahr angesetzt.

Weitere Hovercraft-Opfer

SAD, **Dover**

Die Zahl der Todesopfer bei dem Hovercraft-Unglück an der Hafeneinfahrt von Dover am Samstag (WELT vom 1. 4.) ist auf vier gestiegen. Zwei Teenager unter den 16 Passagieren der „Princess Margaret", die beim Aufprall auf einen Wellenbrecher durch die aufgeschlitzte Bordwand des Luftkissenfahrzeugs ins Meer geschleudert wurden, konnten nicht geborgen werden und wurden für tot erklärt. Acht Verletzte lagen gestern noch im Krankenhaus. Bei einer ersten Überprüfung des Fahrzeugs konnten Experten keine Anzeichen für einen technischen Defekt als Unglücksursache finden.

Busunglück in Frankreich

dpa, **Montsegur**

Ein deutscher Reisebus ist gestern in Montsegur (Südfrankreich) schwer verunglückt. Mindestens drei Menschen wurden getötet und fünf teilweise schwer verletzt, als der aus Freiburg im Breisgau stammende Bus nach einem mißglückten *Rangiermanöver auf einem Parkplatz* zehn Meter tief in eine Schlucht stürzte. Unter den Toten befindet sich auch der Busfahrer, teilte die Gendarmerie mit. Im Bus befanden sich zum Glück nur wenige der insgesamt 22 Reisenden; die meisten hatten sich zu Fuß aufgemacht, um ein Schloß zu besichtigen.

Tote bei Erdrutsch

AP, **Jakarta**

Bei einem Erdrutsch in der indonesischen Ortschaft Mekar Jaya sind gestern 37 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 20 verletzt worden. 25 Personen werden noch vermißt. Ursache des Unglücks, das sich bereits am Samstag ereignete, sind vermutlich starke Regenfälle in der vergangenen Woche.

Zahnarzt vor Gericht

dpa, **Düsseldorf**

Der ehemalige Düsseldorfer Zahnärzte-Funktionär Eduard Knellecken muß sich wegen Steuerhinterziehung vom 17. April an vor dem Düsseldorfer Landgericht verantworten. Der frühere Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein soll, wie gestern verlautete, durch unrichtige oder unvollständige Angaben in seiner Steuererklärung den Fiskus um 1,2 Millionen Mark betrogen haben. Vor Jahren war Knellekken bereits wegen falscher eidesstattlicher Versicherung zu 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

ZU GUTER LETZT

„Hier kann er seinen Kopf in die Waagschale werfen." Ein Ostberliner Kommentator über einen 1,85 Meter großen Spieler beim Fußball-Uefa-Cup-Spiel Videoton gegen Manchester United.

